

Wettbewerb Mittelstandsfreundliche Kommunen Rheinland-Pfalz

Zentrale Ergebnisse und Porträts der Siegerkommunen 2001 - 2004

Mittelstands-
freundliche
KOMMUNEN



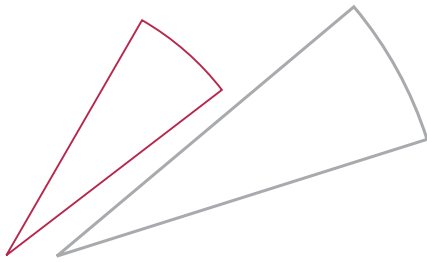
Rheinland-Pfalz



Eine Initiative des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr,
Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz

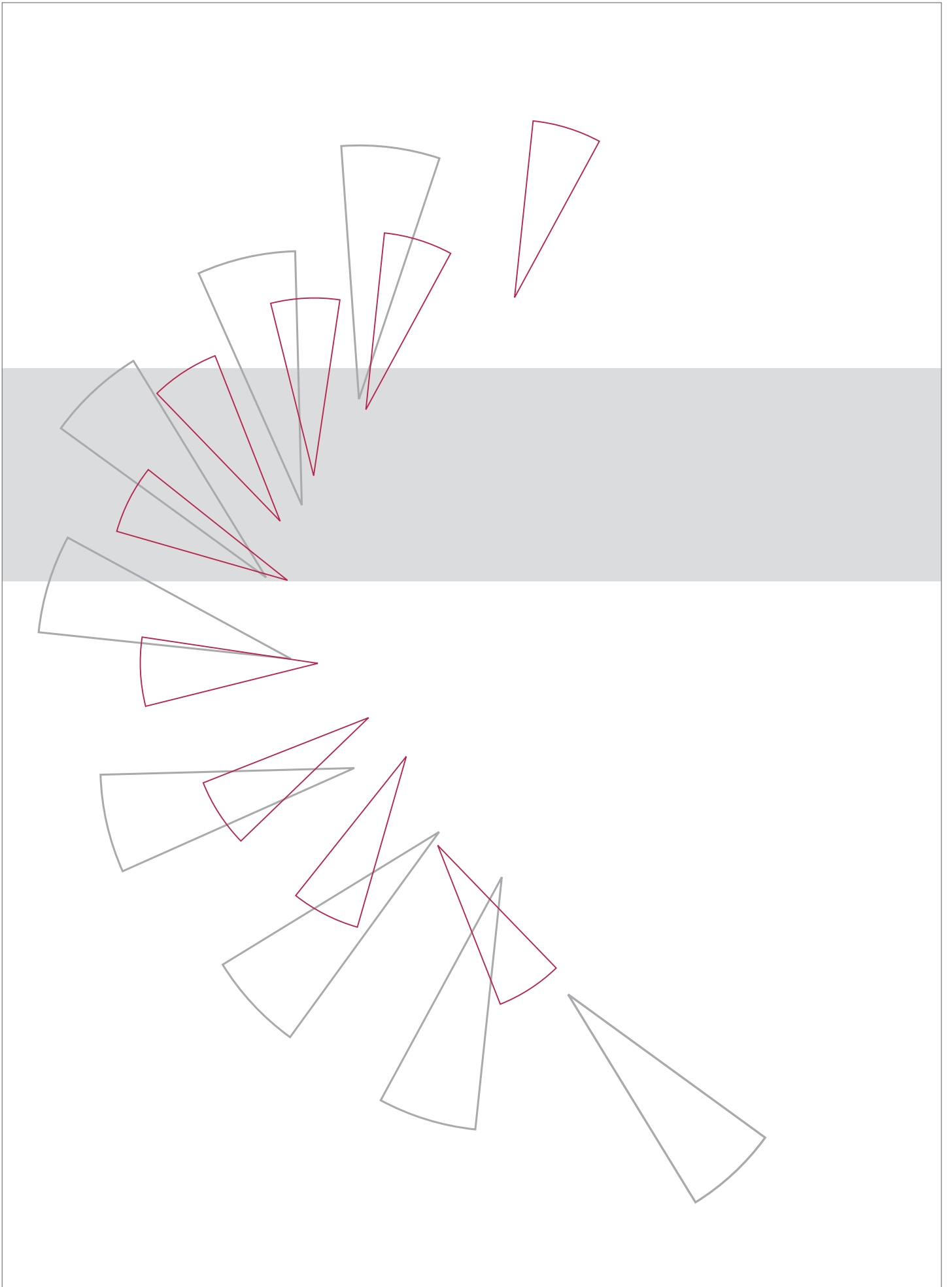
Die Siegerkommunen auf einen Blick

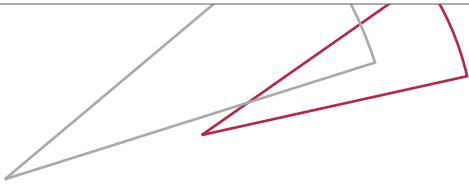




Inhalt

	5	Vorwort
	6	Zielsetzung des Wettbewerbs
	8	Zentrale Ergebnisse der bisherigen Wettbewerbsrunden
		Porträts der ausgezeichneten Kommunen
Moderne Verwaltungsstrukturen	12	Stadt Mayen
Kommunikation & Zusammenarbeit	16	Verbandsgemeinde Rockenhausen
Genehmigungsverfahren	20	Landkreis Rhein-Hunsrück
Wirtschaftsförderung	24	Verbandsgemeinde Kaisersesch
Öffentliches Auftragswesen & Zahlungsmoral	28	Verbandsgemeinde Manderscheid
Gewerbeflächen	32	Stadt Landau
	36	Verbandsgemeinde Adenau
	38	Stadt Bad-Kreuznach
	40	Landkreis Bitburg-Prüm
	42	Stadt Frankenthal
	44	Stadt Idar-Oberstein
	46	Ortsgemeinde Irrel
	48	Verbandsgemeinde Kirchen
	50	Stadt Trier
	52	Verbandsgemeinde Ulmen
	54	Ortsgemeinde Wiebelsheim
	56	Impressionen aus den ausgezeichneten Kommunen





Vorwort



„Der Landeswettbewerb Mittelstandsfreundliche Kommunen des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau des Landes Rheinland-Pfalz gehört zu den 50 wichtigsten Kommunalwettbewerben in Deutschland“ – so die Einschätzung des Fachmagazins für Politik vor Ort, „mandat“. Dieses hervorragende Zeugnis, aber auch die in Rheinland-Pfalz im Bundesvergleich überdurchschnittlich gute Wirtschaftsentwicklung, bestätigen unseren Kurs: Wir setzen in Rheinland-Pfalz bewusst auf ein mittelstandsfreundliches Klima als eine der entscheidenden Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Erfolg und damit für Wachstum und Beschäftigung bei uns im Land.

Zu einem solchen mittelstandsfreundlichen Klima gehören ohne Zweifel auch mittelstandsfreundliche Kommunen. Mehr noch: Die Mittelstandsfreundlichkeit von Kommunen ist bei der Standortwahl von Unternehmen eine der wichtigsten Rahmenbedingungen überhaupt. Service, Transparenz und Effizienz, schnelle Genehmigungsverfahren, eine gute Zahlungsmoral, flexible und engagierte Entscheidungsträger – all das sind Faktoren, die eine mittelstandsfreundliche Kommune auszeichnen und die in unserem Wettbewerb Mittelstandsfreundliche Kommunen bewertet werden.

Gemeinsam mit den Kammern, dem Landesverband der Freien Berufe, dem Landesverband Einzelhandel Rheinland-Pfalz, der Landesvereinigung rheinland-pfälzischer Unternehmerverbände, den kommunalen Spitzenverbänden und dem Institut für Mittelstandsökonomie an der Universität Trier, das auch die wissenschaftliche Begleitung und Betreuung

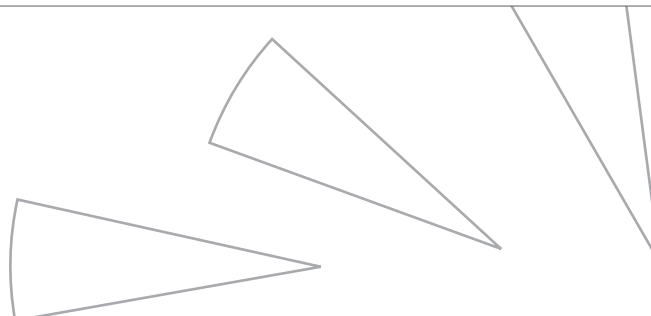
übernommen hat, wird dieser Wettbewerb vom rheinland-pfälzischen Wirtschaftsministerium durchgeführt. Das besondere daran ist: Die eigentlich „Betroffenen“, die Unternehmer und Freiberufler in den Städten, Gemeinden und Landkreisen reichen die Bewertungen und Nominierungen ein, aus denen dann eine unabhängige Jury die Gewinner ermittelt. Ab 2006 können sich darüber hinaus Kommunen selbst bewerben, die mindestens drei Unternehmen mit ihren Bewertungen als Nominierungs-Referenzen nachweisen.

Die Gewinner der letzten Wettbewerbe stelle ich Ihnen in dieser Broschüre vor. Sie sollen nachahmenswertes Modell, Anregung und Ansporn für Andere sein. Ich wünsche mir, dass durch diese guten Beispiele zahlreiche Unternehmer und Freiberufler, aber auch Kommunen, ermutigt werden, sich am Wettbewerb zu beteiligen – denn auch 2006 werden in Rheinland-Pfalz wirtschaftsorientierte und wirtschaftsfreundliche Kommunen ausgezeichnet.

Also – nur Mut – machen Sie mit!

Hans-Artur Bauckhage

Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau des Landes Rheinland-Pfalz



Zielsetzung des Wettbewerbs

Vorbildliche Kommunen auszeichnen – Dialog anregen – von den Besten lernen

Im Jahr 2000 hat das rheinland-pfälzische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau den Wettbewerb Mittelstandsfreundliche Kommunen ins Leben gerufen. Organisiert und begleitet wird der Wettbewerb vom Institut für Mittelstandsökonomie an der Universität Trier e.V. (Inmit). Die in den bisherigen drei Wettbewerbsrunden von 2001–2004 für ihr besonders mittelstandsfreundliches Verhalten ausgezeichneten 16 Preisträger sollen Vorbild für andere Kommunen sein und der Dialog zwischen Kommunen untereinander sowie mit der mittelständischen Wirtschaft in Rheinland-Pfalz soll angeregt werden.


Rheinland-Pfalz – Land des wirtschaftlichen Mittelstands

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz ist - wie in kaum einem anderen Bundesland - von mittelständischen Strukturen geprägt. Kleine und mittlere Handwerks-, Dienstleistungs- und Industrieunternehmen sowie Freiberufler und landwirtschaftliche Betriebe kennzeichnen in vielgestaltigen Varianten die Unternehmenslandschaft. Der Mittelstand ist die tragende Säule der rheinland-pfälzischen Wirtschaft. Er ist von zentraler Bedeutung für die erfolgreiche Bewältigung des Strukturwandels sowie für die Schaffung und Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Die mittelständische Wirtschaft trägt entscheidend zur wirtschaftlichen Stabilität des Landes sowie zur Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen bei. Gerade auch im ländlichen Raum leistet der Mittelstand einen wichtigen Beitrag zur Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen in Stadt und Land.

Mittelstandsfreundliche Kommunen als Basis erfolgreicher Standortpolitik

Eine wichtige Basis für den wirtschaftlichen Erfolg des Mittelstands bilden die Rahmenbedingungen, die mittelständische Unternehmen an ihren Standorten vorfinden. Rahmenbedingungen kommen jedoch nicht allein „von oben“ durch EU- und Bundesgesetzgebung. Zentrale Akteure, die diese Rahmenbedingungen mit gestalten, sind die Orts- und Verbandsgemeinden, die Städte und Landkreise.

Damit bilden die mittelstandsfreundlichen Kommunen in Rheinland-Pfalz ein wichtiges Fundament für die erfolgreiche Standortpolitik. Eine Untersuchung der IHK Koblenz aus dem Jahr 2004 zeigt auf, dass der Unternehmerfreundlichkeit der Kommunen eine erhebliche Bedeutung zukommt. Der Faktor „wirtschaftsfreundliche Verwaltung“ rangiert in der genannten Untersuchung bei 20 abgefragten Faktoren auf dem dritten Platz.



Mittelstandsfreundliche Kommunen zeichnen eine wirtschaftsorientierte Haltung aus und regen zur Nachahmung an

Vor diesem Hintergrund hat das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau im Jahr 2000 den Wettbewerb Mittelstandsfreundliche Kommunen ins Leben gerufen. Durch den Wettbewerb sollte damals wie heute der Dialog zwischen mittelständischen Unternehmen und kommunalen Verwaltungen sowie zwischen Kommunen untereinander gefördert werden, um letztlich Rahmenbedingungen für einen beiderseitigen Erfolg zu schaffen. Kommunen und mittelständische Wirtschaft sollen einander näher gebracht werden, gegenseitiges Verständnis für die Bedürfnisse und Handlungsspielräume geschaffen werden.

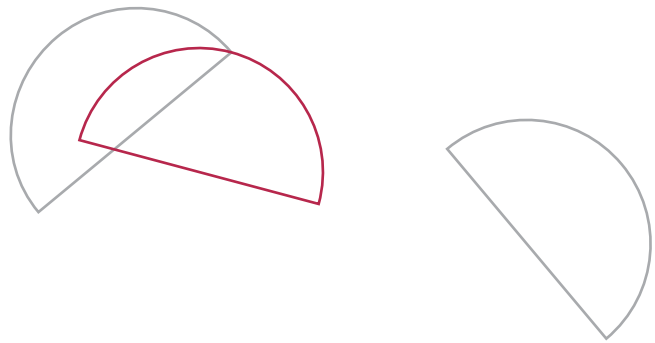
Der Wettbewerb prämiiert Kommunen, die sich durch eine an den Belangen der Wirtschaft orientierte Haltung und gelebte Praxis auszeichnen. Ein solches Engagement kann sich in einer Vielzahl von Aktivitäten und Maßnahmen manifestieren, von denen einige in der vorliegenden Publikation vorgestellt werden.

Transparenz ist ein Leitgebote für kommunales Handeln. Transparenz zu schaffen ist ein weiteres Ziel des Landeswettbewerbs: Kommunen und Unternehmen sollen einen Überblick erhalten über mittelstandsfreundliche Maßnahmen in Rheinland-Pfalz. Kommunen erhalten damit einen Einblick in Projekte anderer Kommunen und werden in ihrem eigenen Streben nach Mittelstandsfreundlichkeit unterstützt. Zur Nachahmung anzuregen und kommunale Entscheidungsträger dazu zu motivieren, es noch besser machen zu wollen, beabsichtigt der Wettbewerb Mittelstandsfreundliche Kommunen.

Unternehmen sollen von dem Wettbewerb profitieren, indem beispielhafte Ansätze in vielen Kommunen Nachahmung finden. Dass in der Wettbewerbsrunde des Jahres 2004 fast alle vorgeschlagenen Kommunen eine serviceorientierte Unterstützung für Unternehmen bspw. bei Genehmigungsverfahren anbieten, war beim Start des Wettbewerbs drei Jahre zuvor keineswegs schon selbstverständlich.

Der Wettbewerb Mittelstandsfreundliche Kommunen ist nicht ein weiteres Ranking, bei dem Kommunen nach einer Anzahl von Kriterien in eine Form gepresst und sortiert werden. Mittelstandsfreundliche Kommunen ist ein Wettbewerb, bei dem Runde für Runde aus der Vielzahl hervorragend arbeitenden Kommunen diejenigen ausgezeichnet werden, die sich nach den Vorschlägen der Unternehmen vor Ort und nach Ansicht einer Expertenjury in besonderer Weise um die mittelständische Wirtschaft verdient gemacht haben. Mit wechselnden Schwerpunktthemen im Wettbewerb werden aktuelle Entwicklungen im Bereich der Mittelstandsfreundlichkeit aufgegriffen, so dass jede Kommune ihre Stärke einbringen kann.

Der Wettbewerb Mittelstandsfreundliche Kommunen ist erfolgreich, weil er Bewegung, Entwicklung und Streben nach Verbesserung animiert und auszeichnet. Hierbei arbeiten Kommunen und mittelständische Wirtschaft Hand in Hand und gestalten gemeinsam Zukunft.



Zentrale Ergebnisse der bisherigen Wettbewerbsrunden

Fokus Mittelstandsfreundlichkeit – rheinland-pfälzische Kommunen auf Erfolgskurs

„Mit jeder Wettbewerbsrunde wird es schwieriger, einzelne Kommunen als besonders mittelstandsfreundlich herauszuheben. Das Niveau ist seit dem Start des Wettbewerbs stark angestiegen“, so ein Jury-Mitglied im Jahr 2004. Tatsächlich zeigt sich, dass die Zufriedenheit der Unternehmen mit den vorgeschlagenen Kommunen in Bezug auf deren Mittelstandsfreundlichkeit sehr hoch ist. An den bisherigen Wettbewerbsrunden haben sich 650 Unternehmen aktiv beteiligt, indem sie eine von insgesamt 234 Kommunen aufgrund ihres mittelstandsfreundlichen Verhaltens als Preisträger vorgeschlagen haben. 16 Kommunen wurden vom Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau ausgezeichnet; eine Kommune – die Stadt Mayen – wurde bereits zwei Mal prämiert.

Wie werden die mittelstandsfreundlichen Kommunen ermittelt?

Der Wettbewerb basiert auf einem mehrstufigen Konzept. In der ersten Phase des Wettbewerbs, der Vorschlagsphase, nominieren Unternehmer die Kommunen als Preisträger, die sich aus ihrer Sicht besonders mittelstandsfreundlich verhalten. Die Mittelstandsfreundlichkeit dieser Kommunen wird anhand mehrerer Bausteine überprüft.

- Die Ermittlung eines Stärken-Schwächen-Profiles für jede Kommune bildet die Basis für die Auswahl. Hierbei wird die Leistungsfähigkeit der Kommunen in verschiedenen Handlungsfeldern der Mittelstandsfreundlichkeit von den Unternehmen bewertet. Bereiche, die in die Beurteilung einbezogen werden, sind die Kommunikation zwischen Kommune und örtlicher Wirtschaft, die Qualität der Wirtschaftsförderung, das Flächenmanagement, die Geschwindigkeit und die Betreuungsqualität bei Genehmigungsverfahren, Maßnahmen im Bereich der Privatisierung, das öffentliche Auftragswesen und die Zahlungsmoral sowie die Angemessenheit

der kommunalen Abgaben und Auflagen. Nicht zuletzt wird auch die Attraktivität der Kommune für Unternehmen und Bürger in die Bewertung eingeschlossen. Für jedes dieser Handlungsfelder werden verschiedene Kriterien festgelegt, so dass die Leistungsfähigkeit durch insgesamt 30 Einzelkriterien ermittelt wird.

- Wechselnde Schwerpunktthemen, wie bspw. die direkte und die Online-Kommunikation oder die Zahlungsmoral der Kommunen, runden das Stärken-Schwächen-Profil ab.

- Im Wettbewerb Mittelstandsfreundliche Kommunen steht die Identifikation konkreter, nachahmenswerter Beispiele stark im Vordergrund. Unternehmen werden dazu aufgefordert, vorbildliche Maßnahmen und Aktivitäten ihrer Kommune zu benennen (Good-Practice-Beispiele). Um qualitativ möglichst hochwertige Beispiele zu erhalten, hat das Inmit als Organisator und wissenschaftliche Begleitung des Wettbewerbs ein Strukturierungsraaster entwickelt,

mit dessen Hilfe die Beispiele erfasst werden. Bewertungskriterien für die Beispiele sind deren Nachhaltigkeit, die Übertragbarkeit auf andere Kommunen, die Kreativität, der Innovationsgrad sowie das Nutzenpotenzial für Unternehmen.

- Auf Basis dieser Informationen wird mit Hilfe eines speziell entwickelten Scoring-Modells eine Vorauswahl der mittelstandsfreundlichsten Kommunen getroffen. Diese Kommunen qualifizieren sich für die nächste Runde des Wettbewerbs.

- In der sich anschließenden Detailerhebung wird eine Kontrolluntersuchung durchgeführt, in der zufällig ausgewählte Unternehmen, die die Kommune nicht aktiv vorgeschlagen haben, zur Mittelstandsfreundlichkeit befragt werden.

- Den Kommunen selbst wird schließlich die Möglichkeit eingeräumt, die zentralen Aspekte der Mittelstandsfreundlichkeit im Rahmen einer Eigendarstellung zu benennen.

- Sämtliche Informationen werden für eine Experten-Jury, bestehend aus Vertretern von Wirtschafts- und Kommunalinstitutionen, aufbereitet. Diese ermittelt die Preisträger im Rahmen einer Jury-Sitzung.

- Die jeweiligen Preisträger werden in einer feierlichen Prämierungsveranstaltung durch den Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau ausgezeichnet.

Was ist Unternehmen wichtig in Bezug auf Mittelstandsfreundlichkeit?

Im Rahmen der Wettbewerbsrunde 2002 wurden die Unternehmen gefragt, was ihnen wichtig ist, mit Blick auf die Mittelstandsfreundlichkeit ihrer Kommune. Einige Highlights dieser Befragung:

- Mittelständische Unternehmen messen der Kommunikation und Zusammenarbeit mit der Verwaltung die absolut größte Bedeutung bei. Dem Ansprechpartner in den Verwaltungen kommt dabei eine Schlüsselstellung zu. Daneben suchen Unternehmen auch den direkten Kontakt zu den kommunalen Entscheidungsträgern. Die Schaffung von Möglichkeiten des Austausches zwischen Unternehmen und der Verwaltungsspitze durch Unternehmensbesuche sind gewünschte Maßnahmen von Unternehmensseite.

- Auch der Attraktivität der Kommune kommt aus Sicht der Unternehmen eine hohe Bedeutung zu. Gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels handelt es sich nachvollziehbarerweise um eine wichtige Zukunftsfrage. Denn es wird vielen Unternehmen nur gelingen, die gewünschten Fachkräfte anzuwerben, wenn das Wohnumfeld mit seiner Infrastruktur – Kindergärten, Schulen, Verkehrsinfra-

struktur, Nahversorgung – für die Arbeitnehmer attraktiv und familienfreundlich ist. Im Hinblick auf den demografischen Wandel – viele infrastrukturellen Einrichtungen werden in Zukunft nicht mehr in jeder Kommune finanzierbar sein – ist zu erwarten, dass sich der Standortwettbewerb gerade in diesem Punkt verschärfen wird.

- Was die Genehmigungsverfahren betrifft, sind aus Sicht der Unternehmen insbesondere die Vernetzung von verschiedenen Genehmigungsstellen oder Lotsendienste von besonderer Wichtigkeit. Dies verkürzt die Verfahrensdauer und erhöht gleichzeitig die Transparenz des Verfahrens.

- Dagegen scheint allgemein aus Sicht der Unternehmen das Thema Privatisierung nicht der vordringlichste Aspekt der Mittelstandsfreundlichkeit zu sein. Branchenspezifisch hingegen kommt dem Thema eine größere Bedeutung zu.

- Die vergleichsweise geringe Bedeutung von Gewerbeflächen ist darauf zurückzuführen, dass die Kommunen in den vergangenen Jahren durch eine „Flächenoffensive“ genügend Bauland für industrielle und gewerbliche Nutzung bereitgestellt haben.

Wie bewerten Unternehmen „ihre“ mittelstandsfreundliche Kommune?

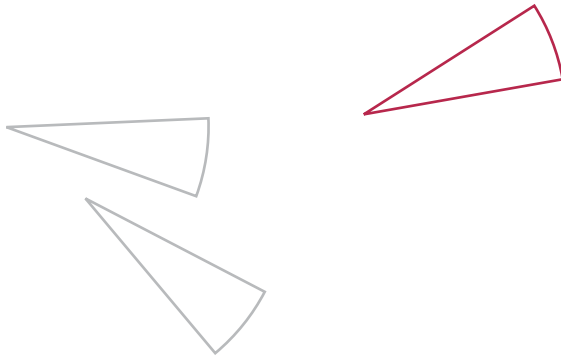
Im Rahmen des Wettbewerbs wurden die Unternehmerinnen und Unternehmer gebeten, die von ihnen nominierte Kommune zu bewerten. Insgesamt stellen die Unternehmen im Land ihren Kommunen ein gutes Zeugnis aus. Die Leistungsbeurteilung durch die Kontrollgruppe bestätigt dieses Ergebnis in der Tendenz, wenngleich auf einem leicht geringeren Niveau.

Es besteht allerdings kein Anlass für die Kommunen, sich auf dem Erreichten auszuruhen – Mittelstandsfreundlichkeit ist eine Daueraufgabe!

Das hohe persönliche Engagement, mit dem in einigen Kommunen Wirtschaftsförderung betrieben wird, scheint sich bezahlt zu machen. Von allen Handlungsbereichen der Mittelstandsfreundlichkeit schnitt die Wirtschaftsförderung am besten ab. Die Aktivitäten der Verwaltungen, Unternehmen bei Antrags- und Genehmigungsverfahren zu unterstützen, sei es durch Einrichtung von One-Stop-Shops, sei es durch Vernetzung der Genehmigungsstellen, Antragskonferenzen oder Lotsendienste, wird zu dieser Bewertung beigetragen haben.

Auch der Aspekt, der die höchste Bedeutung mit Blick auf die Mittelstandsfreundlichkeit hat, Kommunikation und Zusammenarbeit, wird gut bewertet. Insbesondere mit der Erreichbarkeit, der Kooperationswilligkeit, der Bereitschaft zu unbürokratischer, schneller Hilfe, der Kompetenz und der Freundlichkeit konnten die Verwaltungen bei den befragten Unternehmen Pluspunkte sammeln.

Die Unternehmerinnen und Unternehmer wurden auch gebeten, den wichtigsten Grund zu nennen, warum sie die jeweilige Kommune als besonders mittelstandsfreundlich vorschlagen. Dabei hat sich in den meisten Fällen gezeigt, dass es genau dieser Grund war, der sie dazu veranlasste, die Kommune zu nominieren. Dies belegt die herausragende Stellung des Kriteriums "Kommunikation und Zusammenarbeit mit der Verwaltung" für die Bewertung der Mittelstandsfreundlichkeit aus Unternehmenssicht.



Wie wird die Auszeichnung in den prämierten Kommunen eingesetzt?

Für die prämierten Kommunen ist die Auszeichnung „Mittelstandsfreundliche Kommune“ Standort-Werbung par excellence. Insbesondere dem Aspekt, dass die Prämierung auf der Bewertung von Unternehmerinnen und Unternehmern basiert, gewinnen die Preisträger viel Positives ab. Entsprechend wird die Auszeichnung für PR-Zwecke umfassend in der Vermarktung des eigenen Standortes und der Dienstleistungen eingesetzt. Dabei findet sich das gesamte Spektrum der Print- und Online-Medien wieder. Auch die direkte Kommunikation mit den Unternehmen vor Ort kommt nicht zu kurz: Die Auszeichnung wird vielfach zum Anlass genommen, den Dialog mit der örtlichen Wirtschaft zu forcieren und gemeinsame Aktivitäten zu starten.

Welche Erfahrungen haben ausgezeichnete Kommunen gemacht?

Der Wettbewerb hatte u.a. das Ziel, den Dialog zwischen Kommunen und Wirtschaft sowie Kommunen untereinander zu initiieren. Die Preisträger können die Erreichung dieser Zielsetzung bestätigen. In den jeweiligen Regionen haben die Preisträger viel Aufmerksamkeit erhalten. Andere Kommunen informierten sich über die Instrumente und Wege zu mehr Mittelstandsfreundlichkeit, der Dialog zwischen den Kommunen hat sich erheblich intensiviert.

Die Motivation in den Verwaltungen, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen, wurde gestärkt, der Dialog mit der örtlichen Wirtschaft forciert und vielfach ist ein neues „Wir-Gefühl“ in den Kommunen entstanden. Entsprechend fällt das Votum aus: Die Teilnahme am Wettbewerb lohnt sich. Sowohl für Unternehmen als auch für Kommunen.

Wie wird in den ausgezeichneten Kommunen die Nachhaltigkeit der Mittelstandsfreundlichkeit gesichert?

Allen Kommunen ist gemeinsam, dass sie Mittelstandsfreundlichkeit als Daueraufgabe ansehen. Entsprechend groß ist die Bandbreite der Aktivitäten zur Verbesserung ihrer Leistungsfähigkeit. Im Fokus stehen dabei Maßnahmen, welche die Dienstleistungs- und Servicequalität der Verwaltungen optimieren. Dazu zählen insbesondere die Verbesserung der Kommunikation zwischen Kommune und örtlicher Wirtschaft, eine Erhöhung der Qualität der Wirtschaftsförderung, ein auf die Bedürfnisse der kleinen und mittleren Unternehmen zugeschnittenes Flächenmanagement sowie die weitere Erhöhung der Geschwindigkeit und der Betreuungsqualität bei Genehmigungsverfahren.

Ablaufschema des Wettbewerbs Mittelstandsfreundliche Kommunen

Vorschlagsphase

Vorschlag über einen Erhebungsbogen für Unternehmer



Systematisierung und Strukturierung der Wettbewerbsbeiträge und Identifikation der 20 besten Kommunen mittels eines Scoring-Modells



Detailerhebung

Eigendarstellung der Kommune

Kontrollgruppenbefragung bei Unternehmen aus unterschiedlichen Branchen.

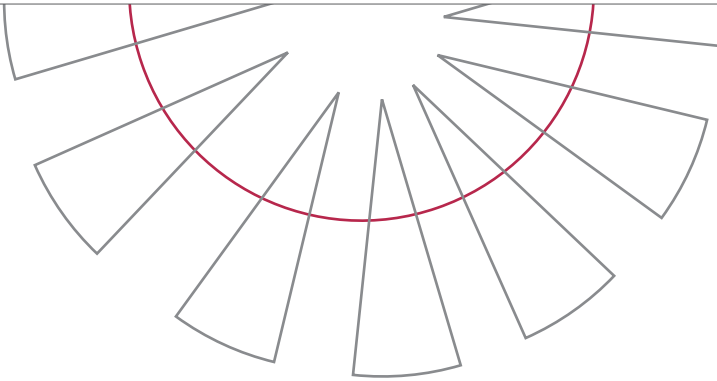


Ermittlung der Preisträger

Jury-Unterlagen
Ergebnisse der Vorschlagsphase und Detailerhebung

Jury-Sitzung
Auswahl der Preisträger des Wettbewerbs

Prämierungs-Veranstaltung
Preisverleihung durch den Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau



Vision einer Mittelstandsfreundlichen Kommune

Eine Mittelstandsfreundliche Kommune ...

... sieht Unternehmen als Schlüsselkunden an, kennt deren Wünsche und kommuniziert mit ihnen auf Augenhöhe.

... versteht sich als moderner Dienstleister für die lokalen Unternehmen, hat kompetente, kundenorientierte Mitarbeiter mit umfassenden Kompetenzen ausgestattet, die gut erreichbar sind.

... gewährleistet Leistungstransparenz gegenüber Gebühren- und Steuerzahlern.

... hat Instrumente etabliert, die eine zügige Bearbeitung von Verfahren garantieren und gleichzeitig eine hohe Transparenz und Planungssicherheit für den Unternehmenskunden sicherstellen (z.B. Vernetzung von Genehmigungsstellen, Antragskonferenzen, Serviceversprechen, Online-Verfahren).

... stellt im Bedarfsfall Unternehmen einen Lotsen oder zentralen Ansprechpartner an die Seite.

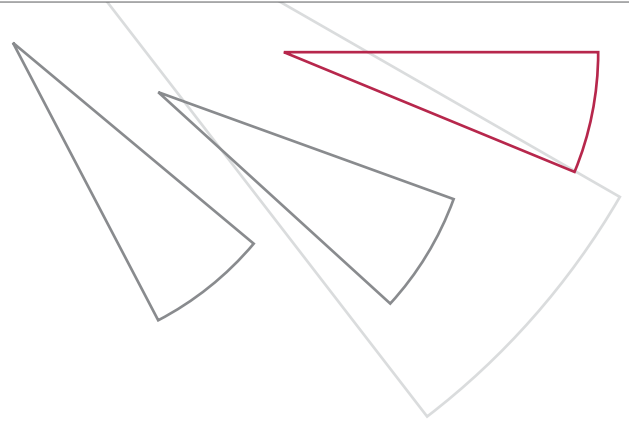
... sichert einen regelmäßigen Dialog zwischen Verwaltung und örtlicher Wirtschaft.

... betreibt eine engagierte Wirtschaftsförderung, die sowohl auf die umfassende Bestandspflege abzielt, als auch darauf ausgerichtet ist, neu gegründeten Unternehmen auf ihrem Entwicklungspfad zur Seite zu stehen.

... geht zur Erledigung bestimmter Aufgaben Kooperationen mit anderen Kommunen ein.

... stellt bedarfsgerechte, kostengünstige Flächen zur Verfügung, die schnell verfügbar sind.

... vergibt kommunale Aufträge mittelstandsgerecht in Teil- und Fachlosen und begleicht die (Abschlags-) Rechnungen umgehend.



Moderne Verwaltungsstrukturen

Verwaltungen auf dem Weg zu modernen Dienstleistern

Die Qualität der Verwaltung ist ein entscheidender Standortfaktor – zufriedene Unternehmen bleiben ihrem Standort treu, investieren, schaffen Arbeits- und Ausbildungsplätze. In diesem Zusammenhang spüren Kommunen den Veränderungsdruck, kundenfreundlicher und effizienter als bisher zu handeln. Und so schreiten in den Kommunalverwaltungen die Reformen voran. Unter den Stichworten „Gemeinde 21“, „Neue Steuerungsmodelle“ und „Kommunale Doppik“ durchlaufen die Verwaltungen zum Teil weit reichende Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation. Moderne Managementinstrumente werden implementiert, Prozesse neu organisiert, Verantwortung delegiert und dezentralisiert, um so letztlich Entscheidungen zu beschleunigen. Der Weg zu mehr Kundenorientierung führt über die Einrichtung von Bürgerbüros oder Lotsen für Unternehmen. Die Erfahrung zeigt, dass solche Veränderungen mittelfristig zu mehr Zufriedenheit führen – für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen, aber auch für die Verwaltungsmitarbeiter selbst.

Für Verwaltungen ist es eine Daueraufgabe, Verwaltungsstrukturen, Organisation und Geschäftsprozesse den sich kontinuierlich verändernden Rahmenbedingungen anzupassen. Die gegenwärtig stattfindenden Modernisierungsprozesse in den Verwaltungen basieren dabei auf mehreren Säulen:

- Die Effizienz beim Einsatz von Haushaltsmitteln und Personal soll weiter gesteigert werden. Dazu werden verstärkt betriebswirtschaftliche Methoden angewendet.
- Die Personalentwicklung folgt den neuen Anforderungen an die Beschäftigten einer modernen Verwaltung und wirkt motivierend.
- Bei den Arbeitsabläufen wird stärker auf Effektivität geachtet. Die Wirkungen werden anhand von aussagekräftigen Kennzahlen oder Indikatoren evaluiert.
- Bei Verwaltungsdienstleistungen wird der Servicegedanke stärker berücksichtigt, indem die Erwartungen und Bedürfnisse der Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger besser einbezogen werden.

Die Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns verdient nicht nur in Zeiten knapper Kassen besondere Aufmerksamkeit. Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass mit ihren Steuergeldern ökonomisch umgegangen wird. Die Serviceleistungen der Verwaltungen sollen effizienter und kundenorientierter werden. Zur Steuerung der Verwaltungen werden betriebswirtschaftliche Steuerungsinstrumente zurzeit auf ihre Eignung hin überprüft und in angepasster Form übertragen. Unter dem Stichwort „Neue Steuerungsinstrumente“ erhalten insbesondere die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR), das Controlling und Produkthaushalte Einzug in die öffentlichen Verwaltungen. Basis ist der Übergang zur doppelten Buchführung (Doppik).

Da die Modernisierung von Verwaltungen nur mit engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gelingen kann, zielen zahlreiche Modernisierungsmaßnahmen auf die begleitende Personalentwicklung ab. Neben der Erweiterung von Aufgabenbereichen und der Vergrößerung von Verantwortungsbereichen werden die Veränderungsprozesse dabei durch umfangreiche

interne und externe, z.T. online-gestützte Weiterbildungsmaßnahmen unterstützt.

Moderne Verwaltungen sollen effektiv und qualitativ hochwertig arbeiten. Um diese Zielsetzung zu überprüfen, führen sie Erfolgskontrollen anhand von Kennzahlen durch; insbesondere durch den Einsatz von Produkthaushalten werden die Möglichkeiten hierzu deutlich erweitert. Das Benchmarking zwischen Kommunen steht allerdings erst am Anfang.

Kunden- und Dienstleistungsorientierung ist ein zentrales Element für moderne Verwaltungen. Leitlinie ist es dabei, Geschäftsprozesse so zu organisieren, dass die Kunden möglichst schnell die gewünschte Antwort erhalten, nicht von Stelle zu Stelle laufen oder warten müssen und so viel wie möglich über das Internet erledigen können.

Wie Verwaltungsmodernisierung in der Stadt Mayen gestaltet wurde, wird im folgenden Porträt aufgezeigt.



Stadt Mayen

Doppelt gut: kurze Wege und alles aus einer Hand

„Bei der Stadt Mayen gefiel den Juroren neben den durchweg guten bis sehr guten Noten durch die Unternehmer, das von den Betrieben geäußerte enge und vertrauensvolle Verhältnis zwischen Kommune und ortsansässiger Wirtschaft. Außerdem war die Jury von den Erfolgen der Industrieansiedlungen in Mayen beeindruckt.“
Auszug aus der Begründung der Jury (2001)

„Mittelstandsfreundlichkeit ist in der Stadt Mayen gelebte Verwaltungspraxis und kommt u.a. darin zum Ausdruck, dass die Kommune von einer Vielzahl von Unternehmern vorgeschlagen wurde. Anerkennung bei der Jury fand etwa das Beispiel eines Unternehmers, der dank der Unterstützung der Verwaltung innerhalb von drei Tagen eine Ansiedlungsentscheidung treffen konnte. Auch dass Mitarbeiter der Wirtschaftsförderung als Lotsen für alle wirtschaftsrelevanten Anfragen zur Verfügung stehen, diese koordinieren und Unternehmer begleiten, wurde positiv bewertet.“
Auszug aus der Begründung der Jury (2004)

Steckbrief

(Stand: 2004)
Fläche: 5.804 ha
Einwohner: 19.687
Umsatzsteuerpflichtige
Unternehmen: 936 (Stand: 2002)
Sozialversicherungspflichtig
Beschäftigte: 5.800

Kontakt

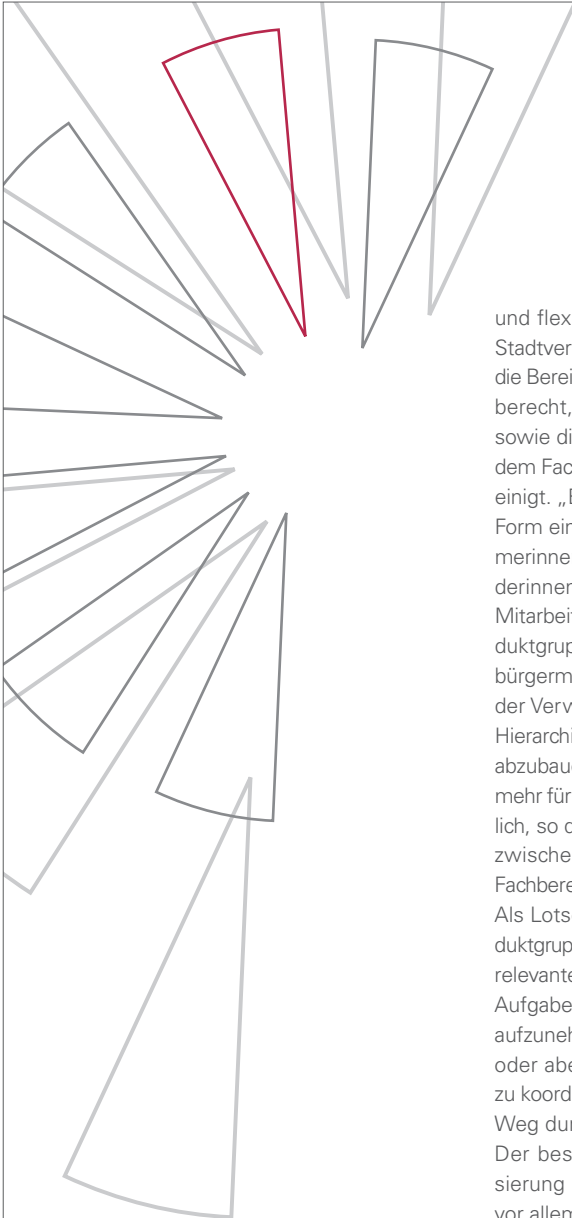
Günter Laux
Oberbürgermeister
Rathaus Rosengasse
56727 Mayen
Fon: 02651/88-1111
Fax: 02651/885-1113
E-Mail: oberbuergermeister@mayen.de
www.mayen.de

Ausgezeichnete Maßnahmen

Der Stadt Mayen gelang es bisher als einzige Kommune die Jury zweimal von der Preiswürdigkeit ihrer Aktivitäten zu überzeugen. Nach der Auszeichnung zur Mittelstandsfreundlichen Kommune 2001 gehörte Mayen im Jahr 2004 abermals zu den Prämierten. Die Kommune zeigt in beispielhafter Weise, wie ein umfassendes Konzept an mittelstandsfreundlichen Aktivitäten konsequent ausgebaut und fortgesetzt werden kann.

„Als Mittelzentrum in der Eifel ist die Stadt Mayen Standort vieler mittelständischer Arbeitgeber und für Existenzgründerinnen und Existenzgründer als Standort von besonderem Interesse“, hebt Oberbürgermeister Günter Laux die Bedeutung seiner Kommune für die Region hervor. So war es u.a. das Bewusstsein für diese exponierte Stellung, welche die Stadt Mayen dazu bewegte, sich Mittelstandsfreundlichkeit in der gelebten Verwaltungspraxis ins kommunale Pflichtenheft zu schreiben.

Erfahrungen in der städtischen Verwaltung zeigten, dass ein langer und meist hürdenreicher „Dienstweg“ mit unterschiedlichen Zuständigkeiten und Entscheidern in der Stadtverwaltung Projekte verzögerte und damit – zum Leidwesen von Unternehmern und Existenzgründern – wichtige und zum Teil investitionsreiche Vorhaben blockierte. Ausgehend von der Diskussion um neue kommunale Steuerungsmodelle suchte die Stadtverwaltung Mayen daher nach einer unbürokratischen und kundenorientierten Alternative. Nach der Devise „Alles aus einer Hand“ sollte eine neue Geschäftsverteilung für einen besseren Kommunikationsfluss und kürzere Wege zwischen Verwaltung und Wirtschaft sorgen. Die Stadtverwaltung entschied sich, alle Ansprechpartner für Existenzgründer und Unternehmer in einem einzigen Fachbereich mit entsprechenden Kompetenzen zusammenzufassen. „Unternehmen agieren in ihren Entscheidungen anders als eine Verwaltung dies gewohnt ist, darauf mussten wir uns einrichten“, erklärt Oberbürgermeister Günter Laux. Um schneller



und flexibler agieren zu können, hat die Stadtverwaltung Mayen im Frühjahr 2001 die Bereiche Wirtschaftsförderung, Gewerbebereich, Bauordnung und Stadtplanung sowie die städtischen Liegenschaften zu dem Fachbereich „Stadtentwicklung“ vereinigt. „Erste und zentrale Anlaufstelle in Form eines Lotsendienstes für Unternehmerinnen und Unternehmer sowie Gründerinnen und Gründer wurden somit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ‚Produktgruppe Wirtschaft‘“, erklärt der Oberbürgermeister. Durch die Modernisierung der Verwaltungsstruktur war es möglich Hierarchiestufen innerhalb der Verwaltung abzubauen. Jeder Sachbearbeiter ist nunmehr für „sein Produkt“ selbst verantwortlich, so dass auf weitere Hierarchiestufen zwischen diesen und dem zuständigen Fachbereichsleiter verzichtet werden kann. Als Lotsen sind die Mitarbeiter der „Produktgruppe Wirtschaft“ für alle wirtschaftsrelevanten Anfragen zuständig. Es ist ihre Aufgabe, die Anliegen der Unternehmen aufzunehmen, ggf. direkt zu beantworten oder aber die Bearbeitung der Anliegen zu koordinieren und die Kunden auf ihrem Weg durch die Verwaltung zu begleiten. Der besondere Nutzen dieser Zentralisierung liegt für die Unternehmerschaft vor allem in der schnellen sowie unbürokratischen Abwicklung und Abstimmung von Anträgen. „Der Informationsaustausch findet über den ‚kurzen Dienstweg‘ statt und Entscheidungsprozesse können so vereinfacht bzw. verkürzt werden“, beschreibt Günter Laux das neue Verwaltungssystem. Im Rahmen von Teamgesprächen werden die jeweiligen Anliegen der heimischen Wirtschaft unter Koordination des Fachbereichsleiters einer zeitnahen und kompetenten Lösung zugeführt. „Aus diesem Grund sind wir auch für unsere relativ schnellen Baugenehmigungsverfahren bekannt. Wirtschaftsförderung bedeutet für uns konkret, den Unternehmen durch den Paragraphen-Dschungel bei Bauvorhaben oder ähnlichem hindurch zu helfen“, verkündet der Oberbürgermeister stolz. Unter dem zuvor genannten „Ähnlichem“ findet sich z.B. das Angebot der

Stadt Mayen und der Stadtentwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG Mayen (STEG) kostenlose Fördermittelrecherchen durchzuführen, die den Unternehmen bzw. Existenzgründern einen relativ schnellen Überblick verschaffen, ob und welche Fördermöglichkeiten für ihr Unternehmen bzw. Gründungsvorhaben bestehen.

Die Kommunikation zwischen Verwaltung und Wirtschaft hat in Mayen eine zentrale Bedeutung. „Wichtig für uns ist, mit unserem Service und den Angeboten die Erwartungen der Unternehmen zu erfüllen. Dazu gehört auch, dass wir auf die Betriebe zugehen und diese Erwartungen abfragen. Denn nur wenn wir wissen, was unseren Partnern wichtig ist, kann die Zusammenarbeit wirklich funktionieren“, ist sich Oberbürgermeister Günter Laux sicher. So führen er und der Geschäftsführer der Stadtentwicklungsgesellschaft regelmäßige Unternehmensbesuche durch, um den Kontakt zwischen Wirtschaft und Verwaltung zu stärken. Der traditionelle Lukasmarktempfang ist eine weitere Plattform für den Dialog zwischen Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Des Weiteren organisiert die Stadtentwicklungsgesellschaft gemeinsam mit der Kreissparkasse Mayen einmal jährlich ein Wirtschaftsforum mit namhaften Referenten zu aktuellen Wirtschaftsthemen.

Einsatzbereiche der Auszeichnung

In Form von Pressemitteilungen wurde umfangreich über die Auszeichnungen als Mittelstandsfreundliche Kommune berichtet. Auch überregional, wie z.B. in der Zeitschrift „Geldidee“, fanden die Prämierungen in den Medien Erwähnung. Die Präsentation in den Internetauftritten der Stadt und der Stadtentwicklungsgesellschaft vervollständigten die umfassende Bekanntmachung der Auszeichnungen. Dort sowie auf den Briefbögen hat das Siegel der Urkunden einen prominenten Platz gefunden. Des Weiteren wurden die Prämierungen auf dem Wirtschaftsforum sowie auf zahlreichen von der Stadt oder der

Stadtentwicklungsgesellschaft initiierten Veranstaltungen thematisiert.

Erfahrungen

Die Erfahrungen, welche die Stadt Mayen aufgrund der Auszeichnungen zur Mittelstandsfreundlichen Kommune gemacht hat, waren durchweg sehr positiv. „Eine solche Auszeichnung erregt Aufmerksamkeit in der ganzen Region. Wir konnten damals trotz der nicht so guten wirtschaftlichen Lage unsere Industriegebiete sehr gut auslasten. Dies ist sicherlich zum Teil auf den Wettbewerb zurückzuführen“, so der Oberbürgermeister. Er sieht einen weiteren Vorteil des Wettbewerbs darin, dass man sich als Kommune mit anderen messen kann und gleichzeitig eine Selbstüberprüfung der eigenen Handlungsweisen stattfindet. „Auch andere Kommunen sind mit uns in Kontakt getreten und wir haben unsere Erfahrungen selbstverständlich gerne weiter gegeben“, erinnert sich Günter Laux. Auch als Impuls für Mund-zu-Mund-Propaganda unter den Unternehmen haben die Auszeichnungen ihre Funktion erfolgreich erfüllt. „Das gute Urteil der teilnehmenden Unternehmen hat auch andere Unternehmen in der Kommune erreicht“, so Oberbürgermeister Günter Laux. Insgesamt haben aus Sicht der kommunalen Akteure in Mayen die Auszeichnungen mit dazu beigetragen, dass das gute Klima bei Ansiedlungs- oder Erweiterungsvorhaben weiter verbessert werden konnte.

Maßnahmen im Nachgang

Im Nachgang der beiden Auszeichnungen steht für die Stadt Mayen auch weiterhin die konsequente Fortführung der bereits geleisteten Arbeit im Fokus. „Das heißt allerdings nicht“, so der Oberbürgermeister, „dass wir uns auf ‚unseren Lorbeeren‘ ausruhen.“ So wurde bspw. das Angebot der Existenzgründerseminare weiter ausgebaut und wird nun in nahezu monatlichen Abständen durchgeführt. Hier erhalten im Vorfeld zur Existenzgründung

Gründungswillige umfangreiche Informationen, wie z.B. in Rechts- oder Finanzierungsangelegenheiten. Das lokale Existenzgründerprogramm, bestehend aus einem Sonderkreditprogramm der ortsansässigen Kreditinstitute und einem auf drei Jahre angelegten Zinszuschuss wurde erstmals für das Jahr 2005 aufgelegt. Ziel des Mayener Konzepts ist insbesondere, Gründungswillige in der schwierigen Anlaufphase finanziell zu entlasten. Das geschilderte Engagement und die zahlreichen Aktivitäten zur Unterstützung von Existenzgründerinnen und Existenzgründern wird auch jenseits der Stadtgrenzen wahrgenommen. So wurde der Stadt Mayen über die Besonderheit der zweifachen Auszeichnung zur Mittelstandsfreundlichen Kommune in Rheinland-Pfalz hinaus, eine weitere besondere Würdigung zuteil. Als erste rheinland-pfälzische Kommune wurde sie in den Kreis der „Gründerfreundlichen Kommunen“, eine Initiative des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, aufgenommen.

Um den Dialog mit den Unternehmen weiter zu fördern, hat die Stadtverwaltung Mayen einen zusätzlichen Unternehmerabend in Form eines Wirtschaftsforums veranstaltet sowie die Unternehmensbesuche durch den Oberbürgermeister und den Geschäftsführer der Stadtentwicklungsgesellschaft ausgeweitet. Im Jahr 2005 ist zudem die Fortsetzung der Veranstaltungsreihe „Wirtschaftsforum“ mit einem prominenten Gastredner geplant. Aus Anlass des 600. Lukasmarkts wird für das gleiche Jahr auch diese Veranstaltung erheblich erweitert.

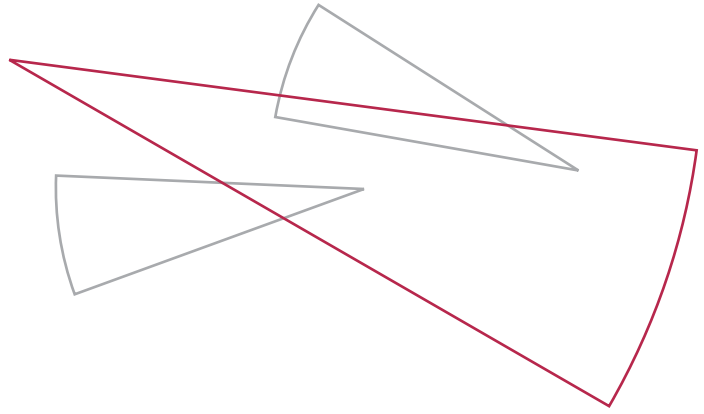
Besonders stolz ist die Stadtverwaltung auf ein speziell für die heimische Wirtschaft publiziertes Wirtschaftsmagazin zum Standort Mayen, das im Frühjahr 2005 erstmals erschienen ist.

„Die Auszeichnung, aber auch bereits die Nominierung stellt eine besondere Anerkennung der geleisteten Arbeit in der Wirtschaftsförderung dar. Die Auszeichnung, die uns bereits zum zweiten Mal zuteil wurde, lenkt die Aufmerksamkeit von vielen Unternehmen auf den Standort.“

*Günter Laux
(Oberbürgermeister der Stadt
Mayen)*

„Der Wettbewerb trägt dazu bei, dass der sportliche Ehrgeiz unter den Kommunen erhalten bleibt. Vielleicht gelingt unserer Kommune ja der erste Hat trick in der Geschichte dieses Wettbewerbs.“

*Edi Sürth jun.
(Autohaus Sürth GmbH, Mayen)*



Kommunikation & Zusammenarbeit

Kommunikation heißt miteinander reden

Wenn es um Fragen der Mittelstandsfreundlichkeit von Kommunen geht, rückt mit schöner Regelmäßigkeit das Thema Kommunikation zwischen Verwaltungen und der örtlichen Wirtschaft ins Blickfeld. Gefragt nach der Bedeutung einzelner Kriterien der Mittelstandsfreundlichkeit, rangiert die Kommunikation bei den Unternehmen auf Platz 1 der Rangliste. Das Spektrum der Kommunikation ist dabei recht vielschichtig. Neben der direkten persönlichen Kommunikation mit den Ansprechpartnern und Entscheidungsträgern vor Ort, umfasst dieses Handlungsfeld auch die Online-Kommunikation sowie Maßnahmen zur Verbesserung des Informationsflusses. Positiv für die Kommunen: Verbesserungen im Bereich der Kommunikation sind nicht in erster Linie eine Frage großer Budgets, sondern eine Frage der Denkhaltung. Zahlreiche positive Beispiele aus Rheinland-Pfalz zeigen auf, dass es gerade im Bereich der Kommunikation viele Ansatzpunkte gibt, um mit vergleichsweise geringem Aufwand für die Kommunen einen für die Unternehmen spürbaren Nutzen zu stiften.

Was aber heißt gute Kommunikation in dem hier besprochenen Zusammenhang konkret? Dem Ansprechpartner für die Unternehmen kommt in der Verwaltung eine Schlüsselstellung zu. Er verkörpert für das Unternehmen die gesamte Kommune. Seine Erreichbarkeit, Kompetenz und Freundlichkeit sind entscheidend für das Bild, das Unternehmen von der örtlichen Verwaltung haben. Er ist sozusagen die lebende Visitenkarte – was er gut macht, überträgt sich auf das Bild von der gesamten Verwaltung, was er schlecht macht ebenfalls.

Schwerpunkte der Kommunikation zwischen Verwaltung und Unternehmen sind die folgenden drei Bereiche. Für ein Unternehmen ist, erstens, ein fester Ansprechpartner zur Betreuung während eines Verfahrens von großer Wichtigkeit. Rückfragen und Bedenken können so direkt geklärt werden. Im Gespräch können die Anforderungen an das Unternehmen zum Umfang der notwendigen Unterlagen besprochen und verbindliche Aussagen über realistische Zeithorizonte gemacht werden. Persönliche Beratung erleichtert

in den meisten Fällen auch für die Verwaltung die Bearbeitung eines Antrages oder einer Genehmigung. Hier kann den Kommunen nur empfohlen werden, die allorts stattfindenden Verwaltungsmodernisierungen dazu zu nutzen, um Unternehmen einen festen Ansprechpartner zur Betreuung während eines Verfahrens zu geben und diesen mit entsprechenden Entscheidungskompetenzen auszustatten. Untersuchungen zeigen deutlich auf, dass Unternehmen mit einem festen Ansprechpartner, die Kommunen deutlich besser bewerten als Unternehmen, die immer mit wechselnden Stellen und Personen zu tun haben.

Zweitens kommt dem persönlichen Kontakt mit den kommunalen Entscheidungsträgern eine wichtige Rolle zu. Die Schaffung von Möglichkeiten des Austausches zwischen Unternehmen und Verwaltungsspitze sind gewünschte Maßnahmen, die dem gegenseitigen Verständnis, dem Erkennen von Wünschen und Bedürfnissen dienen (bspw. Unternehmensbesuche, Unternehmerstammtische, Gesprächsforen).

Drittens unterstützen die modernen Kommunikationsmöglichkeiten, wie Internet und interne Vernetzung, den Prozess der Kommunikation und tragen zu einer Vereinfachung bei. Durch das Internet besteht die Möglichkeit, kurzfristig aktuelle Informationen bereitzustellen (bspw. Download von Formularen). Der unbeschränkte Zugriff auf Informationen oder die vereinfachte Bearbeitung von Vordrucken und Formularen erspart den Unternehmen Zeit, Kosten und Aufwand. Die beschleunigte Kontaktaufnahme wird zusätzlich durch eine übersichtlich gestaltete Internetseite der Verwaltung gefördert. Auch die Nennung von Ansprechpartnern mit Zuständigkeiten und Durchwahlnummern und/oder E-Mail-Adressen vereinfacht die Kontaktaufnahme und verbessert den Informationsfluss.

Wie ein erfolgreicher Dialog zwischen ortsansässigen Unternehmen und ihrer kommunalen Verwaltung gestaltet werden kann, zeigt das folgende Beispiel der Verbandsgemeinde Rockenhausen.



Verbandsgemeinde Rockenhausen

Verwaltung und Wirtschaft an einem Tisch

„Besonders gefiel der Jury, die Vielzahl der von den Unternehmern genannten konkreten Beispiele für die Mittelstandsfreundlichkeit dieser Kommune. Mehrfach wurde in diesem Zusammenhang der von der Kommune initiierte regelmäßig stattfindende Wirtschaftsstammtisch erwähnt. Des Weiteren waren für die Prämierung der Kommune das gute Stadtmarketing sowie die innerstädtische Verkehrsberuhigung ausschlaggebend.“

Auszug aus der Begründung der Jury (2001)

Steckbrief

(Stand: 2004)
Fläche: 14.000 ha
Einwohner: 12.500
Umsatzsteuerpflichtige
Unternehmen: 423 (Stand: 2002)
Sozialversicherungspflichtig
Beschäftigte: 4.431

Kontakt

Karl-Heinz Seebald
Bürgermeister
Bezirksamtstraße 7
67806 Rockenhausen
Fon: 06361/ 451-0
Fax: 06361/ 451-260
E-Mail: seebald@rockenhausen.de
www.rockenhausen.de

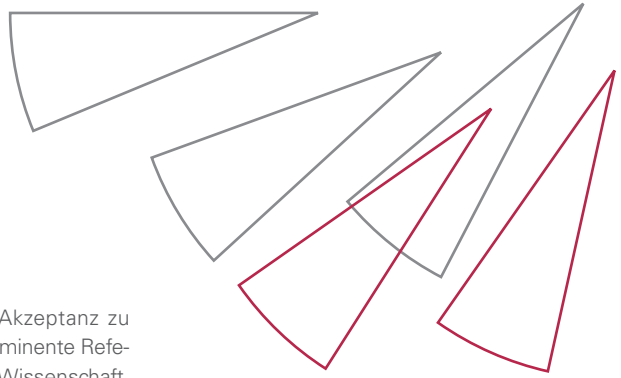
Ausgezeichnete Maßnahmen

Kommunikation und gute Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Wirtschaft ist das Erfolgsfaktoren-Duo, mit dem die Verbandsgemeinde Rockenhausen im Wettbewerb überzeugen konnte. Aus der Erkenntnis heraus „Gemeinsam erreichen wir mehr“ initiierte die prämierte Kommune im Jahr 2000 ein zweitägiges Workshopprogramm mit der Unternehmerschaft aus der Region. Gemeinschaftlich mit den ansässigen Firmen und unter der Regie eines externen Beraters wurde ein Wirtschaftsentwicklungskonzept für den Standort Rockenhausen aus der Taufe gehoben. „Dies war der Beginn unserer intensiveren Zusammenarbeit mit den Unternehmen“, erinnert sich Bürgermeister Karl-Heinz Seebald. Positiv überrascht, dass eine Vielzahl der heimischen Unternehmen sich für den eigenen Standort aktiv einbinden lassen wollten, erarbeitete die Verbandsgemeinde außerdem eine neue gemeinsame Kommunikationsstrategie. „Ziel dieser Strategie war es, die Kommunikation zwischen Unternehmen und Verwaltung in unserer Kommune zu institutionalisieren. Mit dieser Zielvorgabe haben wir uns entschlossen, zwei regelmäßig stattfindende Wirtschaftsforen für die Unternehmen einzurichten“, fasst der Bürgermeister zusammen.

Zum einen entstand der Unternehmerstammtisch, der im Regelfall viermal im

Jahr in der Verbandsgemeinde Rockenhausen stattfindet. Hier steht der Austausch zu einem aktuellen unternehmerrelevanten oder wirtschaftspolitischen Thema im Mittelpunkt. Die Referenten wählt die Verbandsgemeinde Rockenhausen in Abstimmung mit den regionalen Wirtschaftskammern aus. Angesprochen werden alle Unternehmerinnen und Unternehmer der Kommune von Einzelhandel bis Industrie. „Der Vortrag selber nimmt höchstens ein bis eineinhalb Stunden in Anspruch. Der Rest des Abends ist, wie der Name schon sagt, der Kommunikation untereinander am Stammtisch gewidmet“, so der Bürgermeister.

Überregional angelegt ist die zweite Veranstaltungsreihe, das Unternehmerforum. Hier werden bei der Themenwahl auch Firmen jenseits der Kreisgrenzen angesprochen. Thema des ersten Unternehmerforums im April 2001 war bspw. „Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit für den Mittelstand durch das Internet“. „Zu unserer Reihe Unternehmerforum laden wir bewusst Unternehmen aus ganz Rheinland-Pfalz ein. So können wir unsere Kompetenz in Sachen Wirtschaftsförderung und Zusammenarbeit mit Unternehmen über die regionalen Grenzen hinaus darstellen und das Interesse für unseren Standort wecken“, erklärt Karl-Heinz Seebald die Intentionen der Kommune. Um



eine gute überregionale Akzeptanz zu gewährleisten, werden prominente Referenten aus Wirtschaft und Wissenschaft, wie bspw. Professoren der Universität Kaiserslautern oder gar der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz eingeladen. Die Vorteile dieser beiden Foren, darin ist sich Karl-Heinz Seebald sicher, kommen gleichermaßen den Unternehmen wie der Verbandsgemeinde zugute. „Die ansässigen Unternehmen sind überwiegend in unterschiedlichen Branchen tätig. Wir bieten ihnen durch das Forum eine Plattform, um sich untereinander kennen zu lernen. Und nicht nur das: Oftmals kam es im Anschluss einer solchen Veranstaltung sogar zu Kooperationen der Firmen untereinander“, so Bürgermeister Seebald zu den positiven Effekten für die heimische Wirtschaft. Aber auch die Verbandsgemeinde profitiert als Initiator der Foren. „Wir konnten an Bekanntheitsgrad bei den Unternehmen in der Region und vor allem auch über die Region hinaus zulegen. Außerdem haben die Foren die Kommunikation zwischen Unternehmen und Verwaltung auch außerhalb dieser institutionalisierten Formen gefördert. Alles in allem haben unsere Aktivitäten dazu geführt, dass wir durch die persönliche Bekanntschaft für unsere Unternehmen in der Kommune in allen Fragen der selbstverständliche Ansprechpartner wurden“, bilanziert Bürgermeister Karl-Heinz Seebald.

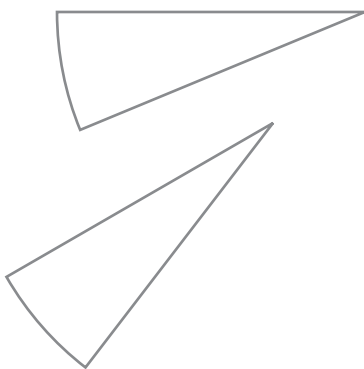
In Sachen Dienstleistung und Bürgerfreundlichkeit hat die Kommune auch innerhalb der eigenen Organisation neue Signale gesetzt. So wurden bspw. die Öffnungszeiten der Verwaltung flexibler gestaltet und es wurde ein Bürgerbüro eingerichtet, das auch samstags Sprechzeiten wahrnimmt. Im Rathaus stehen der Unternehmerschaft zudem zahlreiche Beratungsangebote von Finanzierungsmöglichkeiten bis hin zur Baugenehmigung offen. Damit diese Services künftig für die Firmen noch effektiver gestaltet werden, entschied sich die Verbandsgemeinde ihre ehemals sechs Abteilungen in den

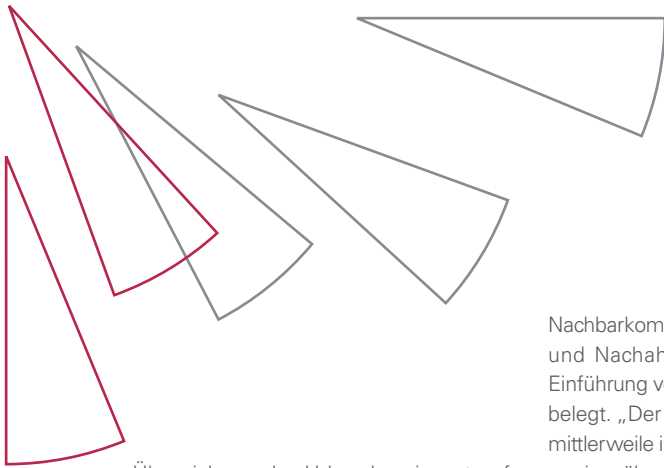
vier Geschäftsbereichen „Kommunales und Finanzen“, „Öffentliche Sicherheit und Ordnung“, „Umwelt, Planen und Bauen“ sowie „Verbandsgemeindewerke“ zu konzentrieren. Die Kompetenzen der Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter konnten mit dieser neuen Verwaltungsstruktur gebündelt werden, mit dem Ergebnis, dass Anträge der Unternehmen bzw. der Bürgerinnen und Bürger Rockenhausens seitdem gemeinsam effektiver und schneller bearbeitet werden.

Mit der „Zukunftsinitiative Rockenhausen 2000“ wurde der intensive Dialog zwischen der Verbandsgemeinde, der Wirtschaft und den Bürgerinnen und Bürgern weiter ausgebaut. Zur Steigerung der Attraktivität der Kommune Rockenhausen aktivierte und bündelte die Zukunftsinitiative die Ideen und das Engagement aller beteiligten Gruppen in der Kommune. Einen Bestandteil der Initiative stellt das Stadtmarketingkonzept dar, welches die Jury des Wettbewerbes besonders würdigte. Interessierte, sowohl Privatpersonen als auch Geschäftsinhaber, befassen sich in diesem Rahmen gemeinsam mit Themen der Stadtgestaltung und initiieren konkrete Maßnahmen, wie z.B. die Neuausrichtung der Parkplätze, Stadtbegrünung oder Schaufenster- bzw. Ladengestaltung. „Im Anschluss an die 'Zukunftsinitiative 2000' im März 2001 konnten wir auf Basis des eingeführten Stadtmarketingkonzepts weiterführende innerstädtische Maßnahmen sowohl entwickeln als auch umsetzen“, so Karl-Heinz Seebald.

Einsatzbereiche der Auszeichnung

Ein umfangreicher Bericht über die Prämierungsveranstaltung in Mainz sowie ein gemeinsames Foto von Wirtschaftsminister Hans-Artur Bauckhage und Bürgermeister Karl-Heinz Seebald bei der





Übereichung der Urkunde erinnert auf den Internetseiten der Verbandsgemeinde Rockenhausen an die Auszeichnung. Nach der Prämierung wurde in jeder Korrespondenz der Verwaltung ein Hinweis auf die attestierte Mittelstandsfreundlichkeit platziert. Pressemeldungen der regionalen Medien über die Auszeichnung der Kommune wurden in einem Pressespiegel zusammengestellt. Kam es zu einem neuen Kontakt mit einem ansiedlungswilligen Unternehmen, wurde diesem der Pressespiegel mit weiteren Werbematerialien des Wirtschaftsstandortes Rockenhausen zugesandt. „Natürlich präsentierten wir unsere Auszeichnung auch auf unseren Foren in der Kommune und sprachen unseren besonderen Dank den Unternehmen, die uns vorgeschlagen hatten, persönlich aus“, berichtet Karl-Heinz Seebald. Um den Stolz auf die Auszeichnung mit möglichst vielen zu teilen und diese weiter publik zu machen, spannte die Kommune an beiden Stadteingängen Rockenhausens ein plakatives Banner mit dem Hinweis „Rockenhausen als Mittelstandsfreundliche Kommune ausgezeichnet“ über die Straße.

Erfahrungen

Sowohl von den ansässigen Unternehmen der Region als auch von Unternehmen aus dem Umkreis wurde Rockenhausen viel positives Feedback auf die Prämierung zu teil. Die Auszeichnung konnte einen Beitrag dazu leisten, den Bekanntheitsgrad der Kommune über die regionalen Grenzen hinaus zu steigern. „Unternehmen von außerhalb wurden auf uns aufmerksam und baten uns, an unseren Stammtischen teilnehmen zu dürfen“, erinnert sich der Bürgermeister. Aktivitäten der Kommune fanden, zum Teil angeregt durch die Auszeichnung, auch bei den

Nachbarkommunen besonderen Anklang und Nachahmung, wie die vermehrte Einführung von Wirtschaftsstammtischen belegt. „Der Unternehmerstammtisch ist mittlerweile im Umfeld von Rockenhausen zu einer überall gern gesehenen Institution geworden“, stellt Karl-Heinz Seebald fest. Ein weiteres Beispiel für den angeregten Austausch von Erfahrungen innerhalb der Kommunen ist das im Jahr 2003 von der Kreisverwaltung ins Leben gerufene „Wirtschaftsforum Donnersbergkreis“.

Maßnahmen im Nachgang

Im Mittelpunkt stehen in der Verbandsgemeinde Rockenhausen auch weiterhin die Pflege und der Ausbau der beispielhaft guten Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und heimischer Wirtschaft. Die beiden Veranstaltungsreihen Unternehmerstammtisch und Unternehmerforum zählen dabei in Rockenhausen mittlerweile bereits zu den Klassikern unter den eingesetzten Dialoginstrumenten.

Als neue Maßnahme kommt den Unternehmen die Einführung einer Genehmigungskonferenz bei Bauanträgen von Gewerbe und Industrie zu gute. Profitieren können davon die Bauvorhaben der ansiedlungswilligen Unternehmen, die sich für den Standort Rockenhausen entschieden haben ebenso wie die der bereits ansässigen Unternehmen, die sich am Standort Rockenhausen erweitern wollen. In der Genehmigungskonferenz wird das Anliegen des Unternehmens gemeinsam von den zuständigen Genehmigungsbehörden, wie z.B. Kreisverwaltung, Gewerbeaufsichtsamt und weitere geprüft, um es anschließend mit dem Unternehmen schnell und effektiv umsetzen zu können. Als konkretes Erfolgsbeispiel führt der Bürgermeister ein in Rockenhausen ansässiges holzverarbeitendes Unternehmen an, welches im November 2003 aufgrund von zwei größeren Kundenaufträgen expandieren wollte. „Durch unsere gute Zusam-

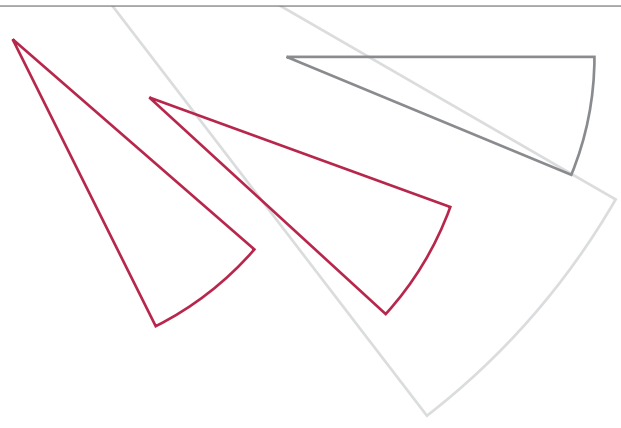
menarbeit in der Verwaltung konnten wir die Planungs- und Erschließungsarbeiten so schnell durchführen, dass der Unternehmer rechtzeitig seine zusätzliche Betriebsstätte bauen konnte. Dies gelang nur, weil alle Verantwortlichen an einem Tisch saßen“, betont Karl-Heinz Seebald. Durch die gute Zusammenarbeit und die daraus resultierende schnelle Bearbeitung des Bauvorhabens war es dem Unternehmen möglich, innerhalb eines halben Jahres sein neues Werk zu beziehen. Der Verbandsgemeinde Rockenhausen gelang es so im Wettbewerb mit anderen Standorten den Betrieb und somit 60 Arbeitsplätze in Rockenhausen zu binden.

„Durch den Wettbewerb Mittelstandsfreundliche Kommunen haben wir als Kommune einen Blick dafür bekommen, was andere Kommunen machen. Und andere Kommunen haben die Aktivitäten von Rockenhausen kennen gelernt. So gewinnt man neue Erkenntnisse, die man für die eigene Arbeit einsetzen und verwerten kann.“

*Karl-Heinz Seebald
(Bürgermeister der Verbandsgemeinde Rockenhausen)*

„Der Wettbewerb stellt für die Kommune eine kostenlose Werbung dar. Potenzielle Investoren werden sich mit den Möglichkeiten, die geboten werden, befassen und diese in ihre Investitionsentscheidung mit einbeziehen.“

*Werner Andres
(igr AG, Rockenhausen)*



Genehmigungsverfahren

Schneller, besser, unbürokratischer durch Verwaltungsumbau und Serviceleistungen

Das gesamte „Leben“ eines Unternehmens wird von einer immensen Anzahl an Genehmigungen begleitet. Allein um ein Unternehmen zu gründen, benötigt die Gründerin oder der Gründer bis zu 30 Genehmigungen. Keine Frage also, dass gerade die Abwicklung von Genehmigungsverfahren ein vitales Interessensgebiet von Unternehmen ist. Gefragt nach der Wichtigkeit einzelner Kriterien der Mittelstandsfreundlichkeit, rangiert die Qualität und Geschwindigkeit von Genehmigungsverfahren bei Unternehmen regelmäßig ganz vorne. Verbesserungen in der Aufbau- und Ablauforganisation sowie Neuorganisation von Prozessen, die zu einer Beschleunigung der Genehmigungsverfahren führen, sind daher ein bedeutender Beitrag für mehr Zufriedenheit der Unternehmer mit ihrer Verwaltung. Umgekehrt können umständliche, langwierige Genehmigungsverfahren den unternehmerischen Erfolg entscheidend behindern oder gar dazu führen, dass Unternehmen erst gar nicht gegründet werden.

Die jeweiligen Bedürfnisse von Unternehmen und kommunaler Verwaltung sprechen eine klare Sprache. Für die Unternehmen ist eine schnelle (möglichst positive) Entscheidung wichtig. Die Kommunen benötigen alle relevanten Informationen, um auf diesem Wege eine der Gesetzeslage und mithin auch dem Gemeinwohl dienliche Entscheidung zu treffen.

Diese beiden Seiten sind durchaus vereinbar. Auch die Unternehmen haben ein Interesse an einem fundierten Entscheidungsverfahren und selbstverständlich ist es für die wirtschaftliche Entwicklung einer Kommune entscheidend, dass Genehmigungsverfahren in angemessener Zeit durchgeführt werden. Es ergeben sich zwei grundsätzliche Ansätze für eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Unternehmen. Einmal gilt es durch Reduzierung von Reibungsverlusten die Entscheidungsgeschwindigkeit zu erhöhen. Zum anderen müssen die Unternehmen durch eine faire und offene Zusammenarbeit in die Lage versetzt werden, sowohl die voraussichtliche Dauer

des Prozedere als auch dessen voraussichtlichen Ausgang möglichst frühzeitig realistisch abschätzen und die Entscheidung nachvollziehen zu können.

Vor diesem Hintergrund initiieren die Verwaltungen auf allen Ebenen Aktivitäten und Maßnahmen, um Genehmigungsverfahren effektiver und kundenfreundlicher zu gestalten. Verwaltungsstrukturen werden modernisiert, Entscheidungswege verkürzt, Kompetenzen gebündelt und One-Stop-Shops eingerichtet. Eine wichtige Rolle kann hierbei auch das E-Government als Instrument übernehmen, indem es bspw. die Erledigung von Behördengängen unabhängig von deren Öffnungszeiten ermöglicht.

Ein Musterbeispiel: Beantragt wird eine Baugenehmigung. Sofort nach deren Eingang wird geprüft, was alles zu tun ist, welche Behörden gefragt werden müssen usw. Dem Antragsteller wird ein verbindlicher Zeit- und Ablaufplan an die Hand gegeben (sog. „Serviceversprechen“). Darin ist festgehalten, was zu tun ist und wie

lange die Bearbeitung einer Angelegenheit dauert. Und dies alles ist in ein funktionierendes Controlling-System eingebunden.

In der Praxis hat sich darüber hinaus bewährt, bereits zu Beginn eines Genehmigungsverfahrens eine Zusammenführung aller Beteiligten zu organisieren (sog. „Antragskonferenz“), um auf diesem Weg einen Überblick zu bieten, was beachtet werden muss und wie die nötigen Schritte direkt eingeleitet werden können. Realistische Zeitvorstellungen und „Meilensteine“ können so von der Verwaltung und dem Unternehmen geäußert und festgelegt werden.

Ein anderer Weg zu einem effizienten Genehmigungsmanagement ist die Einrichtung von Lotsendiensten. Das gesamte Genehmigungsverfahren hält dabei ein verwaltungsintern oder -extern angesiedelter Lotse in der Hand. Diesen Weg zu schnelleren Genehmigungsverfahren wählte der Landkreis Rhein-Hunsrück, der im Folgenden porträtiert wird.



Landkreis Rhein-Hunsrück

Minimum an Bürokratie, Maximum an Kooperation

„Beim Landkreis Rhein-Hunsrück gefiel den Juroren neben den durchweg guten bis sehr guten Noten durch die Unternehmer, das von den Betrieben geäußerte enge und vertrauensvolle Verhältnis zwischen Kommune und ortsansässiger Wirtschaft. Insbesondere durch die sehr gute Beurteilung der Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und mittelständischer Wirtschaft konnte der Landkreis Rhein-Hunsrück Punkte sammeln. Außerdem war die Jury von der Geschwindigkeit der Genehmigungsverfahren und der zielstrebigem Entwicklung wichtiger Serviceangebote des Kreises beeindruckt.“
Auszug aus der Begründung der Jury (2002)

Ausgezeichnete Maßnahmen

Das Wirtschaftsleben des Rhein-Hunsrück-Kreises ist durch Kleinbetriebe im Bereich Handwerk und Dienstleistung geprägt. Für die Kommune bedeutet eine dienstleistungsorientierte Haltung deshalb schon traditionell, diesen Betrieben möglichst ohne bürokratische Hindernisse entgegenzutreten. „Die besondere Attraktivität unserer Kommune zeichnet sich dadurch aus, dass wir uns schon seit Jahren intensiv um den wirtschaftlichen Mittelstand bemühen“, erklärt Geschäftsbereichsleiter Harald Rosenbaum. Zur Förderung der guten Zusammenarbeit mit der heimischen Wirtschaft befand sich die Kreisverwaltung des Rhein-Hunsrück-Kreises bereits seit 1996 in einem umfassenden Organisationsentwicklungsprozess zu einer modernen Dienstleistungsverwaltung. Einen zentralen Bestandteil dieses Prozesses stellt das Konzept „Dienstleistungsinitiative Mittelstand“ dar. „Mit seinen verschiedenen Instrumenten sehen und sehen wir uns weiterhin gut gerüstet, den kontinuierlich gewachsenen Anforderungen der heimischen Wirtschaft an eine moderne, möglichst unbürokratische Verwaltung gerecht zu werden“, ist sich Harald Rosenbaum sicher.

Kernziel eines der Instrumente der Dienstleistungsinitiative ist es, ansiedlungswillige Unternehmen bei komplexen Genehmigungsverfahren beratend und begleitend zur Seite zu stehen. Zu diesem Zweck wurde in der Kreisverwaltung Rhein-Hunsrück eigens ein Lotsendienst eingerichtet, der als Koordinierungsstelle zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für industrielle und gewerbliche Bauvorhaben agiert. Die Lotsenfunktion übernahm der Leiter des Fachbereichs Bauen und Umwelt in der Kreisverwaltung. Auf Basis seiner intensiven persönlichen Betreuung der investierenden Unternehmen wird in der Kreisverwaltung ein beispielhaft unbürokratischer Verfahrensablauf organisiert. Nachdem der Lotse durch den Investor oder Planer über den Baugenehmigungsantrag informiert wird, organisiert er ein Abstimmungsgespräch mit den jeweiligen Vertretern der beteiligten Behörden sowie dem Antragsteller selbst. Ziel dieses Vorabgesprächs ist es, herauszufinden, welche Anforderungen an das jeweilige Bauvorhaben gestellt werden, welche Unterlagen vorzulegen sind und wie das Bauvorhaben schnellstmöglich umgesetzt werden kann. Die Vorteile dieser Vorgehensweise liegen auf der Hand: Unnötige Rückfragen sowie bürokratischer

Steckbrief

(Stand: 2004)

Fläche: 96.295 ha

Einwohner: 106.093

Umsatzsteuerpflichtige

Unternehmen: 3.807 (Stand: 2002)

Sozialversicherungspflichtig

Beschäftigte: 29.400

Kontakt

Harald Rosenbaum

Geschäftsbereichsleiter

Ludwigstraße 3-5

55469 Simmern

Fon: 06761/82-105

Fax: 06761/82-9105

E-Mail: hrosenbaum@

rheinhunsruECK.de

www.kreis-sim.de



Schriftverkehr können vermieden werden, die zuständigen Behörden sind über das konkrete Genehmigungsverfahren informiert und können so die eingereichten Unterlagen schnellstmöglich prüfen. Darüber hinaus ist es dem Lotsen möglich, auftretende Verfahrensprobleme zwischen den Beteiligten frühzeitig zu beheben. Bauvorhaben im Landkreis Rhein-Hunsrück können so meist unterhalb der gesetzlich fixierten Fristen durchgeführt werden, so dass die investierenden Unternehmen von der rechtzeitigen Planungssicherheit profitieren. Die Erfahrungen bestätigen die Bedeutung des Angebotes: „Unser Service in Sachen Bauvorhabengenehmigung wird von den Investoren gerne angenommen. Pro Jahr kommt – mit wachsender Tendenz – in durchschnittlich zehn Fällen der Lotsendienst zum Einsatz“, so Harald Rosenbaum.

Ein weiteres Instrument, welches durch die engagierte Zusammenarbeit zwischen Kommune und heimischer Wirtschaft ins Leben gerufen wurde, ist der Regionalrat Wirtschaft e.V., der bereits 1995 aus einem durch die Kreisverwaltung initiierten Arbeitskreis einiger Unternehmer der Region entstanden ist. Aufgabe des Vereins ist es, für die Ansiedlung von Industrie- und Gewerbeunternehmen zu werben, sowie Maßnahmen für die Kommune zu initiieren und durchzuführen, welche die Attraktivität des Rhein-Hunsrück-Kreises auf wirtschaftlichen, sozialen sowie kulturellen Bereichen zu erhöhen. Weiterhin sieht es der Verein als seine Aufgabe an, die Zusammenarbeit der verschiedenen Wirtschaftsakteure zu erhöhen, um so die Region Rhein-Hunsrück sowohl strukturell als auch wirtschaftlich zu stärken. Mittlerweile zählt der Verein 170 Mitglieder, die zu 90% aus der heimischen Wirtschaft kommen. „Das macht die wirtschaftliche Nachhaltigkeit in der Zusammenarbeit der Unternehmen untereinander und auch zwischen Wirtschaft und Verwaltung deutlich“, erklärt Geschäftsbereichsleiter Rosenbaum. In der Rhein-Hunsrück-Kom-

mune ist man überzeugt, dass die Einrichtung des Regionalrats zu einer wesentlichen Stärkung des Wirtschaftsstandortes beigetragen hat. „Der Regionalrat ist in der Wirtschaft anerkannt und arbeitet eng mit unserer Verwaltung zusammen. Sowohl das Binnen- und Außenmarketing als auch der wirtschaftspolitische Meinungsbildungsprozess haben sich dadurch in unserer Kommune deutlich verbessert“, bilanziert der Geschäftsbereichsleiter.

Durch die gute Kooperation zwischen Wirtschaft und Verwaltung konnten in der Kommune weitere Initiativen entwickelt werden. Im April 2002 organisierte die Kreisverwaltung gemeinsam mit dem Regionalrat Wirtschaft e.V., der IHK, der Kreishandwerkerschaft sowie zahlreichen anderen wirtschaftsvertretenden Institutionen der Region erstmals ein Wirtschaftsforum in der Kommune. Über 1.500 Akteure aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung wurden zu dieser Veranstaltung eingeladen und mehr als 300 Besucherinnen und Besucher wurden über Themen aus dem aktuellen Wirtschaftsleben informiert. Aufgrund des Erfolges hat sich das Wirtschaftsforum inzwischen als regelmäßig stattfindendes Event in der Region etabliert.

Neben einer solchen publikumswirksamen Großveranstaltung spielt auch der individuelle persönliche Kontakt zu den heimischen Unternehmen eine bedeutende Rolle. Gemeinsam mit den Vertretern der regionalen Kammern und den Kreishandwerkerschaften besucht Landrat Bertram Fleck im Jahr durchschnittlich acht bis zehn Unternehmen vor Ort. Bei der Auswahl der Unternehmen wird ein möglichst breites Spektrum abgedeckt, da sowohl kleinere Handwerksunternehmen als auch mittelständische, größere Unternehmen aus dem gewerblichen Sektor ihren Platz auf der Besuchsliste haben. Konkrete Probleme der besuchten Betriebe mit der Verwaltung, z.B. bei Genehmigungsverfahren, werden im direkten Gespräch thematisiert und können im Regel-

fall schnell und unbürokratisch gelöst werden. Eine weitere Plattform des direkten Dialoges zwischen Verwaltung und Wirtschaft sind die durch die Kreisverwaltung und den Regionalrat Wirtschaft e.V. organisierten „Unternehmergespräche vor Ort“. Diese Veranstaltung dient den Unternehmen als Möglichkeit, sich zu ortsbezogenen Schwierigkeiten mit den kommunalen Verantwortlichen direkt auszutauschen. Auch diskutieren die teilnehmenden Unternehmen über aktuelle Themen der Wirtschaftsentwicklung in der Region.

Einsatzbereiche der Auszeichnung

Im Nachgang der Auszeichnung zur Mittelstandsfreundlichen Kommune nutzte die Kreisverwaltung insbesondere die neuen Medien, wie das Internet, um auf die Prämierung aufmerksam zu machen. Neben einer Berichterstattung in den regionalen Printmedien wurde ebenfalls in den neuen Imagebroschüren des Wirtschaftsstandortes Rhein-Hunsrück auf die erfolgreiche Teilnahme am Wettbewerb Mittelstandsfreundliche Kommunen hingewiesen. Weiterhin fand die Prämierung auf den regelmäßigen Wirtschaftsempfängen in der Region Erwähnung: Den Unternehmen, die mit dem Vorschlag der Kommune einen wesentlichen Beitrag zu der Auszeichnung geleistet hatten, wurde der persönliche Dank der Kommune ausgesprochen.

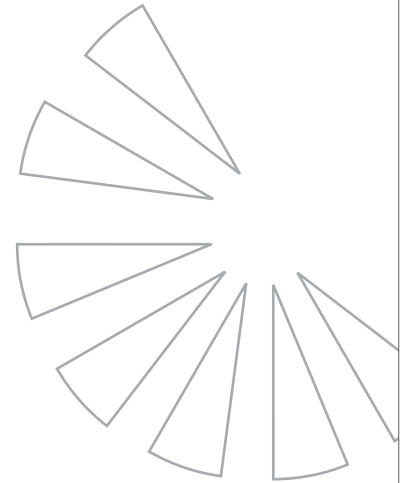
Erfahrungen

Als einen positiven Effekt aus der Teilnahme am Wettbewerb sieht Harald Rosenbaum die Stärkung des „Wir-Gefühls“ zwischen den Unternehmen und der Kreisverwaltung. „Die Erkenntnis, gemeinsam etwas bewirken zu können, bestätigt und fördert die gemeinsame Arbeit im Rhein-Hunsrück-Kreis. Auch das Binnenmarketing hat sich durch die Auszeichnung verbessern können“, ist Geschäftsbereichsleiter Harald Rosenbaum überzeugt.

Wie erfolgreich die Anstrengungen des Rhein-Hunsrück-Kreises sind, zeigen zusätzliche Auszeichnungen. So wurde der Rhein-Hunsrück-Kreis von seinen Bürgerinnen und Bürgern ebenfalls für den „Großen Preis für den Mittelstand (Kommunen)“ vorgeschlagen, den Bertram Fleck im Oktober 2004 auf der Veranstaltung der 10. Oskar-Tage in Berlin von der Oskar-Patzelt-Stiftung entgegen nehmen durfte. Dass der idyllische Rhein-Hunsrück-Kreis auch international Achtung erzielen kann, zeigt die Auszeichnung LivCom Award 2004. Als einziger deutscher Landkreis überzeugte der Rhein-Hunsrück-Kreis die internationale Jury in den Kategorien Verbesserung der Landschaft, Pflege des historischen Erbes, umweltbewusstes Leben, Bürgerbeteiligung und Zukunftsplanung. Damit beurteilten die Juroren die Region Rhein-Hunsrück als besonders lebenswert. „Wir siegten in der Kategorie 75.000 bis 200.000 Einwohner und konnten uns gegen Mitstreiter u.a. aus Australien, Kanada, England, Tschechien und Litauen durchsetzen“, erinnert sich Harald Rosenbaum stolz.

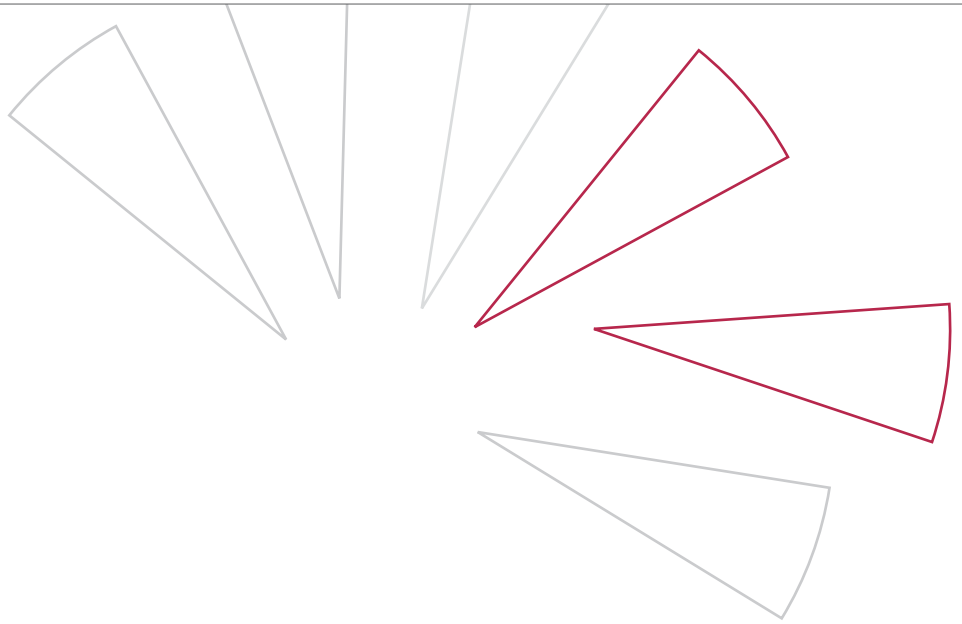
Maßnahmen im Nachgang

„Wir sehen die ‚Dienstleistungsoffensive Mittelstand‘ als einen Dauerprozess an. Neue Maßnahmen sind nicht immer zwingend nötig, sondern es ist wichtig, dass die Maßnahmen, die bereits vorhanden sind, stetig optimiert werden“, fasst Harald Rosenbaum die Nachhaltigkeitsbemühungen im Landkreis Rhein-Hunsrück zusammen. Unter dieser Zielvorgabe hat die Kreisverwaltung ein eigenes Qualitäts- bzw. Geschäftsprozessmanagement aufgebaut. Hier unterziehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung die Instrumente der Dienstleistungsoffensive einer kontinuierlichen Prüfung und tragen im Falle eines erkannten Verbesserungsbedarfs Sorge für eine schnellstmögliche Optimierung bzw. Ergänzung.



„Der Wettbewerb Mittelstandsfreundliche Kommunen stärkt das Eigenprofil, weil man so zu einer Standortbestimmung kommt. Man setzt sich mit den eigenen Stärken und Schwächen auseinander und erhält außerdem durch die Auszeichnung ein hervorragendes Marketinginstrument.“
Harald Rosenbaum
(Geschäftsbereichsleiter des Landkreises Rhein-Hunsrück)

„Der Wettbewerb bietet den Kommunen Ansporn bürokratische Hürden abzubauen, die Ansiedlung von Unternehmen zu fördern und Unternehmensgründungen zu unterstützen. Sofern die Kommunen die Herausforderung annehmen, profitieren letztendlich alle: Unternehmen, Arbeitnehmer und die Kommunen.“
Michael Erbach
(ERO-Gerätebau GmbH, Niederkumbd)



Wirtschaftsförderung

Herausforderung kommunale Wirtschaftsförderung

Kommunen brauchen Unternehmen! Deshalb stehen Kommunen, wie auch Regionen, Bundesländer oder Nationalstaaten, im Wettbewerb miteinander um die Ansiedlung, Erhaltung und Neugründung von Unternehmen. Angesichts zunehmender Internationalisierung, struktureller Veränderungen der Wirtschaft und einer höheren Standortdynamik wird deutlich, dass die kommunale Wirtschaftsförderung derzeit vor großen Herausforderungen steht. Sie muss Antworten auf die Fragen finden, die diese Herausforderungen aufwerfen, Handlungsspielräume definieren und besetzen.

Was ist Wirtschaftsförderung? Förderung von Wirtschaft bedeutet Förderung von Unternehmen – direkt und indirekt. Förderung heißt zum einen, dass die Rahmenbedingungen im Einflussbereich der Kommune so gestaltet werden, dass sie den Unternehmen ein erfolgreiches Wirtschaften erlauben. Zum anderen bezieht sich die Förderung darauf, Unternehmen in konkreten Anliegen zu unterstützen. Den Möglichkeiten der kommunalen Wirtschaftsförderung sind dabei Grenzen gesetzt: budgetäre, rechtliche und nicht zuletzt marktwirtschaftliche. Letztlich umfasst Wirtschaftsförderung alle Aktivitäten, die in der vorliegenden Publikation vorgestellt werden.

Wirtschaftsförderung für wen? Da ist erstens der Unternehmensbestand vor Ort zu nennen, dessen Pflege und Erhaltung eine zentrale Aufgabe ist – so wird regionale Wirtschaftskraft erhalten. Zweitens ist die Neuansiedlung von Unternehmen ein wichtiger Arbeitsbereich – so kann die regionale Wirtschaftskraft ausgebaut werden. Drittens fördert die Unterstützung von Unternehmensgründungen die Vitalität und Zukunftsfähigkeit der regionalen Wirtschaftsstruktur.

Wirtschaftsförderung wie? Effektiv und effizient soll sie sein, so lauten vielfach geäußerte Forderungen. Den einen, besten Weg der Wirtschaftsförderung gibt es nicht, zu unterschiedlich sind die Standorte, zu verschiedenartig die jeweilige Unternehmenslandschaft, zu heterogen ihre Anforderungen. Dennoch lassen sich einige übergreifende Erfolgsfaktoren aufzeigen. Das Selbstverständnis der Wirtschaftsförderung als Clearing-Schnittstelle zwischen Unternehmen und kommunaler Verwaltung ist hierbei zentral. Ziel muss es sein, die Wirtschaftsförderung zu einer Servicezentrale zu entwickeln, die erster Ansprechpartner für alle Standortfragen ist. Weiter wünschen Unternehmen, dass die örtliche Wirtschaftsförderung notwendige Verwaltungsverfahren innerhalb der kommunalen Strukturen koordiniert und vorantreibt.

Die Vermarktung der Region nach außen ist insbesondere im Hinblick auf Neuansiedlungen und Unternehmensgründer eine wichtige Aufgabe. Ein modernes, multimediales Standortinformationssystem, das über das Internet alle relevanten Daten und Fakten zur Verfügung stellt, ist ein Dreh- und Angelpunkt moderner Wirtschaftsförderung.

Hierzu zählt bspw. auch ein übersichtlich strukturiertes Angebot an Gewerbeflächen sowie eine Präsentation der bereits ansässigen Unternehmen.

Last but not least kommen der kommunalen Wirtschaftsförderung auch strategische Aufgaben zu, wenn es um die aktive Entwicklung eines Standortprofils, der Definition von Kompetenzfeldern in Wirtschaft und Wissenschaft sowie den Aufbau effizienzbringender Unternehmenscluster geht.

Ein umfassender Ansatz der Wirtschaftsförderung mit hohem persönlichem Engagement wird in der Verbandsgemeinde Kaisersesch betrieben, wie im Folgenden zu sehen ist.



Verbandsgemeinde Kaisersesch

Wirtschaftsförderung als „Chefsache“

„Der umfassende Ansatz in der Wirtschaftsförderung, angefangen bei der Unterstützung von Existenzgründern über die Bereitstellung attraktiver Gewerbeflächen bis hin zur engagierten Bestandspflege, wurde von der Jury hervorgehoben. Auf die vorbildliche Kundenorientierung in Form einer 24-Stunden-Hotline wies die Jury in ihrer Entscheidung ebenfalls hin.“

Auszug aus der Begründung der Jury (2004)

Steckbrief

(Stand: 2004)

Fläche: 9.951 ha

Einwohner: 13.227

Umsatzsteuerpflichtige

Unternehmen: 406 (Stand: 2002)

Sozialversicherungspflichtig

Beschäftigte: 9.524 (Stand: 2003)

Kontakt

Ewald Mattes

Bürgermeister

Bahnhofstraße 47

56759 Kaisersesch

Fon: 02653/9996-60

Fax: 02653/9996-916

E-Mail: ewald.mattes.vgk@lcoc.de

www.kaisersesch.de

Gernot Stoll

Wirtschaftsförderungsgesellschaft

Region Kaisersesch mbH

Technologie- und

Gründerzentrum

56759 Kaisersesch

Fon: 02653/9135-11

Fax: 02653/9135-29

E-Mail: gernot.stoll@wfg.

kaisersesch.de

www.wfg.kaisersesch.de

Ausgezeichnete Maßnahmen

Dass eine Kommune aktive Wirtschaftsförderung betreibt, gehört in Zeiten wie diesen eigentlich zu den Selbstverständlichkeiten. Was also macht eine Kommune besser, deren Wirtschaftsförderungskonzept der Jury besonders würdigende Worte wert war? Im Falle der Verbandsgemeinde Kaisersesch liegt das Erfolgsgeheimnis vor allem in der Breite des wirtschaftsfördernden Angebots, welches sich zu einem schlagkräftigen integrierten Gesamtkonzept zusammenfügt.

In dem Bestreben die wirtschaftliche Entwicklung der Region Kaisersesch weiter zu fördern und den heimischen Unternehmen optimale Serviceleistungen anzubieten, gründete die Verbandsgemeinde mit den 16 Ortsgemeinden und der Stadt Kaisersesch im Jahr 1998 die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Region Kaisersesch mbH (WFG). Wirtschaftsförderung wird in der Region Kaisersesch als „Chefsache“ gesehen und so war es nur konsequent, dass der Bürgermeister der Verbandsgemeinde Kaisersesch, Ewald Mattes, die Geschäftsführung der WFG Region Kaisersesch übernahm. Zu den

Hauptaufgaben der WFG gehört die Betreuung der ansässigen Unternehmen, die weitere Forcierung von Gewerbe- und Industrieansiedlungen, die Förderung touristischer Aktivitäten sowie die Durchführung des regionalen Marketings zur Imageförderung der Region Kaisersesch. Eine Vielzahl an Maßnahmen werden für potenzielle Investoren, Existenzgründerinnen und Existenzgründer sowie ansässige Firmen von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft zur Verfügung gestellt. Der umfangreiche Maßnahmenkatalog gliedert sich in drei Bereiche: Beratung, Serviceleistungen und Innovationen. Zu dem Bereich Beratung zählen u.a. die Standortberatung innerhalb der Region sowie Beratung bzgl. Fördermöglichkeiten, Finanzierungs- bzw. Rechtsfragen und eine individuelle Existenzgründungsberatung.

Als zusätzliche Serviceleistung unterstützt die WFG Region Kaisersesch Unternehmen bei Standort- und Grundstücksfragen bis hin zur kostengünstigen Grundstücksbereitstellung. Weiterhin unterstützt die WFG die Unternehmen bei der Erstellung von Förderanträgen und bei Verhandlungen

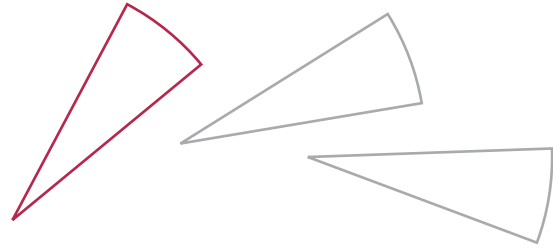


gen mit den zuständigen Behörden. „Die WFG versteht sich als ‚Anwalt der Unternehmen‘ und leistet aktive Hilfestellung bei Problemfällen. Unser erklärtes Ziel ist es, uns dafür stark zu machen, dass die behördlichen Verfahren möglichst schnell und ohne bürokratische Reibungsverluste ihren Gang nehmen“, so Wirtschaftsförderer Gernot Stoll. Für interessierte Unternehmen knüpft die WFG auch gerne Kontakte zu wirtschaftsnahen Institutionen, wie z.B. zu regionalen Banken und Kammern, zu Ministerien, zur Investitions- und Strukturbank (ISB) sowie zu Hochschulen, Versicherungen und Unternehmensberatern. Zudem verfügt die Wirtschaftsförderungsgesellschaft über ein Organisationsmanagement, das Messen, Wirtschaftstagungen sowie Weiterbildungsveranstaltungen für die heimische Wirtschaft organisiert. Besonders augenfällig wird das Bestreben der Kommune um ein „Rundum-sorglos“-Paket für die heimische Wirtschaft in der Einrichtung einer Service-Hotline für Unternehmerfragen. „Über unsere 24-Stunden-Hotline 02653-999666 sind wir für unsere Unternehmen rund um die Uhr, auch im Notfall, erreichbar. Nach offiziellem Dienstschluss wird das Telefon auf das Mobiltelefon des Bürgermeisters umgestellt“, berichtet Gernot Stoll über die ungewöhnliche Maßnahme.

Mit der Eröffnung des Technologie- und Gründerzentrums Region Kaisersesch GmbH (TGZ) im September 2003 wurde ein weiterer wichtiger Baustein zur Erweiterung der Wirtschaftsförderungsaktivitäten der Kommune gelegt. Das TGZ wurde als Instrument der regionalen Wirtschaftsförderung im Gewerbe- und Industriegebiet der Stadt Kaisersesch angesiedelt. Durch die Bildung einer Standortgemeinschaft für innovative kleine und mittelständische Unternehmen aus den Berei-

chen Dienstleistung, Industrie und Handwerk wird Existenzgründern und jungen Unternehmern der Start ins Wirtschaftsleben erleichtert. Vor der eigentlichen Unternehmensgründung haben die Gründungswilligen im TGZ die Chance, ihre Geschäftsidee über einen Zeitraum von drei Monaten in mietfreien „Inkubatorräumen“ zu testen. Kommt es anschließend zur Gründung, können die Unternehmen je nach Gründungsvorhaben, Büroräume oder Werkhallen zu günstigen Konditionen im TGZ anmieten. Weiterhin stellt das TGZ allen Gründerinnen und Gründern Gemeinschaftseinrichtungen wie z.B. Konferenz- und Präsentationsräume zur Verfügung.

Auch sonst sind Gründer und Jungunternehmer im TGZ der Region Kaisersesch gut beraten. Bei Bedarf können sie auf ein umfassendes freiberufliches Berater- und Expertennetzwerk zurückgreifen, das sie bei der Ideengenerierung, der Entwicklung eines Marketing- und Akquisitionskonzepts und der Finanzierungsplanung begleitet. Mit ihrer besonderen Fokussierung auf technologieorientierte Jungunternehmer verfolgt die Kommune das Ziel, verstärkt innovative Existenzgründungen in der Region zu fördern, da diese ein überdurchschnittlich hohes Potenzial zur Schaffung von Arbeitsplätzen bieten. „Unsere Strategie zeitigt Erfolg“, zieht Bürgermeister Ewald Mattes eine Zwischenbilanz. „Mittlerweile haben wir im TGZ mit 15 Unternehmen eine Auslastung von rund 85% erreicht und konnten dadurch etwa 90 qualifizierte Arbeitsplätze an den Standort binden.“ Zur weiteren Förderung zukunftsorientierter Technologien in der Region besteht zwischen der WFG und der Fachhochschule Koblenz ein Kooperationsvertrag mit dem Schwerpunkt Holz-Energie-Bau (HEB). Zielsetzung dieser Kooperation ist es, Hochschulwissen mit dem Handwerk innovativ in die betriebliche Praxis



zu transferieren. In Zusammenarbeit mit Instituten an der Fachhochschule Bingen und der Fachhochschule Trier werden zudem gemeinsame Projekte im Bereich der regenerativen Energien, des Wasserstoffs und der Brennstoffzelle entwickelt.

Einsatzbereiche der Auszeichnung

Die Bekanntmachung der Auszeichnung zur Mittelstandsfreundlichen Kommune erfolgte in der Kommune Kaisersesch vor allem über zahlreiche Berichterstattungen in der regionalen Presse. Für alle Besucher und Mitarbeiter sichtbar hängt die Originalurkunde im Bürgermeisterzimmer sowie eine Kopie der Auszeichnung im Eingangsbereich des TGZ. Weiterhin wurde die Prämierung auf Veranstaltungen der Verbandsgemeinde und der WFG thematisiert.

Erfahrungen

Insbesondere der Dialog zwischen der Verwaltung und den heimischen Unternehmen konnte in der Verbandsgemeinde Kaisersesch durch den Wettbewerb Mittelstandsfreundliche Kommunen weiter an Intensität gewinnen. „Der Wettbewerb gab einen besonderen Schub in der Kommunikation mit den Unternehmen aus der Region“, ist sich Ewald Mattes sicher. Ebenfalls wurde die Verbandsgemeinde Kaisersesch von Nachbarkommunen sowie von der regionalen Handwerkskammer auf die Erfolge des Wettbewerbes angesprochen. Gernot Stoll fühlt sich durch die Reaktionen auf die Auszeichnung in seiner Überzeugung bestätigt, dass der positive Wettbewerb zwischen den Kommunen die Zusammenarbeit untereinander fördert. „Die Kommunen motivieren sich mit einem solchen Wettbewerb im positivem Sinne. Das kann für unsere Arbeit sehr förderlich sein“, erklärt der Wirt-

schaftsförderer. So wurde seiner Ansicht nach durch den Wettbewerb die überregionale Netzwerkarbeit in den Kommunen unterstützt: „Der Dialog mit anderen regionalen Wirtschaftsförderern wurde dadurch ausgebaut“, fasst Gernot Stoll zusammen.

Maßnahmen im Nachgang

Wirtschaftsförderung wird in der Verbandsgemeinde Kaisersesch als eine Daueraufgabe angesehen, die kontinuierliches Engagement und Weitblick verlangen. „Die Nachhaltigkeit der Mittelstandsfreundlichkeit unserer Kommune sehen wir u.a. durch die Gründung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft und vor allem mit dem TGZ gewährleistet, welches langfristig angelegt ist. Beide Gesellschaften werden sich auch künftig intensiv um die Belange der heimischen Wirtschaft kümmern und unsere zahlreichen bestehenden sowie neuen wirtschaftsfördernden Aktivitäten bündeln“, erklärt Gernot Stoll.

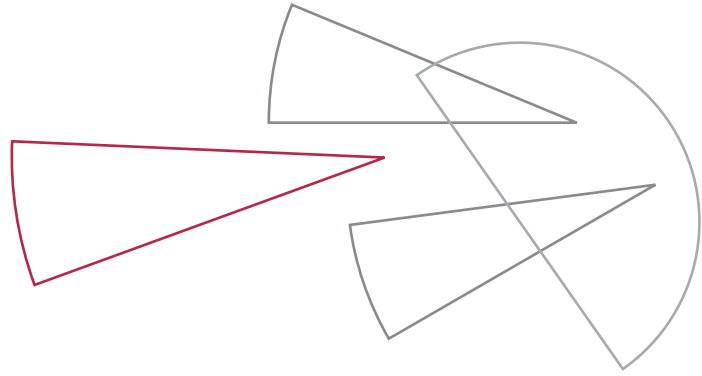
Ein Beispiel für eine neue Initiative ist die so genannte Bildungsoffensive der Region Kaisersesch. „Bildung und Wirtschaft sind unserem Verständnis nach in einem engen Zusammenhang zu sehen. Es gilt, unseren Kindern Erziehung und Bildung zu garantieren, sie sind unsere Zukunft und die Fachkräfte von morgen“, so Bürgermeister Ewald Mattes. Gemeinsam mit der Verbandsgemeindeverwaltung werden im Rahmen der Bildungsoffensive verschiedene Aktivitäten zur Stärkung des pädagogischen Angebots in der Region umgesetzt. So wurde u.a. das Pädagogik Team Region Kaisersesch ins Leben gerufen, dem alle Kindergartenleiterinnen und alle Leiter der Grundschulen und der Regionalen Schule der Verbandsgemeinde angehören.

„Durch den Wettbewerb erfolgt eine Durchleuchtung der verschiedenen Einsatzbereiche der Wirtschaftsförderung. Auf diese Weise wird die Entwicklung von neuen tauglichen und umsetzbaren Ansätzen stimuliert. Alles in allem regt der Wettbewerb zu einer positiven Eigenkontrolle an und stärkt die Kommunikation zu den Unternehmen, Nachbarkommunen und Ministerien.“

*Gernot Stoll
(Wirtschaftsförderer der
Verbandsgemeinde Kaisersesch)*

„Ich würde anderen Unternehmen empfehlen am Wettbewerb teilzunehmen, weil es die Beziehung im kommunalen wie auch geschäftlichen Bereich stärkt.“

*Hans-Theo Berenz
(Metallbau Berenz OHG, Laubach)*



Öffentliches Auftragswesen & Zahlungsmoral

Der Staat als Auftraggeber: Öffentliche Aufträge und Mittelstand

In Deutschland vergeben über 30.000 öffentliche Auftraggeber jedes Jahr Aufträge im Wert von rund 280 Milliarden Euro. Das entspricht etwa 13 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Diese Zahlen belegen, welche volkswirtschaftliche Bedeutung der öffentliche Beschaffungsmarkt hat. Für regionale mittelständische Unternehmen – insbesondere aus dem Baugewerbe – können öffentliche Aufträge existenzsichernd sein – unter der Voraussetzung einer guten Zahlungsmoral der Kommune. Diese ist in den vergangenen Jahren von Unternehmensseite scharf in die Kritik geraten. Und das nicht ohne Reaktion auf kommunaler Seite: Die Kommunen starten Initiativen zur Verbesserung des Zahlungsverhaltens und bemühen sich um mehr Transparenz bei den Vergaberegelungen und Zahlungsabläufen.

Das Volumen des öffentlichen Beschaffungsmarkts macht es unabdingbar, einen transparenten Wettbewerb und ein hohes Maß an Gerechtigkeit bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu gewährleisten. Die vergaberechtlichen Bestimmungen verfolgen zwei Zielsetzungen: Kosteneffizienz beim Einkauf von Bau-, Liefer- oder Dienstleistungen auf Seiten der öffentlichen Hand und Förderung einer wettbewerbsfähigen Anbieterseite. Für ein Funktionieren dieses Marktes sind Wettbewerb, Transparenz und Gleichbehandlung wichtige Voraussetzungen. Andererseits sind Kommunen sowohl aus rechtlichen als auch aus ökonomischen Gründen angehalten, sich für die wirtschaftlichste Art der Leistungserbringung zu entscheiden. Vor diesem Hintergrund wird in Rheinland-Pfalz den Interessen des Mittelstandes durch folgende Regelungen Rechnung getragen:

- Die Fachlosvergabe, bei der Einzelaufträge ausgeschrieben werden, hat grundsätzlich Vorrang vor der Generalunternehmer-Vergabe. Dieser Grundsatz ist im Mittelstandsförderungsgesetz und einer Verwaltungsvorschrift zum öffentlichen Auftragswesen festgehalten.

- Unter den drei Vergabearten öffentliche Ausschreibung, beschränkte Ausschreibung und freihändige Vergabe hat in Rheinland-Pfalz grundsätzlich die öffentliche Ausschreibung Vorrang.

- Mittelständische Unternehmen werden zur Angebotsabgabe bei beschränkter Ausschreibung und freihändiger Vergabe direkt aufgefordert; Nebenangebote werden zugelassen.

- Arbeits- und Bietergemeinschaften von mittelständischen Unternehmen werden am Vergabeverfahren beteiligt.

- Sicherheitsleistungen sollten nur in Ausnahmefällen von den Kommunen gefordert werden.

Die Sicherung einer ausreichenden Liquidität ist für viele kleine und mittlere Unternehmen eine Daueraufgabe. Nicht zuletzt die schwache Konjunktur lässt bspw. kleinere Bauunternehmen fast regelmäßig mit der drohenden Zahlungsunfähigkeit kämpfen. Eine schnelle und planbare Begleichung von Rechnungen ist für die Unternehmen (über-)lebenswichtig. In diesem Zusammenhang stellt das vielfach

beklagte zögerliche Zahlungsverhalten der öffentlichen Hand gerade für kleine und mittlere Unternehmen ein Problem dar. Kommunen zahlen später als vereinbart und nicht immer in vollem Umfang – so die Kritik aus der Unternehmensseite. Auf Seiten der Kommunen ist mit Blick auf die Zahlungsmoral Besserung in Sicht. Es gibt immer mehr Vorreiter-Kommunen, die durch interne Dienstleistungs- und Reorganisationsmaßnahmen bspw. zügige Abschlagszahlungen leisten oder gar über ein verbessertes Zahlungsmanagement die Zahlung in einem festgelegten Zeitrahmen gewährleisten.

Nicht selten werden Abschlagszahlungen in drei bis vier Tagen angewiesen; so auch in der Verbandsgemeinde Manderscheid, die im Folgenden porträtiert wird.



Verbandsgemeinde Manderscheid

„Fair pay“ für den Mittelstand

„Von den Unternehmern wurde sowohl die Kommunikation mit der Kommune als auch die Wirtschafts- und Entwicklungspolitik sehr positiv wahrgenommen. Die Beurteilung deckt sich weitgehend mit dem Bild, das die zusätzlich befragten Unternehmen von Manderscheid haben. Als sehr positiv wertete die Jury die konkreten Beispiele der Unternehmer vor Ort. Mehrfach genannte Aspekte sind günstige Gewerbeflächen, eine gute Zahlungsmoral der Kommune, schnelle und unbürokratische Bearbeitung von Anträgen sowie der hohe Einsatz des Verbandsbürgermeisters.“
Auszug aus der Begründung der Jury (2001)

Steckbrief

(Stand: 2003)
Fläche: 16.200 ha
Einwohner: 8.940
Umsatzsteuerpflichtige
Unternehmen: 162
Sozialversicherungspflichtig
Beschäftigte: 2.521

Kontakt

Wolfgang Schmitz
Bürgermeister
Kurfürstenstraße 15
54531 Manderscheid
Fon: 06572/9215-28
Fax: 06572/9215-50
E-Mail: buergemeister@manderscheid.de
www.manderscheid.de

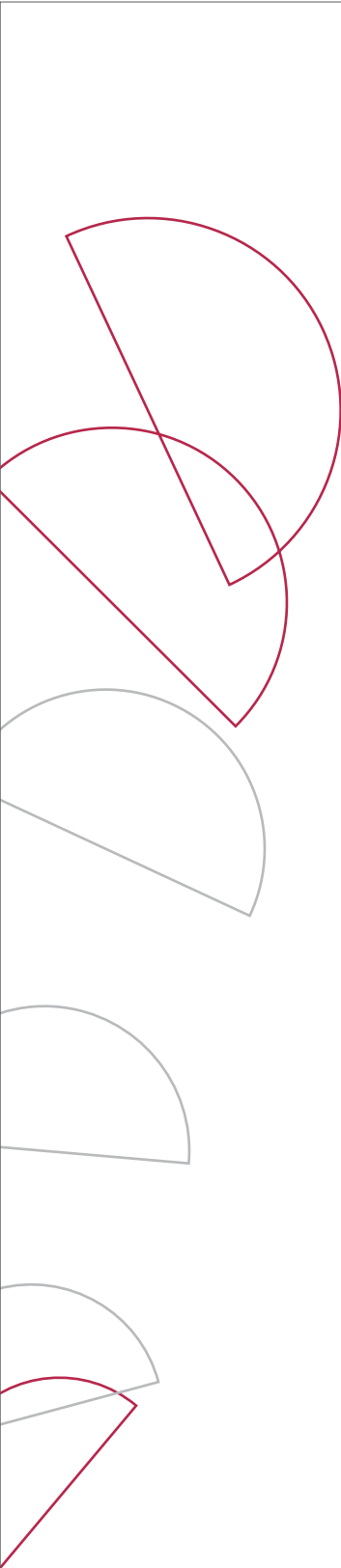
Günter Weins
Bauabteilung/VG-Werke
Kurfürstenstraße 15
54531 Manderscheid
Fon: 06572/9215-41
Fax: 06572/9215-52
E-Mail: guenter.weins@manderscheid.de

Ausgezeichnete Maßnahmen

Das öffentliche Auftragswesen sowie die gute Zahlungsmoral sind – gerade in Zeiten eines schwierigen konjunkturellen Umfelds – zwei wesentliche Kriterien, an denen Unternehmen die Mittelstandsfreundlichkeit ihrer Kommune in der Praxis festmachen. Die Verbandsgemeinde Manderscheid hat sich für diesbezügliche Belange von kleinen und mittleren Unternehmen in ihrer Kommune in den letzten Jahren beispielhaft sensibel gezeigt. Ihr Auftrags- und Zahlungsverhalten wurde Schritt für Schritt so ausgerichtet, dass die mittelständischen Betriebe vor Ort gegenüber großen Leistungsanbietern oder gar Generalunternehmern nicht von vornherein benachteiligt sind.

Welches aber sind die konkreten Instrumente, derer sich die Kommune Manderscheid bei ihren Bemühungen hin zu mehr Mittelstandsfreundlichkeit bedient? Die Vergabe von Einzelaufträgen in Fachlose stellt eine der Maßnahmen dar. „Wir sprechen bei der Auftragsvergabe kein Generalunternehmen an, sondern vergeben unsere Aufträge grundsätzlich an einzelne Unternehmen. Auch wenn das ein gewisses Maß an Mehraufwand für die Koordination der verschiedenen leistungserfüllenden Betriebe bedeutet, nehmen wir das gerne in Kauf, denn wir möchten mög-

lichst vielen heimischen Unternehmen die Chance auf einen Auftrag ermöglichen“, berichtet Bauabteilungsleiter Günter Weins. Unterstützung bei der Koordination der einzelnen Bauaufträge holt sich die Verbandsgemeinde bei ortsansässigen Ingenieur- bzw. Architekturbüros, welche die Verbandsgemeinde kontinuierlich über den Stand der Auftragserfüllung informieren. Um die Ausschreibungen für die heimischen Firmen möglichst transparent zu gestalten, werden diese neben der regionalen Tageszeitung ebenfalls in dem Mitteilungsblatt der Verbandsgemeinde Manderscheid veröffentlicht. Ergänzt wird das Engagement seitens der Gemeindeverwaltung noch durch einen besonderen persönlichen Service für die ortsansässigen Betriebe: „Wenn wir feststellen, dass bei den Rückläufen von Angeboten keine Bewerbung von qualifizierten Unternehmen aus unserer Region vorliegt, rufen wir diese an und machen sie erneut im persönlichen Gespräch auf unsere Ausschreibung aufmerksam“, beschreibt Günter Weins das Vorgehen der Verbandsgemeinde, wobei er betont, dass man sich dabei stets an die gesetzlichen Vorgaben hält. So erinnert er sich bspw. an den Fall eines Unternehmens, das sich bei öffentlichen Ausschreibungen im Regelfall immer beteiligt hatte. Als bei einem für ihn



interessanten Auftrag kein Angebot bei der Verbandsgemeinde einging, erkundigte sich diese nach den Gründen. „Bei unserem Anruf erfuhren wir, dass der Geschäftsinhaber zum Zeitpunkt der Ausschreibungsveröffentlichung im Urlaub war, konnten aber den Hinweis auf unsere Ausschreibungen an seine leitenden Mitarbeiter weitergeben, so dass der Betrieb dann doch noch fristgerecht sein Angebot abgeben konnte.“

Eine weitere Möglichkeit kleinen und mittleren Betrieben aus der Region bei der Vergabe von Aufträgen faire Ausgangsvoraussetzungen zu verschaffen, stellt in Sonderfällen auch der Verzicht auf Sicherheitsleistungen durch die Verbandsgemeinde Manderscheid dar. „Wir können zwar nicht generell auf Bankbürgschaften verzichten. Doch sehen wir bei Firmen, die wir durch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit bei anderen Baumaßnahmen kennen gelernt haben, nicht die Notwendigkeit grundsätzlich eine Erfüllungsbürgschaft einzufordern“, erklärt der Leiter der Bauabteilung. Gerade Jungunternehmer profitieren von der Möglichkeit einer solchen individuellen Lösung. Da im Regelfall die neu gegründeten Unternehmen im Rahmen der Gewährleistung Bürgschaften hinterlegen müssen und diese Geldsummen auf das Kreditvolumen angerechnet und daher von den Kreditinstitutionen blockiert werden, stehen die Jungunternehmer bereits von Beginn an vor beträchtlichen und oft auch bedrückenden finanziellen Herausforderungen. „Um ihnen das Fußfassen zu erleichtern, versuchen wir mit diesen Firmen Konditionen zu erarbeiten, die ihnen eine für sie wirtschaftlich vertretbare Angebotsabgabe ermöglichen“, so Günter Weins.

Die Auftragsvergabe ist die eine Säule der mittelstandsfreundlichen Ausrichtung in der Verbandsgemeinde Manderscheid. Mindestens ebenso wichtig wie faire Voraussetzungen für kleine und mittlere Unternehmen in der Ausschreibungs-

phase ist die Zahlungsmoral der öffentlichen Hand nach der Auftrags erledigung durch die Betriebe. Die Kommune Manderscheid wollte auch hier mit gutem Beispiel voran gehen. Mittels einer mündlichen Dienstanweisung wurden die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angewiesen, beim Erhalt einer Unternehmensrechnung diese unverzüglich zu prüfen und zeitnah auszuzahlen. Selbst bei Rechnungen mit weiterem Klärungsbedarf ist es der Gemeinde möglich, zumindest die Teilbeträge, bei denen keine offenen Fragen bestehen, sofort an das Unternehmen zu überweisen. „Wenn eine Rechnung bei uns eingeht, kann sie im Regelfall innerhalb von drei bis vier Tagen bezahlt werden“, beschreibt Bürgermeister Wolfgang Schmitz die beispielhaft gute Zahlungsmoral der Kommune Manderscheid.

Neben dem mittelstandsfreundlichen Ausschreibungsprocedere und der guten Zahlungsmoral überzeugt in Manderscheid auch die schnelle und unbürokratische Bearbeitung von Anträgen durch die Verbandsgemeinde. „Wenn ein Unternehmen ein Anliegen hat, wendet es sich direkt an uns. Wir vereinbaren ein Treffen und versuchen gemeinsam Lösungsmöglichkeiten zu finden. Da wir so in einem engen persönlichen Kontakt zu unseren Unternehmen stehen, hat sich in den letzten Jahren ein besonderes ‚Wir-Gefühl‘ zwischen den Unternehmen und uns etablieren können“, stellt der Bürgermeister fest.

Einsatzbereiche der Auszeichnung

Nach der erfolgreichen Teilnahme am Wettbewerb nutzte die Verbandsgemeinde Manderscheid in vielfacher Weise die Möglichkeit, auf ihre frisch attestierte Mittelstandsfreundlichkeit aufmerksam zu machen. Die Urkunde wurde auf den Internetseiten der Gemeindeverwaltung platziert. Die Bürgerinnen und Bürger Manderscheids und die lokale Wirtschaft konnten in der überregionalen und regionalen Pres-

se Informationen und Impressionen zur Prämierung in Mainz nachlesen. Auch die Broschüre zu den Gewerbegebieten der Region wurde durch einen Hinweis auf die Auszeichnung der Kommune ergänzt. Ansiedlungsinteressierte Unternehmen erhalten bereits beim ersten Kontakt die öffentlichkeitswirksame Informationsschrift.

Erfahrungen

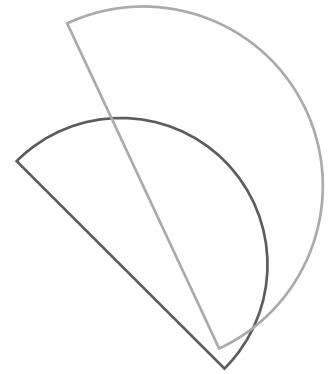
„Da über die Auszeichnung Manderscheids sowohl regional als auch überregional berichtet wurde, haben nach der Prämierung verstärkt auch Firmen von außerhalb ihr Interesse an einer Ansiedlung innerhalb unserer Verbandsgemeinde geäußert“, so Bürgermeister Wolfgang Schmitz. Zwei Unternehmen mit insgesamt rund 50 Arbeitsplätzen haben sich seit der Auszeichnung in der Region Manderscheid angesiedelt. „Ein weiteres Unternehmen mit ca. 35 Arbeitsplätzen wird sich voraussichtlich Ende 2005 bei uns niederlassen“, freut sich Wolfgang Schmitz. Er ist sich sicher: „Die öffentlichkeitswirksame Auszeichnung als Mittelstandsfreundliche Kommune hat dazu beigetragen, dass wir verstärkt neue Betriebe an unseren Standort binden konnten.“ Über diese quantifizierbaren Erfolge hinaus, bewertet man in der Verbandsgemeinde Manderscheid auch den Beitrag der Auszeichnung zu einem gestärkten Zusammenhalt zwischen heimischer Wirtschaft und Kommune hoch. „Das ‚Wir-Gefühl‘ von Unternehmen und Verwaltung in der Kommune wurde durch die erfolgreiche Beteiligung an dem Wettbewerb weiter ausgebaut“, zieht der Bürgermeister eine rundum positive Bilanz.

Maßnahmen im Nachgang

Die erfolgsversprechende Nachhaltigkeitsstrategie sieht man in Manderscheid darin, bestehende Stärken weiter auszubauen. So wurde bspw. die Abwicklung von öffentlichen Aufträgen weiter beschleunigt. Dank unlängst eingeführter Neuregelun-

gen werden nunmehr alle Unternehmensrechnungen von den Betrieben direkt an die Verbandsgemeinde versendet. „Auch wenn eine Ortsgemeinde Auftraggeber ist, werden die Rechnungen an uns gestellt und auch von uns bezahlt“, beschreibt Günter Weins das neue System. Wurden früher die Unternehmensrechnungen zur Freigabe über den Postweg zu den Ortsbürgermeistern weitergeleitet, wird heute auf diesen zeitintensiven Ablauf verzichtet. „Jetzt rufen wir bei der Ortsgemeinde an und stimmen uns mit den Ortsbürgermeistern auf kurzem Weg telefonisch ab. Dieser bekommt eine Kopie der Rechnung und wir zahlen direkt an das Unternehmen.“

Um den Dialog mit der heimischen Unternehmerschaft weiter zu fördern, findet seit 2001 in der Abtei Himmerod/Großlittgen das „Himmeroder Forum“ statt. Hierzu werden mittelständische Unternehmen aus der näheren und weiteren Region eingeladen. Renommiertere Referenten aus Wissenschaft und Wirtschaft idealerweise mit guter Kenntnis der Region, wie bspw. Professor Dr. Axel G. Schmidt, Inhaber der Professur für Mittelstandsökonomie der Universität Trier und Vorstand des Inmit oder Wirtschaftsexperte Dr. Manfred Sliwka vom Institut für Unternehmensberatung, Niederscheidweiler, referieren und diskutieren zu aktuellen Wirtschaftsfragen. Themen waren bisher u.a. „Qualitätsmanagement“, „Wertebetrachtung der Gesellschaft“ sowie „Unternehmens- und Mitarbeiterführung“. Die Veranstaltungen, an denen regelmäßig rund 120 Unternehmerinnen und Unternehmer teilnehmen, können mit Hilfe von Sponsoren insbesondere für Jungunternehmer der Region preisgünstig angeboten werden.



„Ich würde einer anderen Kommune empfehlen am Wettbewerb teilzunehmen, weil eventuell vorhandene Defizite zwischen Kommune und Unternehmen aufgezeigt und beseitigt werden können.“

*Wolfgang Schmitz
(Bürgermeister der Verbandsgemeinde Manderscheid)*

„Der Wettbewerb stärkt die Zusammenarbeit der Kommune mit dem Mittelstand und motiviert die Kommunen, welche nicht ausgezeichnet wurden, zum Umdenken.“

*Harald Schmitz
(Josef Schmitz GmbH, Großlittgen)*



Gewerbeflächen

Harte Standortfaktoren, differenzierende „added Values“ und professionelle Vermarktung

Eine erfolgreiche Gewerbeflächenpolitik ist eine der tragenden Säulen der landesweiten, regionalen und kommunalen Wirtschaftsförderung. Durch neue Gewerbeflächen werden wichtige wirtschaftliche Impulse gesetzt: Investitionen werden angestoßen und Arbeitsplätze geschaffen. Die positiven Effekte neuer Gewerbeflächen belegt eine Studie des Instituts für Mittelstandsökonomie an der Universität Trier (Inmit). So wurden bspw. in Rheinland-Pfalz im Zeitraum von 1994 bis 2000 von jedem auf einer Gewerbefläche neu angesiedelten Unternehmen im Durchschnitt neun zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Das vitale Interesse von Kommunen an der Ansiedlung von Unternehmen auf ihren Gewerbeflächen ist demnach offensichtlich. Eine erfolgreiche Gewerbeflächenpolitik trägt erheblich zur positiven Entwicklung der regionalen Wirtschaft bei, umgekehrt können Missstände in der kommunalen Gewerbeflächenpolitik das Wirtschaftswachstum gefährden. Was aber zeichnet eine besonders erfolgreiche Gewerbeflächenpolitik aus?

Ausgangspunkt ist im Sinne des Marketingprinzips nicht das Denken von der Angebotsseite aus, sondern die konsequente Berücksichtigung der Bedarfe auf Nachfragerseite. Je flexibler, je maßgeschneiderter eine Kommune auf die Bedürfnisse eines Unternehmens eingehen kann, desto wahrscheinlicher ist auch dessen erfolgreiche Ansiedlung. Ein gutes Preis-Leistungsverhältnis, die direkte Verfügbarkeit bedarfsgerecht parzellierter Flächen sowie die Möglichkeit für Unternehmen Erweiterungsflächen zu erwerben, sind wesentliche Erfolgsfaktoren der kommunalen Gewerbeflächenpolitik. Eine erfolgreiche Vermarktung hängt darüber hinaus auch von der Verkehrsanbindung ab, denn für Investitionsentscheidungen von ansiedlungswilligen Unternehmen ist die verkehrliche Erreichbarkeit des Standorts ein wesentliches Kriterium.

Aber nicht nur diese „harten“ Faktoren sind entscheidungsbestimmend, sondern die so genannten „weichen“ Faktoren haben zunehmend an Bedeutung für das Ja oder Nein zur Ansiedlung gewonnen. „Added Values“, Zusatznutzen also, wie z.B. eine intensive, unbürokratische und persönliche Betreuung der ansiedlungsinteressierten Unternehmen, können den Ausschlag geben, wenn diese sich zwischen mehreren Standorten mit vergleichbaren harten Faktoren wie Preis-Leistungsverhältnis, Verkehrsanbindung etc. entscheiden. Ein fester Ansprechpartner oder Lotse für den gesamten Zeitraum der Ansiedlung kann dabei durchaus aus Sicht der Unternehmen das Zünglein an der Waage im Entscheidungsprozess sein. Erfolgreiche Beispiele zeigen, dass auch in Sachen Gewerbeflächen seitens der Kommunen mehr und mehr Dienstleistungsmentalität und Kundenorientierung gefragt sind.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Bekanntheit: „Was der Nachfrager nicht kennt, kann er nicht wollen!“ Dies gilt

auch für die Vermarktung von Gewerbeflächen. Im Rahmen ihrer Kommunikationsmaßnahmen stellen sich immer mehr Kommunen dieser Herausforderung des Kommunikationszeitalters und nutzen dabei auch die Möglichkeiten der neuen Medien. Zunehmend werden kommunale Gewerbeflächen in professionellen, nutzerorientierten Internet-Datenbanken präsentiert. Auch das Land Rheinland-Pfalz trägt dazu bei, dass freie Gewerbeflächen noch bekannter werden. Die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) GmbH hat in Zusammenarbeit mit den regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften und Kommunen eine landesweite Gewerbeflächen-Datenbank im Internet aufgebaut (www.gewerbeflaechen.rlp.de). Zurzeit können sich investitionswillige Unternehmen auf diesen Internetseiten über mehr als 300 Industrie- und Gewerbegebiete aus ganz Rheinland-Pfalz informieren.

Ein Beispiel, wie eine erfolgreiche Gewerbeflächenpolitik in der Praxis aussehen kann, zeigt das folgende Porträt der Stadt Landau.



Stadt Landau

Die Zukunft gehört nicht den Großen, sondern den Wachsenden

„Auch die Landauer Unternehmerschaft stellte ihrer Stadt in puncto Mittelstandsfreundlichkeit gute Noten aus. Der Jury gefiel darüber hinaus, dass die Konversionsanstrengungen der Kommune von den Unternehmen positiv wahrgenommen werden. Auch durch die gezielte Förderung eines adäquaten Branchenmixes hat die Stadt Landau in dem Wettbewerb Punkte gesammelt. Die Verwaltung spricht bei ihrer An siedlungspolitik systematisch insbesondere mittelgroße Unternehmen unterschiedlicher Branchen an.“

Auszug aus der Begründung der Jury (2002)

Steckbrief

(Stand: 2004)
Fläche: 8.295 ha
Einwohner: 45.639
Umsatzsteuerpflichtige
Unternehmen: 2.029
Sozialversicherungspflichtig
Beschäftigte: 30.000

Kontakt

Martin Messemer
Wirtschaftsförderung/
Finanzverwaltung
Marktstraße 50
76829 Landau in der Pfalz
Fon: 06341/13-240
Fon: 06341/13-245
Fax: 06341/13-243
E-Mail: martin.messemer@landau.de
www.landau.de

Ausgezeichnete Maßnahmen

Nach dem vollständigen Abzug der französischen Garnison im Jahr 1999 sah sich die Stadt Landau der „Jahrhundertaufgabe Konversion“ gegenübergestellt. Doch schnell wurde mit der besonderen Größe der Herausforderung auch die Größe der Chance erkannt: rund 100 ha innerstädtische bzw. innenstadtnahe, ehemals militärisch genutzte Flächen, die einer neuen, zukunftsorientierten Bestimmung zugeführt werden konnten. So entstand u.a. der 62 ha große Gewerbepark „Am Messegelände“. Teil dieses Areals ist die ehemalige Jeanne d'Arc Kaserne, die in einen Existenzgründer- und Gewerbepark umgewandelt wurde. Inmitten dieses Gewerbeparks errichtete die Stadt zudem ein neues Messegelände, auf dem Veranstaltungen, wie die Landauer Wirtschaftswoche, diverse Fachmessen sowie Ausstellungen und Events der Stadt Landau, stattfinden. Bei der Gestaltung der Gewerbeparks fanden bereits in der Konzeptionsphase die Anforderungen investitionswilliger Un-

ternehmen Berücksichtigung. Zum einen ist hierbei die günstige Verkehrsanbindung an das regionale und überregionale Verkehrsnetz zu nennen, zum anderen sorgte die Stadt dafür, dass bei der Planung ausreichende Flexibilität für individuelles Bauen durch die Unternehmen gewährleistet ist. Ein frühzeitiges Zusammenkommen am runden Tisch bei Bebauungsplanverfahren ist dabei für alle Beteiligten von Vorteil. „Wir entwickeln die Gewerbegebiete gemeinsam mit dem Stadtbauamt und sorgen so dafür, dass die Interessen der Wirtschaft schon bei den Planungen mit berücksichtigt werden“, erklärt Martin Messemer, Leiter der Wirtschaftsförderung und Finanzverwaltung der Stadt Landau. Gewisse Rahmenbedingungen werden vorgegeben, aber die individuelle Ausgestaltung soll Sache des Bauherrn sein, so das Credo der Landauer Bebauungspolitik. In diesem Sinne wurden die Nutzungszonen der Grundstücke derart gewählt, dass sich ein Mix aus Unter-



nehmen verschiedener Branchen gebietsnah niederlassen kann. Durch die räumliche Nähe besteht für die Firmen die Möglichkeit Synergien zu nutzen und durch Kooperationen voneinander zu profitieren (bspw. durch gemeinsamen Einkauf). In einer eigens erstellten Informationsbroschüre mit Vermarktungs-CD werden die Grundzüge dieser Nutzungsplanungen anschaulich und nutzerorientiert demonstriert. Seit der Erreichung der Baureife des Gewerbeparks „Am Messegelände“ im Jahr 2003 haben sich dort zahlreiche Unternehmen mit unterschiedlicher Branchenzugehörigkeit angesiedelt: Das Spektrum reicht vom Sparkassendienstleistungszentrum mit 400 Mitarbeitern über ein Ärztehaus bis hin zum Großkino.

Ergänzt werden die Bemühungen der Stadt Landau neue Unternehmen für ihren Standort zu gewinnen, durch die intensive Bestandspflege der bereits ansässigen Firmen. So arrangiert sie bspw. in Zusammenarbeit mit den Kammern branchen- und themenbezogene Veranstaltungen, wie Berufsgruppengespräche oder Gewerbegebietstreffen. An Gesprächsrunden im Rahmen der „Landauer Runden Tische“ nehmen neben den zuständigen Ämtern der Stadtverwaltung auch die Entscheidungsträger der Banken und Sparkassen, der Kammern sowie der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz und der beteiligten Landesbehörden teil. Über die Unterstützung der Netzwerkbildung hinaus, wird auch der individuelle, persönliche Kontakt zu den ansässigen Unternehmen gepflegt. Mit Firmenbesuchen des Oberbürgermeisters vor Ort betont die Stadt Landau den direkten Draht zwischen Kommune und Unternehmen und hält den Dialog zwischen Wirtschaft, Verwaltung und Politik lebendig. „Wirtschaftsförderung“, so Oberbürgermeister Christof Wolff, „genießt bei uns höchste Priorität.“

Einsatzbereiche der Auszeichnung

In Anlehnung an das PR-Motto „Tue Gutes und rede darüber!“ setzte die Preisträgerin ihre Auszeichnung als Mittelstandsfreundliche Kommune vor allem bei zahlreichen Veranstaltungen, wie z.B. im großen Rahmen bei der Landauer Wirtschaftswoche oder im kleineren Kreis bei Unternehmerstammtischen ein. Ein Hinweis auf den kommunalen Internetseiten sowie hauseigene Pressemitteilungen mit erfreulichem Echo in den regionalen Medien wurden ebenfalls für die Bekanntmachung der Auszeichnung genutzt. Abgerundet wurden die auszeichnungsbezogenen Kommunikationsmaßnahmen durch Hinweise in den Briefwechseln sowie in den E-Mails der Kommune.

Erfahrungen

Vor allem zahlreiche ansässige Unternehmen reagierten positiv auf die Auszeichnung ihrer Kommune als beispielhaft mittelstandsfreundlich. „Von anderen Gemeinden und Städten wurden wir zwar weniger häufig direkt angesprochen, jedoch im direkten Umfeld“, so ist sich Wirtschaftsförderer Martin Messemer sicher, „hat man die Auszeichnung sehr genau zur Kenntnis genommen.“ Im Laufe des Auszeichnungsjahres 2002 verzeichnete Landau eine deutlich erhöhte Anzahl von Gewerbeanmeldungen. Über 42 Unternehmen mehr als im Vorjahr siedelten sich am Wirtschaftsstandort Landau an. Dies entspricht einem Anstieg von rund 21%. Ein Erfolg, der gewiss nicht allein auf die Auszeichnung zurückzuführen ist, zu dem diese allerdings, da ist man sich in Landau sicher, beigetragen hat. Zufrieden ist Martin Messemer auch mit der Gegenwart: „Nach wie vor kann die Stadt Landau eine gute Ansiedlungs- und Gründungsquote trotz gesamtwirtschaftlich schwierigem Klima verzeichnen.“

Maßnahmen im Nachgang

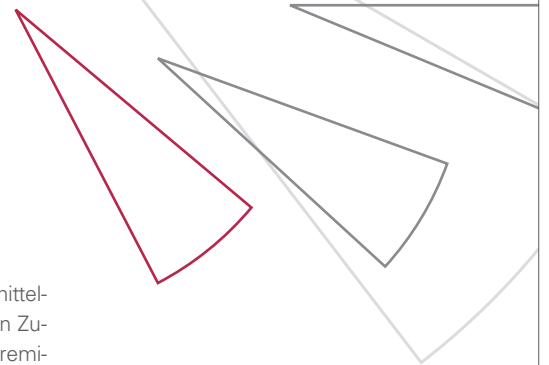
Die Stadt Landau sieht ihre Auszeichnung als Mittelstandsfreundliche Kommune nicht nur als Bestätigung für Geleistetes, sondern auch als Ansporn für die Zukunft, ihre Leistungen weiter auszubauen. So stellte die Wirtschaftsförderung im Januar 2004 eine Gewerbeimmobiliendatei als Service für Unternehmen ins Internet. In dieser Datei können sich Firmen jederzeit online über verfügbare und bedarfsgerechte Gewerbeflächen, nutzerfreundlich sortiert nach Büroflächen, Produktions- und Lagerhallen, Werkstätten, Ladengeschäfte und Sonstiges, informieren. Zudem bietet dieses Portal jedem Interessenten die Möglichkeit, sein Immobiliengesuch in die Datenbank aufnehmen zu lassen. Rund 2.500 Seitenaufrufe halbjährlich, 30 Vermittlungen über die Datei sowie zahlreiche direkte Rückmeldungen sowohl von Anbietenden als auch Suchenden belegen die positive Resonanz auf dieses Serviceangebot.

Auf Anregung der Wirtschaftsförderung werden zurzeit die Zuständigkeiten für die Bearbeitung von Genehmigungsverfahren in der Bauordnungsabteilung für die mittelständischen Unternehmen neu geregelt. In Zukunft sollen alle gewerblichen Genehmigungsverfahren in der Zuständigkeit eines Mitarbeiters der Bauordnungsabteilung gebündelt werden. Durch diesen zentralen Ansprechpartner kann künftig möglichen Reibungsverlusten zwischen Antragsteller, Wirtschaftsförderung und Bauamt entgegengewirkt werden; so wird das Verfahren beschleunigt und die Kommunikation weiter verbessert.

In gemeinsamen Anstrengungen mit dem Stadtmarketingkonzept der Stadt Landau sieht Wirtschaftsförderer Martin Messemer eine weitere Chance, den Standort

Landau auch künftig als besonders mittelstandsfreundlich zu positionieren. In Zusammenarbeit mit verschiedenen Gremien engagiert sich die Kommune dafür, die Attraktivität der Innenstadt zu erhalten und weiter nachhaltig zu fördern. Seit Jahren verfolgt die Stadt das Ziel, innenstadt-relevante Sortimente in der Innenstadt anzusiedeln. Gleichzeitig werden diese Sortimente in den Bebauungsplänen der Gewerbegebiete auf der „grünen Wiese“ ausgeschlossen. Zusätzliche Maßnahmen, wie z.B. die Erhöhung der Attraktivität der Fußgängerzone dienen dazu, diese positive Entwicklung konsequent fortzusetzen, um auch weiterhin die Lebendigkeit der Innenstadt von Landau zu sichern. In diesem Kontext beteiligt sich die Stadt Landau am laufenden Landeswettbewerb „Werkstatt Innenstadt Rheinland-Pfalz“ unter der Regie des Ministeriums des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz. Das dort eingereichte Projekt hat sich zum Ziel gesetzt, die Verbindung von Bahnhof und innerstädtischem Zentrum vorbildlich zu gestalten.

Dass die Gewerbeflächenpolitik der Stadt Landau auch mit längerfristiger Perspektive durch Erfolg gekrönt ist, zeigen die Ergebnisse der bundesweiten Prognosestudie „Zukunftsatlas 2004“. In dieser wird die Stadt Landau als zukunftsreichste Region in der Pfalz beurteilt. Insbesondere in Bezug auf das Kriterium „Dynamik“, – nach der Prognose-Definition die Zusammenschau von Bevölkerungsdichte, Arbeitsplatzdichte sowie Wirtschaftswachstum – liegt Landau in der bundesdeutschen Gesamtwertung unter den Top Zwanzig.



„Der gesunde Wettbewerb unter den Kommunen trägt dazu bei, die Qualität des Wirtschaftsstandortes Rheinland-Pfalz insgesamt zu verbessern. Besonders positiv bewerten wir dabei die Tatsache, dass unsere Kunden, nämlich die Unternehmen, die Bewertung vornehmen.“
Martin Messemer
(Leiter Wirtschaftsförderung und Finanzverwaltung Stadt Landau)

„Um eine Kommune oder eine Region im Wettbewerb mit anderen vergleichen zu können, werden Informationen aus leistungsfähigen bzw. erfolgreichen ansässigen Unternehmen benötigt.“
Christof Jäger
(Hermann Wickert Holzfachhandel GmbH & Co. KG, Landau)



Verbandsgemeinde Adenau

Gemeinsam Stärke zeigen, gemeinsam stark sein

„Das umfassende Standortmarketingkonzept, das die Kommune und die regionale Wirtschaft gemeinsam entwickelten, wurde von Unternehmerseite besonders gelobt. Die Jury wies in ihrer Auswahlentscheidung u.a. auf den Ausbildungsplatzmarkt hin. Hier haben Unternehmen die Möglichkeit, sich mit den von ihnen ausgebildeten Berufen zu präsentieren, um so Auszubildende zu gewinnen.“

Auszug aus der Begründung der Jury (2004)

Ausgezeichnete Maßnahmen

Adenau befindet sich, wie andere Kommunen auch, in einem sich immer weiter verschärfenden Wettbewerb um ansiedlungswillige Unternehmen und um die Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger. Im Jahr 1998 entschied sich die Verbandsgemeinde Adenau mittels einer agrarstrukturellen Entwicklungsplanung (AEP) in die Offensive zu gehen. Deren Ergebnisse kamen im ersten Schritt vor allem Unternehmen der Landwirtschaft und der Tourismusbranche in der Kommune Adenau zu Gute. Im Juli 2002 schloss sich an die AEP ein umfassendes Standortmarketingkonzept für die Verbandsgemeinde Adenau an, das auch Unternehmen aus anderen Branchen gezielt unterstützte. Gemeinschaftlich will die kommunale Verwaltung Adenau mit Vertretern des Gewerbevereins Adenau, des Tourismusvereins Hocheifel-Nürburgring sowie Vertretern der regionalen Gastronomie Synergien im Standortmarketing nutzen und so die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Verbandsgemeinde Adenau vereint verbessern: „Gemeinsame Aktionen zur Stärkung der eigenen Wettbewerbsposition!“ so lautet das Motto des neuen Marketingkonzeptes. Zahlreiche wirtschaftliche Kräfte der Region einschließlich Einzelhändler, Handwerker, Dienstleister und Freiberufler erklärten sich bereit, ihr Fachwissen zu bündeln, Einzelinteressen miteinander zu verknüpfen sowie

sich gemeinsame Ziele zu setzen, um somit die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Adenau und der ganzen Region zu sichern. Mit inzwischen rund 90 Akteuren aus Wirtschaft, Kommunalpolitik und Dienstleistungsanbietern der Region hat der Weg zum gemeinsamen Ziel Gestalt angenommen. Insgesamt fünf Arbeitskreise mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten bzw. Projekten wurden gegründet. So erreichten bspw. Mitwirkende des Arbeitskreises I – Handel, Handwerk, Gewerbe, Dienstleistungen, Verkehr – eine Verbesserung der Parksituation in Adenau und überzeugten Eigentümer leerstehender Geschäfte, ihre Schaufenster als Werbeflächen zur Verfügung zu stellen. Der Arbeitskreis III – Gastronomie, Tourismus – konnte eine Vielzahl von Gastronomen der Region unter dem Label „Einfach gut“ zusammenschließen. „Die Liste an erfolgreichen Projekten ist lang“, so Bürgermeister Hermann-Josef Romes. Darüber hinaus wird die Kooperation zwischen Unternehmen der Verbandsgemeinde Adenau durch die Etablierung eines lokalen Unternehmerforums unterstützt. „Bei diesen halbjährlichen Treffen, organisiert durch die Verbandsgemeindeverwaltung Adenau“, erklärt Hermann-Josef Romes, „stehen u.a. themenübergreifende aktuelle Vorträge wie bspw. zur Unternehmensnachfolge, zu Basel II oder E-Commerce auf der Tagesordnung.“

Steckbrief

(Stand: 2004)

Fläche: 25.751 ha

Einwohner: 15.424

Umsatzsteuerpflichtige

Unternehmen: 604 (Stand: 2002)

Sozialversicherungspflichtig

Beschäftigte: 3.373

Kontakt

Hermann-Josef Romes

Bürgermeister

Kirchstraße 15

53518 Adenau

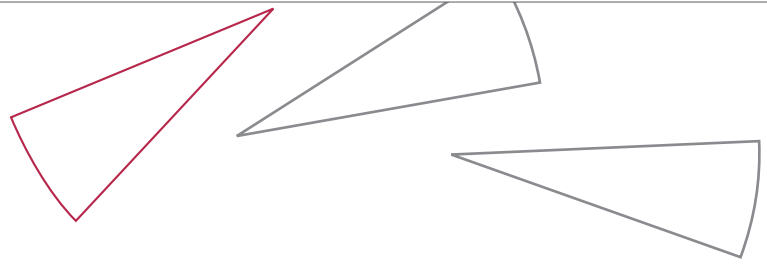
Fon: 02691/305-11

Fax: 02691/305-494

E-Mail: hermann-josef.romes@

adenau.de

www.adenau.de



Ein weiteres Beispiel für die gelebte Mittelstandsfreundlichkeit der Kommune Adenau sah die Jury des Wettbewerbes im Ausbildungsplatzmarkt der Verbandsgemeinde. Initiiert wurde der Ausbildungsplatzmarkt von der Arbeitsagentur Mayen und Bürgermeister Hermann-Josef Romes. Umgesetzt wurde die Idee im Zusammenschluss mit den Schulen aus Adenau. Seit 2002 präsentieren sich, organisiert durch die Verbandsgemeinde, jährlich durchschnittlich 25 ausbildungswillige Unternehmen der Region in einer Adenauer Halle. Aus der ehemals spontanen Idee ergibt sich eine nachhaltige Win-win-Situation für alle Beteiligten. Die eingebundenen Schulen sorgen dafür, dass Schülerinnen und Schüler der Abschlussklassen die ausbildungsinteressierten Unternehmen ansprechen können und sich auf diese Weise vor Ort über verschiedene Ausbildungsberufe informieren. Den ansässigen Unternehmen wird die Möglichkeit geboten, Nachwuchskräfte zu akquirieren. Und das nicht nur über eine Bewerbung auf dem Papier, sondern über einen ersten persönlichen Eindruck, der den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit bietet mehr als ihre Zeugnisnoten in die Waagschale zu werfen. „Zwischen 200 bis 300 Jugendliche besuchen jährlich unseren Ausbildungsmarkt“, führt Bürgermeister Hermann-Josef Romes stolz an. Wie erfolgreich diese Veranstaltung wirklich ist, zeigt, dass beim ersten Ausbildungsmarkt vor drei Jahren insgesamt 17 und im vergangenen Jahr zwölf Ausbildungsverträge vermittelt werden konnten.

Einsatzbereiche der Auszeichnung

Neben der Bekanntmachung der Urkunde auf den Internetseiten der Verbandsgemeinde Adenau veröffentlichte die Kommune die Auszeichnung als Mittelstandsfreundliche Kommune in der regionalen Presse sowie in hauseigenen Flyern. Das Siegel des Wettbewerbes fand zudem auf den Briefköpfen der Verwaltung einen prominenten Platz. Bürgermeister Romes stellte die Auszeichnung auf den Mitglie-

dersammlungen des Gewerbe- und Tourismusvereins in Adenau sowie auf den Unternehmerforen vor. Allerdings galt dabei nicht der ausgezeichneten Kommune das Hauptaugenmerk, sondern denen, die mit ihren Nominierungen überhaupt erst die Voraussetzungen geschaffen hatten: „Ich habe Wert darauf gelegt, dass nicht die Kommune gelobt wird, sondern der Dank gebührt vor allem den Unternehmen. Denn ohne die Unternehmen wären wir gar nicht erst soweit gekommen“, betont der Bürgermeister.

Erfahrungen

„Gerade durch die Auszeichnung als Mittelstandsfreundliche Kommune ist unser Image als Verwaltung in der Anerkennung von außen gestiegen“, ist sich Bürgermeister Romes sicher. In der Praxis stellt er immer wieder fest, dass die Kommune, wenn sie Unternehmen anspricht, einen anderen Stellenwert einnimmt als vor der Prämierung. Bürgermeister Romes ist überzeugt: „Unsere Kommune wird seit der Auszeichnung noch mehr als zuvor von den Unternehmen als kompetenter Partner angesehen. Das Miteinander zwischen Kommunalpolitik und Gewerbe wurde durch die Auszeichnung zusätzlich gestärkt.“ Aufmerksam auf die Auszeichnung wurden ebenfalls zahlreiche Nachbarkommunen. Auf Fragen „Wie habt ihr das denn hinbekommen?“ oder „Wie kommt man denn an so etwas?“ gab Bürgermeister Romes gerne Antwort. Als Mann der Tat hielt er zudem konkrete Unterstützung für die Bürgermeisterkolleginnen und -kollegen parat, indem er das Anmeldeformular des Wettbewerbes mehrfach kopierte und an Interessierte in den Kommunen verschickte.

Maßnahmen im Nachgang

Um das Momentum der Stärkung durch die Auszeichnung weiter zu nutzen, geht die Verbandsgemeinde Adenau in zwei Richtungen vor. Zum einen möchte sie bereits Geleistetes weiter vertiefen und

zum anderen neue Projekte initiieren. So sollen bspw. die Unternehmerforen einen noch höheren Stellenwert erhalten als bisher. Regionalen Unternehmen bietet sich dadurch verstärkt die Möglichkeit, ihre Produkte bzw. Dienstleistungen vorzustellen und sich untereinander kennen zu lernen, um gegebenenfalls Verträge abzuschließen bzw. Geschäftsbeziehungen aufzubauen. „Wir möchten, dass sich die Unternehmen in unserer Region untereinander kennen und voneinander profitieren“, erklärt Bürgermeister Romes.

Als eine wichtige neue Maßnahme für den Mittelstand betrachtet Hermann-Josef Romes den Antrag mit Hilfe des Landes Rheinland-Pfalz ein Regionalmanagement mit den Nachbarkommunen Gemeinde Altenahr und Gemeinde Grafschaff zu etablieren. „Denn manche Dinge können nicht an der kommunalen Grenze halt machen“, erklärt Romes. Er ist überzeugt, dass durch eine kommunenüberschreitende Kooperation und Koordination in den Bereichen Tourismus, Gewerbe sowie Ausgleich- und Ersatzflächen vor allem die Unternehmen der Region profitieren. Ziel ist es, Verknüpfungspunkte zu finden, so dass jede Kommune für sich einen Mehrwert erzielen kann.

„Der Wettbewerb Mittelstandsfreundliche Kommunen mobilisiert eigene Kräfte und die Auszeichnung motiviert erneut.“

*Hermann-Josef Romes
(Bürgermeister der Verbandsgemeinde Adenau)*

„Ich würde anderen Unternehmen empfehlen am Wettbewerb Mittelstandsfreundliche Kommunen teilzunehmen, weil wir endlich wieder was bewegen müssen anstatt zu jammern. Dies gilt sowohl für die Kommunalverwaltung als auch für die freie Wirtschaft.“

Klaus Zuzok (Blaue Ecke, Adenau)



Stadt Bad Kreuznach

Neue Modelle für den regionalen Arbeitsmarkt

„Die Stadt Bad Kreuznach erhält einen Sonderpreis für sehr erfolgreiche Projektarbeit im Bereich der Arbeitsmarktpolitik. Hervorzuheben ist hierbei insbesondere die positive Aufnahme dieser Projekte in der regionalen Wirtschaft.“

Auszug aus der Begründung der Jury (2001)

Ausgezeichnete Maßnahmen

Auf den ersten Blick gehen die Uhren in Bad Kreuznach nicht anders als in anderen Kommunen. Konversionsflächen, Entbürokratisierung im Verwaltungsalltag, Aktivitäten zur Ansiedlung neuer Unternehmen und die Bestandspflege der heimischen Betriebe – all das sind auch in der Kommune am Rande des Rhein-Main-Gebiets gängige Themen. Im Fokus der positiven Beurteilung der Juroren des Wettbewerbs allerdings standen diejenigen Anstrengungen der Stadt, die als so innovativ bewertet wurden, dass bereits an der einen oder anderen Stelle das Wort vom „Bad Kreuzbacher Modell“ die Runde machte. Gemeint sind die beispielhaften Aktivitäten der Kommune im Bereich der lokalen Arbeitsmarktpolitik, die der Jury 2001 die Auszeichnung mit einem Sonderpreis Wert waren.

Der Beginn des neuen Jahrtausends läutete auch in Bad Kreuznach ein neues Zeitalter ein. Im Jahr 2000 initiierte die Stadt ein Kooperationsmanagement mit der ambitionierten Zielvorgabe den Erhalt von Arbeitsplätzen in der Kommune zu sichern, zukunftsorientierte Beschäftigungsfelder aufzudecken und als arbeitsmarktpolitisches Frühwarnsystem rechtzeitig problematische Entwicklungen zu erkennen. Dieses arbeitsmarktpolitische Pilotprojekt wurde im Schulterchluss mit allen auf dem regionalen Arbeitsmarkt vertretenen Gruppen aus der Taufe gehoben. Gemeinsam mit den regionalen Wirtschaftskammern, der Agentur für Ar-

beit sowie den regionalen Schulen und Unternehmen entstanden das „Kooperationsmanagement Ausbildung“ sowie das „Kooperationsmanagement Beschäftigungsförderung und Weiterbildung“. Im Zuge dieser Kooperationen wurde u.a. ein Netzwerk zur Aus- und Weiterbildung unter Beteiligung aller Akteure gegründet. Ziel dieses Projektes war und ist es, sowohl die heimischen Unternehmen als auch Arbeits- und Ausbildungssuchende dabei zu unterstützen, den richtigen Auszubildenden oder die richtigen Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu finden. „Wir bildeten dieses Netzwerk zunächst mit rund 400 kleinen und mittleren Unternehmen aus Bad Kreuznach, um ihnen bei Bedarf qualifizierte Arbeitskräfte passgenau vermitteln zu können“, so der Oberbürgermeister Andreas Ludwig. Auch die lokale Initiative „Arbeit-statt-Sozialhilfe“ stellt eine weitere Maßnahme dar, in deren Rahmen die Verwaltung gemeinsam mit der Wirtschaft nach heimischen Fachkräften für die Unternehmen sucht. „Jede Sozialhilfeempfängerin und jeder Sozialhilfeempfänger wird zu der ‚Arbeit-statt-Sozialhilfe‘-Stelle des städtischen Sozialamtes geschickt. Dort wird geprüft, in welchen Unternehmen man sie oder ihn sinnvoll einsetzen kann. Damit ist beiden Seiten geholfen“, erläutert der Oberbürgermeister die Bad Kreuzbacher Variante einer Win-win-Situation. Eine Initiative, die nicht allein durch Zahlen beeindruckt, sondern durch Menschen und Familien, die ganz konkret wieder Zugang zum Arbeitsmarkt bekom-

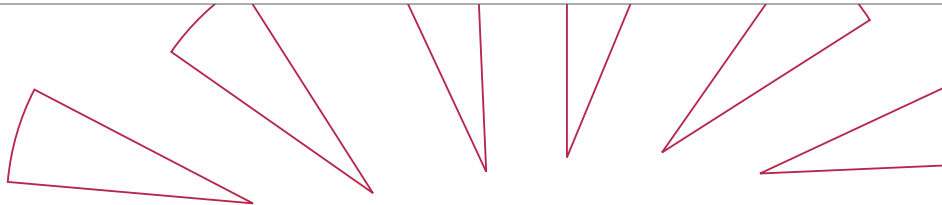
Steckbrief

(Stand: 2004)
Fläche: 4.610 ha
Einwohner: 43.500
Umsatzsteuerpflichtige
Unternehmen: 2013 (Stand: 2002)
Sozialversicherungspflichtig
Beschäftigte: 29.500

Kontakt

Andreas Ludwig
Oberbürgermeister
Hochstraße 48
55545 Bad Kreuznach
Fon: 0671/800-200
Fax: 0671/800-345
E-Mail: andreas.ludwig@
bad-kreuznach.de
www.stadt-bad-kreuznach.de

Gerd Husar
Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen
Hochstraße 48
55545 Bad Kreuznach
Fon: 0671/800-344
Fax: 0671/800-252
E-Mail: gerd.husar@
bad-kreuznach.de



men haben. Bis dato sind es mehr als 3.000 mehrjährig Langzeitarbeitslose, die wieder in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Bad Kreuznach vermittelt werden konnten.

Im Rahmen von „Kooperationsmanagement Ausbildung“ entstand das Projekt „Arbeitsweltbezogene Schule“. „Hierbei handelt es sich um einen Stützunterricht für ‚Problemschülerinnen und -schüler‘ des 8./9. Schuljahres, damit diese den Hauptschulabschluss erreichen“, erklärt der Berater Gerd Husar, verantwortlich für die Durchführung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen bei der Stadt. Nach Abschluss der Schule leistet die Stadt den Schulabgängern Hilfe zur Selbsthilfe bei der Ausbildungsplatzsuche durch das eigens eingerichtete Beratungszentrum „Sprungbrett“.

Teil des Projekts „Kooperationsmanagement Beschäftigungsförderung und Weiterbildung“ ist ein umfassendes arbeitsmarktpolitisches Frühwarnsystem. Als ein Beispiel aus einem Katalog von Maßnahmen in diesem Zusammenhang sei hier die im Jahr 2000 ins kommunale Leben gerufene Weiterbildungsinitiative „WIN“ genannt. „Ziel dieser Initiative war und ist, die Beschäftigten in den Unternehmen zu qualifizieren, damit diese erst gar nicht arbeitslos werden“, so Gerd Husar. Gemeinsam mit zwölf Bildungsträgern stellt die Stadt den Unternehmen qualifizierte Ausbilder für die Weiterbildungsmaßnahmen in den Unternehmen zur Verfügung. Dazu findet u.a. jährlich eine Arbeitgeberkonferenz statt. Im vergangenen Jahr stand diese unter dem Dachthema „Erfolg durch Zeitarbeit“. Rund 120 Arbeitgeber der Region nahmen teil. „Diese überaus gute Resonanz bestätigt einmal mehr unsere hervorragende Zusammenarbeit im Netzwerk“, erklärt Gerd Husar.

Einsatzbereiche der Auszeichnung

Allen Ratsmitgliedern im Stadtrat wurde gleichsam als Würdigung und Verpflich-

tung eine Kopie der Auszeichnungsurkunde ausgehändigt. Den Dank an die heimische Unternehmerschaft sprach die Stadtverwaltung auf der Arbeitgeberkonferenz aus. Auf allen Flyern und Broschüren zu den arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten der Kommune wurde ein Hinweis auf die Auszeichnung platziert. Zahlreiche Pressemitteilungen für regionale und überregionale Medien ergänzten die auszeichnungsbegleitende PR-Arbeit.

Erfahrungen

In Bad Kreuznach waren es vor allem die heimischen Unternehmen, die ihrer Kommune zu der Auszeichnung gratulierten. „Diese sahen darin gleichermaßen Belohnung für das Geleistete sowie Ansporn für weitere innovative Leistungen“, erinnert sich Oberbürgermeister Ludwig an die Reaktionen auf die Auszeichnung.

Maßnahmen im Nachgang

Als bedeutende Maßnahme aus der Zeit nach dem Auszeichnungsjahr 2001 sehen die kommunalen Akteure die Gründung von zwei Dienstleistungsagenturen. Von der Stadt initiiert und dann in eine private Trägerschaft ausgegründet, werden durch diese beiden Agenturen Arbeitssuchende vorab in Schulungen entsprechend qualifiziert und anschließend an interessierte Unternehmen für einen gewissen Zeitraum vermittelt. „Dies funktioniert hier ähnlich wie bei einer Zeit- oder Leiharbeitsfirma“, erklärt Berater Gerd Husar. Entsprechen die Arbeitskräfte den Vorstellungen der Unternehmen, so ist eine Übernahme nicht ausgeschlossen. Als zweite Dienstleistungsagentur gründete die Stadt eine Arbeitnehmerüberlassung. Auch hier wird ein Pool an Arbeitssuchenden von der Stadt qualifiziert und anschließend an Unternehmen vermittelt.

Neue Wege geht Bad Kreuznach auch in Zusammenarbeit mit den ansässigen Handwerksbetrieben. Für diese wurde ein Call-Center eingerichtet, welches sich

heute in privater Trägerschaft befindet. Die Handwerksbetriebe haben die Möglichkeit, Tätigkeiten, wie z.B. die telefonische Annahme von Kundenaufträgen oder aber Terminvereinbarungen an das Call-Center als „Outsourcing“, abzugeben und sich so auf ihre Kernkompetenzen zu konzentrieren.

Zukunft hat Zukunft in Bad Kreuznach. So ist ab dem Frühjahr 2005 in der Stadtverwaltung die Stelle eines Beschäftigungsentwicklers eingerichtet. Dieser unterstützt die ansässigen Unternehmen dabei, neue Geschäftsfelder aufzuspüren bzw. noch nicht ausgeschöpfte Absatzpotenziale in zukunftsfähigen Nischenmärkten zu nutzen. Auch dieses Pilotprojekt wird in Zusammenarbeit mit der Arbeitsagentur, den Kammern und den Unternehmen vor Ort umgesetzt.

„Der Wettbewerb Mittelstandsfreundliche Kommunen trägt zur Imagebildung der Kommune im positiven Sinne bei.“
Andreas Ludwig
(Oberbürgermeister der Stadt Bad Kreuznach)

„Die Möglichkeit der Teilnahme am Wettbewerb bietet Werbung für das jeweilige Unternehmen sowie eine Präsentationsmöglichkeit der Leistungsfähigkeit und Innovation. Der Wettbewerb ist aber auch für die Kommunen Ansporn und Verpflichtung, sich an wirtschaftlichen Notwendigkeiten und Herausforderungen zu beteiligen, um Arbeit und Beschäftigung zu erhalten.“
Paul Gerhard Wagner
(Wagner Technik, Oberhausen)



Landkreis Bitburg-Prüm

Wirtschaftsstandort mit starkem Profil

„Mit dem Landkreis Bitburg-Prüm wird ein Kreis ausgezeichnet, aus dessen Reihen bereits mehrere Verbandsgemeinden hervorgegangen sind, die in den drei Runden des Wettbewerbs stets zu den Besten zählten. Hierzu hat sicher auch die enge Kooperation zwischen Wirtschaft und Kreisverwaltung beigetragen, die von Unternehmerseite gelobt wird. Mehrfach wurde von den vorschlagenden Unternehmen das Großprojekt ‚Regionen Aktiv‘ genannt. Der Landkreis Bitburg-Prüm gehört in dem Bundeswettbewerb des Verbraucherministeriums zu den geförderten Gebieten und baut in diesem Rahmen die Regionalmarke ‚Eifel‘ zu einem Qualitätslabel aus.“
Auszug aus der Begründung der Jury (2004)

Ausgezeichnete Maßnahmen

Es ist vor allem die Dienstleistungsorientierung, welche die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Kreisverwaltung im Landkreis Bitburg-Prüm prägt. Dass diese nicht nur ein Lippenbekenntnis ist, wird gesichert, indem sich die Kreisverwaltung immer wieder aufs Neue vor Ort mit den konkreten Belangen der Unternehmen auseinandersetzt. „Wir sehen es als unsere Aufgabe, aktiv auf die Betriebe zuzugehen“, betont Wirtschaftsförderer Günter Gansen. Ziel der engen Kooperation ist es zum einen, die Unternehmen bspw. über öffentliche Finanzierungshilfen zu beraten und diesbezüglich zu betreuen, und zum anderen, Genehmigungsverfahren für gewerbliche Investitionen zu beschleunigen. „Bei Schwierigkeiten mit einem Bauantrag sorgen wir als Wirtschaftsförderer dafür, dass sich alle Verantwortlichen wie Investor, Planer sowie die Fachbehörden zusammensetzen, um kurzfristig Lösungsmöglichkeiten im Sinne des Unternehmens zu finden“, erklärt Günter Gansen. Bemühungen, die sich für die Unternehmen auszahlen: Im Regelfall wird im Landkreis Bitburg-Prüm die erforderliche Baugenehmigung bereits vier Wochen nach Eingang der vollständigen Antragsunterlagen erteilt.

Kommunikation und Information bilden im Landkreis Bitburg-Prüm zwei wichtige Säulen des Miteinanders von Kommunen und Unternehmen. In Kooperation mit den Kammern, den regionalen Banken sowie der Kreishandwerkerschaft werden bspw. regelmäßig Unternehmerabende veranstaltet. 2004 wurde das „1. Bitburg-Prümer Innovations-Forum“ von der Strukturfördergesellschaft Bitburg-Prüm initiiert, das nun regelmäßig stattfinden soll. Auf dem gut besuchten Forum referierten Fachleute aus der kommunalen Verwaltung ebenso wie Experten der regionalen Hochschulen und von einheimischen Betrieben zum Themenkomplex der Innovations- und Technologieorientierung. „Ein Thema, das für die Zukunftsfähigkeit des Landkreises von besonderer Bedeutung ist. So bietet bspw. die Strukturfördergesellschaft Bitburg-Prüm mit Hilfe eines externen Sachverständigen Betrieben der Region Beratung und Unterstützung bei der Entwicklung von neuen Produkten und Verfahren sowie bei der Erschließung von neuen Innovationspotenzialen an. Ziel dabei ist die Stärkung und weitere Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen im Landkreis Bitburg-Prüm“, so Geschäftsführer Rainer Wirtz.

Steckbrief

(Stand: 2004)

Fläche: 162.619 ha

Einwohner: 96.304

Umsatzsteuerpflichtige

Unternehmen: 3.467 (Stand: 2002)

Sozialversicherungspflichtig

Beschäftigte: 23.300

Kontakt

Rainer Wirtz

Günter Gansen

Kreisentwicklung/
Wirtschaftsförderung

Trierer Straße 1
54634 Bitburg

Fon: 06561/15-4070

Fon: 06561/15-4050

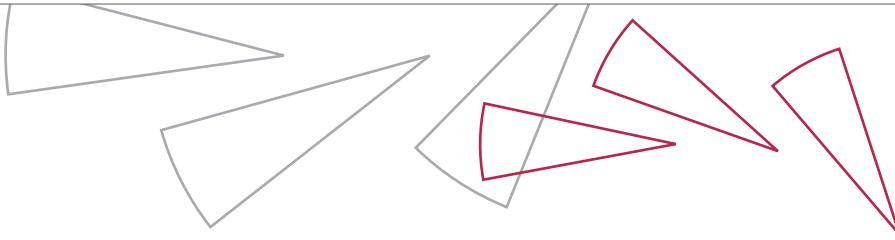
Fax: 06561/15-1003

E-Mail: wirtz.rainer@bitburg-pruem.de

E-Mail: gansen.guenter@bitburg-pruem.de

www.bitburg-pruem.de

www.sbp-online.de



Besonders gewürdigt wurde sowohl von den vorschlagenden Unternehmen als auch von der Jury des Wettbewerbs das ambitionierte Projekt „Regionen aktiv – Land gestaltet Zukunft“ mit der Etablierung der Regionalmarke „Eifel“ als Qualitätslabel. Hervorgegangen ist das Projekt aus einem Bundeswettbewerb, bei dem der Landkreis Bitburg-Prüm im Jahr 2001 mit weiteren 17 Preisträgern im gesamten Bundesgebiet überzeugen konnte. Ziel der Kampagne ist es, unter der Dachmarke „Eifel“ qualitativ hochwertige Produkte und Dienstleistungen der Region aus Landwirtschaft, Handwerk und Tourismus professionell mit eigenem Profil zu vermarkten. Insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen werden so über gemeinsame Wege neue Marktchancen eröffnet. Durch die Vermarktung unter der gemeinsamen Dachmarke „Eifel“ können Synergien genutzt und eine höhere Wertschöpfung erreicht werden. Eine Investition, die der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Betriebe vor Ort unmittelbar zugute kommt und dabei hilft, den Strukturwandel in der Landwirtschaft zu gestalten. Von der Etablierung der Dachmarke „Eifel“ profitieren regionale Produkte wie „Eifel-Schinken“ oder „Eifel-Edelbrand“ ebenso wie die besonderen touristischen Angebote der Region in Hotellerie und Gastronomie. Auf diese Weise gelingt ein positiver Imagetransfer für alle Beteiligten und die Eifel als Wirtschaftsstandort gewinnt weiter an Profil durch die Qualität der regionalen Produkte und Dienstleistungen.

Einsatzbereiche der Auszeichnung

Nach der Preisverleihung wurde umfangreich über die Auszeichnung zur Mittelstandsfreundlichen Kommune in der regionalen Presse berichtet. Zielgruppen waren hierbei nicht nur die Verantwortlichen in Kommunen und Wirtschaft, sondern auch die Bevölkerung des Landkreises, die über die Preisverleihung in den Kreis-Nachrichten informiert wurde. Außerdem erfolgte eine ausführliche Berichter-

stattung in anderen Fachmedien wie der Mitgliederzeitung der Kreishandwerkerschaft Westeifel „Compagnon“. Auch auf Informationsveranstaltungen des Handwerks und der gewerblichen Wirtschaft wurde die Prämierung thematisiert. So bspw. anlässlich eines Betriebsbesuches von Staatssekretär Günther Eymael im Unternehmen des Kreishandwerksmeisters Hermann Zahnen in Sellerich.

Erfahrungen

Die Kreisverwaltung erhielt eine Vielzahl positiver Feedbacks von Unternehmen der Region, welche die Kommune zu ihrer Auszeichnung beglückwünschten und die gute Zusammenarbeit hervorhoben. Daneben gingen Anfragen anderer Kommunen, die durch die Auszeichnung auf den Landkreis Bitburg-Prüm und den Wettbewerb aufmerksam wurden, in der Kreisverwaltung ein.

Maßnahmen im Nachgang

Die Wirtschaftsförderung der Kreisverwaltung Bitburg-Prüm sieht in den folgenden Schwerpunkten wichtige Handlungsfelder für die Zukunft: Im Vordergrund steht die Fortführung des ständigen Dialogs sowie der engen und guten Kontakte der Kreisverwaltung zu den regionalen Unternehmen, Kammern, Banken und Sparkassen, wie auch den Steuerberatern der Region. Weiterhin unterstützt und begleitet die Wirtschaftsförderung der Kreisverwaltung in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden, Verbandsgemeinden und der Stadt Bitburg die Betriebe bei ihren Investitionsvorhaben. Damit eine positive wirtschaftliche Strukturentwicklung in der Kommune gesichert ist, stellt außerdem die Förderung der Technologieorientierung im Landkreis Bitburg-Prüm für die Wirtschaftsförderung einen zentralen Ansatz dar. Um den Standort Bitburg-Prüm weiter aufzuwerten und so für Investoren auch in Zukunft interessant zu bleiben, arbeitet die Kreisverwaltung an weiteren Vorhaben. Der

konsequenten Fortsetzung und dem Ausbau der mittelstandsfreundlichen Gewerbeflächenpolitik im Rahmen des Standortmarketings kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Der Landkreis Bitburg-Prüm hält für Existenzgründungen, Betriebsverlagerungen sowie -erweiterungen insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen eine Vielzahl an Gewerbeflächen bereit. Auch die kontinuierliche Weiterentwicklung der Dachmarke Eifel zu einer Regionalmarke im Verbund mit Landwirtschaft, Handwerk, Dienstleistung und Gewerbe wird von der Kreisverwaltung als eine nachhaltige Maßnahme in der Region aufgefasst.

„Die Auszeichnung im Wettbewerb Mittelstandsfreundliche Kommunen ist uns eine Bestätigung, dass wir in der Entwicklung des Landkreises Bitburg-Prüm als Wirtschaftsstandort auf dem richtigen Wege sind. Sie ist gleichzeitig Ansporn, den eingeschlagenen Weg engagiert weiter zu gehen und den Landkreis als attraktiven und zukunftsfähigen Wohn- und Wirtschaftsstandort zu profilieren.“
Rainer Wirtz
(Amtsleiter Wirtschaftsförderung in der Kreisverwaltung Bitburg-Prüm und Geschäftsführer der Strukturfördergesellschaft Bitburg-Prüm mbH)

„Durch den Wettbewerb wird die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Verwaltung gestärkt und die Verwaltungen werden angespornt, sich verstärkt dem Mittelstand zuzuwenden.“
Hermann Zahnen
(HPB Zahnen GmbH, Sellerich)



Stadt Frankenthal

Wettbewerb belebt das Geschäft

„Die Unterstützung der Unternehmen bei Genehmigungsverfahren gehört auch für die Stadt Frankenthal zur Pflicht und nicht zur Kür. Anklang bei der Jury fand vor allem das Pilotprojekt Ausbildungsverbund, bei dem Auszubildende bei der Stadt Frankenthal angestellt und zum Teil in Unternehmen ausgebildet werden. Die Auszeichnung von Frankenthal als Mittelstandsfreundliche Kommune 2004 zeige, so die Jury, dass sich Kommunen durch konsequente, an den Belangen der Wirtschaft orientierte Arbeit, auch gegen starke regionale Konkurrenten profilieren können.“
Auszug aus der Begründung der Jury (2004)

Ausgezeichnete Maßnahmen

Seit 2003 stellt die Stadt Frankenthal ihr Gewerbeflächenangebot zusätzlich zu der eigenen Gewerbeflächendatenbank auf den Internetseiten der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Frankenthal (Pfalz) mbH der Gewerbeimmobilienbörse des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar und der Regionalmarketing Rhein-Neckar-Dreieck GmbH zur Verfügung. Ansiedlungswillige Unternehmen, die im Ballungsgebiet des Rhein-Neckar-Dreiecks einen neuen Standort suchen, finden auf diesem Onlineportal geeignete Flächen und Immobilien. Als Teilnehmer an diesem „Standortkommunikationssystem Rhein-Neckar-Dreieck“ vergrößerte die Stadt Frankenthal nicht nur ihre Chancen zur besseren Vermarktung der örtlichen Gewerbefläche über die eigenen Stadtgrenzen hinweg, sondern baute auch ihren Service gegenüber den investierenden Unternehmen aus. Die Stadtverwaltung entschied sich daher, dieses System auch in den städtischen Internetauftritt zu integrieren. Interessierten Unternehmen ist es nun möglich, sich nutzerfreundlich mittels einer Vielzahl von Kriterien, wie z.B. Lage, Verkehrsanbindung, Flächengröße und Infrastruktur über die Standortauswahl der Region zu informieren. Auch Gewerbemakler und Grundstückseigener haben die Gelegenheit, ihre Gewerbeflächen und -objekte in der Gewerbeimmobilienbörse online einzu-

stellen. „Mittlerweile findet ein großer Teil der Interessenten für Gewerbeflächen den Weg über das Internet zum Wirtschaftsstandort Frankenthal“, stellt Wirtschaftsförderer Klemens Gröger zufrieden fest. Doch Klemens Gröger weiß: Zur Entscheidung eines ansiedlungswilligen Unternehmens für den Standort Frankenthal bedarf es mehr als der Bereitstellung von passenden Gewerbeflächen. „Ein erfolgreiches Gewerbeflächenmanagement lebt nicht von den Flächen allein, sondern immer mehr von den maßgeschneiderten Zusatzservices, die ansiedlungsinteressierten Unternehmen geboten werden. Flexible Serviceleistungen für die unterschiedlichen Unternehmensbedarfe und umfassende Informationen als Entscheidungsgrundlagen sind gefragt. „Daher bieten wir bspw. Wirtschaftsstatistiken und andere unternehmensrelevante Informationen online als ‚download‘ an“, erklärt der Wirtschaftsförderer.

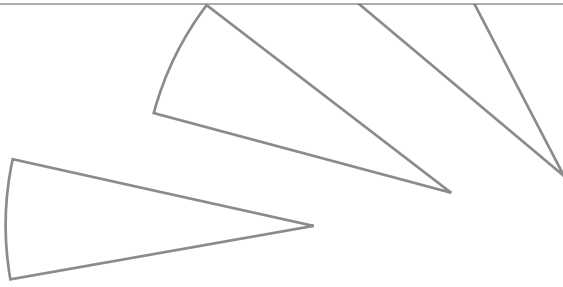
Nachdem sich ein Unternehmen für den Standort Frankenthal entschieden hat, endet jedoch noch keineswegs die städtische Unterstützung. So organisiert die Stadt Frankenthal bspw. zwei Foren, die sich mit den aktuellen Themen der heimischen Wirtschaft in Frankenthal auseinandersetzen. Zum einen tagt regelmäßig der Standortmanagementkreis, in dem

Steckbrief

(Stand: 2004)
Fläche: 4.378 ha
Einwohner: 47.192
Umsatzsteuerpflichtige
Unternehmen: 1.447
Sozialversicherungspflichtig
Beschäftigte: 15.441

Kontakt

Klemens Gröger
Wirtschaftsförderungsgesellschaft
Frankenthal (Pfalz) mbH
Speyerer Straße 6
67227 Frankenthal
Fon: 06233/32782-0
Fax: 06233/32782-77
E-Mail: info@wfg-frankenthal.de
www.fankenthal.de
www.wfg-ft.de



ämter- und institutionenübergreifend zusammengearbeitet wird. In diesem Kreis bespricht die Stadtverwaltung mit Verantwortlichen der regionalen Banken, der Stadtwerke, des Stadtbauamts sowie der städtischen Baugesellschaft aktuelle, den Wirtschaftsstandort Frankenthal betreffende Fragen. Auch das direkte Gespräch mit den ansässigen Unternehmen hat seinen festen Platz in den Aktivitäten der Kommune. In Form eines „Round Table“ lädt die Stadt Frankenthal halbjährlich, nach Branchenstruktur und Unternehmensgröße strukturiert, Unternehmensinhaber aus Frankenthal ins städtische Rathaus zum Dialog ein, um gemeinsam über aktuelle Themen des Standortes zu diskutieren.

Zusätzliche Aufmerksamkeit über die Kommune hinaus erlangte die Stadt Frankenthal durch den Anfang 2004 eingerichteten Ausbildungsverbund, bei dem die Stadt eine Vermittlerrolle zwischen Kommune und Wirtschaft einnimmt. Das Projekt ermöglicht Auszubildenden der Stadt Frankenthal Erfahrungen in der Wirtschaft zu sammeln, indem sie einen Teil ihrer Ausbildung im Unternehmen absolvieren. „Ein gutes Beispiel dafür, wie in der Praxis die Brücke zwischen Verwaltung und Wirtschaft geschlagen werden kann“, bilanziert Klemens Gröger.

Einsatzbereiche der Auszeichnung

„Zusätzlich zu der Bekanntmachung in der Presse, konnten wir durch einen regionalen Fernsehsender die Bürgerinnen und Bürger Frankenthals auf unsere Auszeichnung zur Mittelstandsfreundlichen Kommune aufmerksam machen“, erinnert sich Klemens Gröger an die gute Resonanz in den Medien. Außerdem wurde die Prämierung auf den zahlreichen Veranstaltungen und Informationsabenden für die Unternehmerschaft thematisiert. „Diese waren für uns ein gutes Forum, um den teilnehmenden Unternehmen für ihre Beteiligung durch den Vorschlag unserer Kommune zu danken“, so der Wirtschaftsförderer. Auch auf den Gewerbeflächenange-

boten der Internetseiten sowie in jeder Art der Korrespondenz wurde das Siegel der Urkunde platziert.

Erfahrungen

Nach Auffassung von Wirtschaftsförderer Gröger stimulierte die Auszeichnung zur Mittelstandsfreundlichen Kommune insbesondere den gesunden Wettbewerb zwischen Frankenthal und anderen Kommunen. Er ist sich sicher, dass durch die Beteiligung am Wettbewerb innerhalb der Stadt Frankenthal neue, positive Impulse freigesetzt wurden. Sowohl die Akteure in der Verwaltung als auch in der heimischen Wirtschaft wurden darin bestätigt, auf dem richtigen Weg zu sein. „Die vom Wirtschaftsministerium attestierte beispielhafte Mittelstandsfreundlichkeit ermöglichte es uns, eine bessere Wettbewerbsposition in der Standortkonkurrenz zu anderen Kommunen einzunehmen“, fasst Klemens Gröger den Nutzen der Wettbewerbsteilnahme zusammen.

Maßnahmen im Nachgang

Im Zentrum der Nachhaltigkeitsaktivitäten steht für die Stadt Frankenthal das neue Stadtmarketingkonzept. Als kreisfreie Stadt kann Frankenthal nur geringen Einfluss auf die Bebauung jenseits der Stadtgrenze nehmen, so dass die innerstädtische Wirtschaft in den vergangenen Jahren mit einer Zunahme von großen Handelsunternehmen auf der Grünen Wiese zu kämpfen hat. „Diese Situation belastet vor allem die Einzelhändler unserer Innenstadt. Es sind daher neue Ideen und Taten gefragt, die einen weiteren Abfluss der Kaufkraft aus der Innenstadt verhindern können“, betont Klemens Gröger. Wichtiger Bestandteil des neuen Konzeptes wird die verstärkte Einbindung der Ladeneigentümer aus der Innenstadt in die Pläne der Stadtentwicklung sein: „Aus Stadtentwicklungsgesichtspunkten befindet sich die Stadt in einer neuen Situation. Wo früher Mieter und Eigentümer von Geschäften ein und dieselbe Person waren, sieht dies

heute vollkommen anders aus. Mieter kommen und gehen, die Leidtragenden der Stadtentwicklung bleiben jedoch die Eigentümer.“ Daher sieht die Stadt es als eine ihrer Aufgaben an, gemeinsam mit Eigentümern und Mietern einen Beitrag zur Erhöhung der Attraktivität der Innenstadt zu erarbeiten. „Wir können zwar gut gemeinte Handlungsempfehlungen an alle Beteiligten abgeben, aber erfolgreich in die Tat umsetzen lassen sich diese nur gemeinsam“, weiß Wirtschaftsförderer Klemens Gröger. Ein konkretes Beispiel für tatkräftige gemeinsame Bemühungen stellen die im Turnus von vier bis sechs Wochen stattfindenden CityTreffe dar. „Wir organisieren Workshops, in denen alle Beteiligten, sei es Eigentümer, Mieter, Bank oder wir als Wirtschaftsförderung gemeinsam Projekte entwickeln, um die Innenstadt attraktiver zu gestalten“, berichtet Klemens Gröger.

„Der Wettbewerb Mittelstandsfreundliche Kommunen fördert den positiven Wettbewerb zwischen den Kommunen und gibt neue Impulse, sich als Wirtschaftsstandort in der Region gut zu platzieren.“

*Klemens Gröger
(Wirtschaftsförderer der Stadt Frankenthal)*

„Ich würde anderen Unternehmen empfehlen am Wettbewerb teilzunehmen, weil es die Kommunen dazu anspornen kann, etwas für eine verbesserte Infrastruktur und für Klein- und Mittelbetriebe zu tun.“

Ralf Sammer (Sammer Elektrogroßhandel GmbH, Frankenthal)



Stadt Idar-Oberstein

Die Kommune als Serviceunternehmen

„Besonders gefiel der Jury, die Vielzahl der von den Unternehmern genannten konkreten Beispiele zur Kommunikation mit der Kommune – ein Bereich, der zu den wichtigsten Anforderungen mittelständischer Unternehmen an eine Kommune zählt. Des Weiteren war für die Prämierung der Kommune das erfolgreiche Konversionsprojekt Gewerbepark Nahetal förderlich.“

Auszug aus der Begründung der Jury (2002)

Steckbrief

(Stand: 2005)

Fläche: 9.156

Einwohner: 35.464

Umsatzsteuerpflichtige

Unternehmen: 2.200

Sozialversicherungspflichtig

Beschäftigte: 12.982 (Stand: 2003)

Kontakt

Hans Jürgen Machwirth

Oberbürgermeister

Georg-Maus-Straße 1

55743 Idar-Oberstein

Fon: 06781/64-200

Fax: 06781/64-555

E-Mail: [ob.machwirth@](mailto:ob.machwirth@idar-oberstein.de)

[idar-oberstein.de](mailto:ob.machwirth@idar-oberstein.de)

www.idar-oberstein.de


Ausgezeichnete Maßnahmen

Wie entscheidend ein guter Informationsfluss für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Verwaltung ist, erkannte die Stadtverwaltung Idar-Oberstein bereits ganz zu Beginn ihrer Bestrebungen zur Schaffung eines mittelstandsfreundlichen Klimas. Um die Struktur der Organisation diesem Ziel anzupassen, wurden eine Reihe von Maßnahmen zur Verwaltungsmodernisierung ergriffen. Im Fokus stand dabei die konsequent kundenorientierte Ausrichtung aller Dienstleistungen der Kommune. Die Neustrukturierung der städtischen Verwaltungsorganisation in Idar-Oberstein wurde auf verschiedenen Ebenen vorangetrieben. Neue Serviceeinheiten, wie z.B. ein Bürgerservice, wurden von der Stadt eingerichtet. Diese hatten die Aufgabe durch eine sinnvolle Verknüpfung von Sachzusammenhängen, wie bspw. im Bereich Grundstücksentwicklung und -verwaltung, mit der Wirtschaftsförderung, schnelle und kompakte Dienstleistungen, wie u.a. maßgeschneiderte Grundstücksangebote, zu realisieren. Mit der Bündelung von Zuständigkeiten konnten Lauf- und Bearbeitungszeiten zugunsten der Unternehmen erheblich verkürzt werden. „Kurze Genehmigungsverfahren und kompetente Ansprechpartner gewährleisten eine schnelle und unbürokratische Unterstützung“, fasst Oberbürgermeister Hans Jürgen Machwirth die spürbaren Resultate der Maßnahmen zusammen.

Nicht nur die gestandenen Unternehmen vor Ort, sondern auch Existenzgründer können umfassende Servicevorteile für

sich nutzen. Mit der eigens von der Stadt Idar-Oberstein ins Leben gerufenen Beratungsinstitution „Gründer im Dialog“ schafft die Kommune ihrerseits beste Voraussetzungen für eine schnelle und möglichst auch erfolgreiche Realisierung der Gründungsvorhaben. Regelmäßige Informationsbörsen und Beratungsabende mit Expertinnen und Experten zu gründungsrelevanten Schwerpunktthemen wie bspw. Unternehmensmanagement, Finanzierung des Geschäftsvorhabens sowie Marketing und Werbung komplettieren das Unterstützungsangebot für Gründerinnen und Gründer.

Wie Angebot und Nachfrage flexibel und erfolgreich zusammengebracht werden können, zeigt ein weiteres Beispiel aus Idar-Oberstein. Ein eigens eingerichtetes städtisches Leerstandsmanagement nimmt tagesaktuell die Auswertung des Immobilienmarktes der Region vor und verknüpft dieses mit den Grundstücksressourcen der städtischen Gewerbegebiete. Die Aufgaben erstrecken sich dabei nicht allein auf die Unterbreitung von Grundstücksangeboten, sondern werden von maßgeschneiderten Beratungsservices für die Interessenten durch die Stadtverwaltung ergänzt. „In diesen Beratungstätigkeiten werden gezielt die örtlichen Makler und Immobilienabteilungen der regionalen Banken und Sparkassen eingebunden, mit denen auch örtliche Informationstage für Bauherren und Bauwillige veranstaltet werden“, erklärt Oberbürgermeister Hans Jürgen Machwirth. Abgerundet werden die Bemühungen der Stadtverwaltung



durch so genannte Grundstücksbörsen, bei denen alle vier bis sechs Wochen die gesamten Gewerbe- und Wohnbaugrundstücke der Region vom Liegenschaftsamt an öffentlichen Stellen vorgestellt werden.

Das im Jahr 1999 gegründete Stadtentwicklungsamt, ebenfalls eine der neuen Verwaltungsserviceeinheiten, schrieb sich ambitioniert ins Stammbuch, Idar-Oberstein für seine Bürgerinnen und Bürger attraktiver zu gestalten sowie zukunfts-fähige Perspektiven für die international bekannte Edelsteinstadt aufzuzeigen. Besonderes Augenmerk galt im Rahmen dieser Zielvorgabe der weiteren Entwicklung von Gewerbeflächen. Im Zuge des bundesweiten Truppenabzuges der amerikanischen Streitkräfte, wurde das „Depot Nahbollenbach“ im Jahr 1998 zur zivilen Nutzung freigegeben. Dieses zur Konversion bereitstehende Gelände bot mit einer Fläche von ca. 35 ha einen attraktiven zukunftsfähigen Standort für die Ansiedlung von innovativen Unternehmen. Eine Besonderheit des aus dem ehemaligen Militärgelände entstandenen Gewerbeparks „Nahetal“ stellt der dreigeteilte Mix des Gewerbeflächenangebotes für Gewerbe, Einzelhandel und Freizeitnutzung dar.

Einsatzbereiche der Auszeichnung

Neben der Veröffentlichung zahlreicher Presseberichte legte die Stadtverwaltung Idar-Oberstein einen speziellen Flyer auf, der Interessierte sowohl über den Wettbewerb als auch über die Auszeichnung der Stadt Idar-Oberstein als Mittelstandsfreundliche Kommune informierte. In der Ausweisung der Bebauungsgebiete bei der Grundstücksbörse wurden ebenfalls Hinweise auf die Prämierung platziert. „Selbstverständlich haben wir die Auszeichnung bei allen relevanten Veranstaltungen, wie z.B. auf unseren regelmäßigen Informationsabenden für die Bevölkerung Idar-Obersteins, ausführlich thematisiert“, berichtet der Oberbürgermeister.

Erfahrungen

„Wir erhielten nach unserer Auszeichnung von einer Vielzahl der hier ansässigen Un-

ternehmen positive Rückkopplungen“, erinnert sich der Oberbürgermeister. Kommunen aus Nachbarregionen gratulierten ebenfalls und erkundigten sich nach dem Ablauf des Wettbewerbs. „Ich habe vielen Kollegen empfohlen, sich künftig ebenfalls an diesem Wettbewerb zu beteiligen, denn eine solche Auszeichnung bringt eine Vielzahl an Vorteilen mit sich“, weiß Hans Jürgen Machwirth zu berichten. So gab es eine Fülle von Nachfragen ansiedlungswilliger Unternehmen, die durch die Pressearbeit im Umfeld der Auszeichnung auf den Standort aufmerksam wurden. „Dadurch konnten wir sogar eine unserer Angebotsbörsen einsparen“, erklärt der Oberbürgermeister. Aber nicht nur die in Zahlen messbaren Erfolge in Zusammenhang mit der Auszeichnung sind Jürgen Machwirth wichtig, besonders weist er auf die aus der Prämierung hervorgegangene Aufbruchstimmung sowohl unter den kommunalen Mitarbeitern als auch den Unternehmen hin.

Maßnahmen im Nachgang

Im Fokus der Nachhaltigkeitsanstrengungen der Stadt Idar-Oberstein sieht Oberbürgermeister Machwirth die konsequente Fortführung und den Ausbau der bereits eingeführten Maßnahmen. So wurden bspw. im Jahr 2004 weitere Serviceeinheiten geschaffen, welche die bisherigen Leistungen des städtischen Bürgerbüros erweitern und zusätzlich beschleunigen. Großgeschrieben wird auch weiterhin das Engagement der Kommune in Sachen Stadtmarketing, um die Attraktivität der Innenstadt für Wirtschaft, Bevölkerung und Besucher weiter zu steigern. Für die Umsetzung der Projekte im Stadtmarketing engagieren sich eine Vielzahl von Bürgerinnen und Bürger in verschiedenen Arbeitskreisen. In diesen wurden in den vergangenen Jahren ein Bündel konkreter Projekte, wie z.B. ein umfangreiches Stadtleitbild, ein Kundenzufriedenheitsmonitor sowie ein Einzelhandelsgutachten realisiert. Genannt wird in diesem Zusammenhang von Oberbürgermeister Machwirth auch die Idar-Obersteiner Kulturinitiative „Idar-Oberstein leuchtet“. Seit 2002 fasst die Stadt ihr Sommer-Kulturprogramm unter diesem gemeinsamen Slo-

gan zusammen. Hier werden etablierte und neue Kulturveranstaltungen konsequent mit Aktivitäten des Stadtmarketings und der örtlichen Geschäftswelt verknüpft.

Auch für den Gewerbepark Nahetal sind seit der Auszeichnung weitere Erfolge zu verzeichnen. Mittlerweile haben sich dort 22 Unternehmen angesiedelt und der Bau einer Multifunktionshalle steht kurz vor der Umsetzung. Ziel ist es, mit dieser Halle die Bereiche Wirtschaft, Politik, Bildung und gesellschaftliches Leben lokal noch näher zueinander zu bringen. In Zukunft werden hier Messen, Tagungen, Konferenzen und Seminare sowie gesellschaftliche Veranstaltungen stattfinden und die international bekannte Edelsteinstadt wird um eine attraktive Location bereichert sein.

„Das, was wir als Kommune theoretisch erarbeiten, müssen wir auch praktisch umsetzen. Die Beteiligung an diesem Wettbewerb erzeugte in der Verwaltung, aber auch bei den mittelständischen Unternehmen wahre Aufbruchstimmung. Wir helfen dem Mittelstand, indem wir unsere Infrastrukturmaßnahmen überdenken, unsere Dienstleistungsbereitschaft erhöhen und vielleicht einen Beitrag dazu leisten, dass die Menschen wieder positive Erwartungen an die Zukunft haben.“
Hans Jürgen Machwirth
(Oberbürgermeister der Stadt Idar-Oberstein)

„Ich würde anderen Unternehmen empfehlen am Wettbewerb teilzunehmen, weil damit das Engagement der Stadt Idar-Oberstein für die mittelständische Wirtschaft gewürdigt wird und andere Unternehmen so die Gewissheit haben, in dieser Stadt unbürokratisch und schnell ihre Bauvorhaben verwirklichen zu können.“
Dr. Peter Ritter
(Torpedo Garage, Kaiserslautern)



Ortsgemeinde Irrel

Der Mensch im Mittelpunkt

„Als sehr positiv wertete die Jury die konkreten Beispiele der Unternehmer vor Ort. Mehrfach genannte Aspekte sind die Erarbeitung eines Konzeptes für ein Projektträgermodell in Form einer Public-Private-Partnership, schnelle und unbürokratische Bearbeitung sowie die kompetente Begleitung von Anträgen und der hohe persönliche Einsatz des Bürgermeisters.“

Auszug aus der Begründung der Jury (2002)

Ausgezeichnete Maßnahmen

Nach dem Abzug der französischen Streitkräfte im Jahr 1994 hatte die Ortsgemeinde Irrel sowohl mit dem Verlust von Arbeitsplätzen als auch mit der Neugestaltung von Konversionsflächen beträchtliche Herausforderungen zu meistern. Motiviert durch eine zunehmende Nachfrage für Gewerbeflächen aus der heimischen Wirtschaft, entschloss sich die Ortsgemeinde Irrel drei Jahre später aus der Konversionsnot eine Tugend zu machen und die ehemaligen Militärfelder sowie das angrenzende brachliegende Gelände der Bundesbahn zu erwerben. Da das Militärgelände ehemals als Tanklager genutzt wurde, hatte die Ortsgemeinde anfänglich mit den Schwierigkeiten der Flächenbereinigung von Altlasten zu kämpfen, konnte jedoch 1999 den ersten gewerblichen Bauabschnitt von 3,5 ha erschließen und an ansiedlungswillige Unternehmen veräußern. „Bei der Erschließungskonzeption und der Veräußerung von gewerblichen Flächen konnten wir damals wie heute auf die spezifischen Wünsche von interessierten Unternehmen eingehen“, berichtet Bürgermeister Hans-Michael Bröhl. Abgesehen von Grundstücksflächen bot die Ortsgemeinde Irrel ebenfalls sanierte Kasernengebäude zum Verkauf oder zur Vermietung an. So war es bspw. durch die schnelle und unbürokratische Vermittlung

einer Betriebshalle durch die Ortsgemeinde einem ortsansässigen Unternehmen möglich weiterhin am Standort Irrel zu bleiben.

Von besonderer Bedeutung bei der Gewerbeflächenpolitik der Kommune Irrel war der zweite Bauabschnitt „Entwicklungsbereich Ortsmitte“. Im Wege einer Private-Public-Partnership entstand im Jahr 2002 in der „Neuen Mitte Irrel“ ein Dienstleistungs- und Gewerbezentrum. Mit einem privaten Investor wurde auf dem 1,1 ha großen innerörtlichen Gewerbegebiet ein multifunktionales Gebäude mit einem Verbrauchermarkt sowie der neuen Gemeindehalle Irrel realisiert. Weiterhin konnte der Bau eines Parkdecks und einer marktplatzähnlichen Freifläche mit insgesamt 234 Parkplätzen umgesetzt werden. Durch die positiven Erfahrungen dieser Zusammenarbeit motiviert, entschied sich die Ortsgemeinde ein Jahr später für die erneute Kooperation mit einem privaten Investor, so dass die Angebotspalette der „Neuen Mitte“ für die Bürgerinnen und Bürger aus Irrel und Umgebung um einen Discount-Supermarkt erweitert werden konnte. „Diese optimale Zusammenstellung führte dazu, dass Irrel als Dienstleistungsort in einem noch stärkeren Umfang von der Bevölkerung ange-

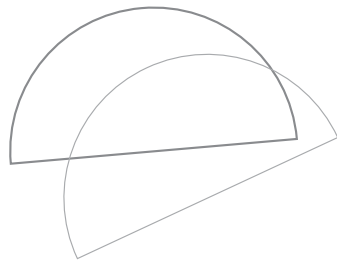
Steckbrief

(Stand: 2004)
Fläche: 705 ha
Einwohner: 1.535
Umsatzsteuerpflichtige
Unternehmen: 76 (Stand: 2002)
Sozialversicherungspflichtig
Beschäftigte: 470

Kontakt

Hans-Michael Bröhl
Bürgermeister
Auf Omesen 2
54666 Irrel
Fon: 06525/79-103
Fax: 06525/79-244
E-Mail: hansmichael.broehl@irrel.de

Nico Hagen
Wirtschaftsförderung
Auf Omesen 2
54666 Irrel
Fon: 06525/79-113
Fax: 06525/79-245
E-Mail: nico.hagen@irrel.de
www.irrel.de



nommen wurde“, erinnert sich Bürgermeister Bröhl. „Die beiden neuen Versorgungseinrichtungen hatten zudem den Vorteil, dass auch die anderen heimischen Einzelhandelsunternehmen wie Metzgereien, Bäckereien, Apotheken etc. bemerkbar an Käuferinnen und Käufer gewonnen haben.“

Einsatzbereiche der Auszeichnung

Angespornt von der erfolgreichen Teilnahme an dem Wettbewerb Mittelstandsfreundliche Kommunen, entschied sich die Ortsgemeinde Irrel ihre Werbematerialien für den eigenen Wirtschaftsstandort einer Runderneuerung zu unterziehen. Es folgte die Neuaufgabe von Werbeflyern und Gewerbeanzeigen mit dem besonderen Hinweis auf die anerkannte Mittelstandsfreundlichkeit der Gemeinde. Die Präsentation der Prämierungsurkunde wurde online durch einen entsprechenden neuen Internetauftritt unterstützt. „Dank unserer offensiven Pressearbeit erreichten wir sogar mehrfach eine Berücksichtigung in der Berichterstattung von überregionalen Medien, wie z.B. der Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, führt Hans-Michael Bröhl an.

Erfahrungen

Die Auszeichnung sowie die daraus resultierende aktive Pressearbeit verhalfen der Ortsgemeinde Irrel zu einem Bekanntheitsgrad über die Gemeindegrenzen hinweg. Insbesondere von Dienstleistungsunternehmen gab es in Folge der Bekanntmachung der Prämierung eine Vielzahl von Anfragen bei der Gemeinde. „Vor allem kleine Dienstleistungsunternehmen haben den Weg zu uns gefunden“, berichtet Bürgermeister Hans-Michael Bröhl. Natürlich kann die Auszeichnung dafür nicht als alleiniger Grund betrachtet werden. In Irrel wird diese aber durchaus als ein, insbesondere nach außen, publikums-

wirksamer Verstärker des vorhandenen mittelstandsfreundlichen Engagements gesehen. Die ansiedlungswilligen Unternehmen überzeugen, da ist sich Bürgermeister Bröhl sicher, kann allerdings nur eine wirklich mittelstandsfreundliche Betreuung vor Ort.

Maßnahmen im Nachgang

Neben den Ansiedlungsbemühungen der Kommune Irrel findet die intensive Bestandspflege der ansässigen Unternehmen in ihrem mittelstandsfreundlichen Konzept besondere Berücksichtigung. „Um die Betreuung unserer Unternehmen weiter zu verbessern, unterziehen wir unseren Mitarbeiterstab regelmäßigen Schulungen“, berichtet der Bürgermeister. Es ist beabsichtigt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in naher Zukunft bei Institutionen wie IHK oder HWK „Lernpraktika“ durchlaufen zu lassen. „Weiterhin planen wir unsere Finanzsachbearbeiterinnen und -sachbearbeiter für ein bis zwei Wochen zu Schulungsprogrammen der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) zu schicken, auch führen wir bereits Gespräche über weitere Schulungsmaßnahmen mit der Handwerkskammer Luxemburg“, erläutert Hans-Michael Bröhl. Ziel dieser Qualifizierungsmaßnahmen ist es u.a. die Unternehmen mit Hilfe von eigens geschulten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beim Kontakt mit der kommunalen Verwaltung, wie bspw. bei Bauanträgen und Genehmigungsverfahren, noch stärker als bisher zu unterstützen und die Abläufe weiter zu entbürokratisieren. Damit unnötige Planungsverfahren, bspw. bei Bauvorhaben in der Ortsgemeinde Irrel, vermieden werden können, spielt die konsequente Kommunikation der Verwaltungseinheiten in der gesamten Kommune eine zunehmende Rolle. „Wir verfolgen kontinuierlich das Genehmigungsverfahren, indem wir uns mit den entsprechenden Sachbearbeiterinnen oder

Sachbearbeitern des Kreises kurzschließen. Da wir uns regelmäßig über den Stand des Verfahrens informieren, können oftmals Verzögerungen vermieden werden.“ Ein Beleg dafür, so ist Bürgermeister Bröhl überzeugt, dass dieses System des persönlichen Kontaktes nicht nur bei der regionalen Unternehmerschaft förderlich, sondern auch auf die eigene Verwaltungsstruktur anzuwenden ist.

„Durch den Wettbewerb Mittelstandsfreundliche Kommunen wird der Bekanntheitsgrad der Kommune als Gewerbestandort verstärkt. Außerdem entsteht innerhalb der Gemeinde eine Motivation, die dazu führt, dass man sich in der Kommune intensiver mit der Frage der gewerblichen Entwicklung befasst. Erfolge in diesem Bereich führen nicht nur bei den Offiziellen und Gemeinderäten, sondern auch bei den Bürgerinnen und Bürgern zu einer positiveren Einstellung.“
Hans-Michael Bröhl
(Bürgermeister der Verbandsgemeinde Irrel)

„Der Wettbewerb trägt dazu bei, dass Kommunen einen zusätzlichen Anreiz erhalten, sich im Umgang mit Unternehmen als Dienstleister zu profilieren.“
Stefan Kutscheid
(faco GmbH, Bitburg)



Verbandsgemeinde Kirchen

„All-inclusive-Angebot“ für den Mittelstand

„Unter Berücksichtigung der speziellen strukturellen Problematik ist im Besonderen die große Zahl von Projekten erwähnenswert, so z.B. die Umstrukturierung ehemaliger großer Industriebrachen in kleine Einheiten für den Mittelstand, welche die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Ansiedlung neuer Unternehmen zur Folge hatte. Herausragend bewertete die Jury ebenfalls die Unterstützung des Mittelstandes durch eine gute Beratung bei der Existenzgründung. Darüber hinaus wurde die Gründung einer Strukturförderungsgesellschaft und im Speziellen deren hilfsbereite Mitarbeiter als äußerst positiv bewertet.“

Auszug aus der Begründung der Jury (2001)

Ausgezeichnete Maßnahmen

Angesichts der besonderen Erfordernisse durch einen massiven Strukturwandel war für die Verbandsgemeinde Kirchen klar: Derartig umfassende restrukturierende Aufgaben würden nur mit einer professionell aufgestellten Einheit zu bewältigen sein. Die Verbandsgemeinde gründete daher im Jahr 1998 eigens die Strukturförderungsgesellschaft der Verbandsgemeinde Kirchen (Sieg) mbH (SFK). Mitte der 90er Jahre prägten nach dem Niedergang der Stahl- und Blechverarbeitung vor allem großflächige Industriebrachen das Landschaftsbild der Kommune Kirchen. Da für die Zukunftsfähigkeit der Gemeinde insbesondere die Ansiedlung von kleinen und mittelständischen Unternehmen wirtschaftlich bedeutsam sein würde, galt es diese großen Industrieflächen in kleine Gewerbeeinheiten umzustrukturieren. „Mit Hilfe von Strukturfördermitteln des Landes Rheinland-Pfalz konnten wir die gesamte Brachfläche von 50 ha erfolgreich reaktivieren. Rund 150 Unternehmen mit ca. 1.500 Arbeitsplätzen wurden so neu angesiedelt“, berichtet Werner Becker, Geschäftsführer der Strukturförderungsgesellschaft der Verbandsgemeinde Kirchen (Sieg) mbH. Durch einen ausgewogenen Branchenmix konnte die Abhängigkeit von der Stahl- und Metallverarbeitenden Industrie, die ehemals die Verbandsgemeinde geprägt hatte, aufge-

brochen werden. Auch die Größenordnung der angesiedelten Betriebe entspricht der Zielvorgabe, verstärkt kleinere und mittlere Unternehmen in der Verbandsgemeinde Kirchen heimisch zu machen: 10 Mitarbeiter ist die durchschnittliche Personalstärke mit der die 150 Betriebe ausgestattet sind.

Einen ergänzenden Schwerpunkt, neue Arbeitsplätze zur Kompensation der im Zuge des Strukturwandels verloren gegangenen in der Region zu schaffen, sieht die Verbandsgemeinde Kirchen in einer umfassenden, prozessbegleitenden Förderung von Existenzgründungen. Auch unter den 150 neu angesiedelten Unternehmen gibt es eine Vielzahl von Neugründungen. „Mit den Ortsgemeinden haben wir die Bedingungen dafür schaffen können, dass Existenzgründerinnen und Existenzgründer von uns Hallen und Gewerbeflächen zu günstigen Konditionen anmieten können. Ebenfalls unterstützen wir den Mittelstand durch unsere gute Beratung bei der Existenzgründung“, erklärt Werner Becker. Nicht allein der heißen Start-up-Phase von Gründungen widmet die Verbandsgemeinde ihre tatkräftige Unterstützung. Die Kommune bietet den Jungunternehmen auch die Chance nach der Existenzsicherungsphase die angemieteten Grundstücke kostengünstig zu

Steckbrief

(Stand: 2004)

Fläche: 1.268 ha

Einwohner: 26.000

Umsatzsteuerpflichtige

Unternehmen: 1.579

Sozialversicherungspflichtig

Beschäftigte: 5.297

Kontakt

Werner Becker

Strukturförderungsgesellschaft
der VG Kirchen (Sieg) mbH

Lindenstraße 1

57548 Kirchen (Sieg)

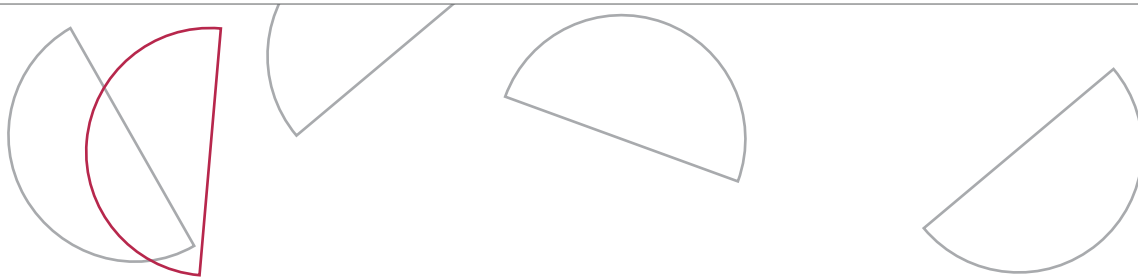
Fon: 02741/688-424

Fax: 02741/688-436

E-Mail: w.becker@kirchen-sieg.de

www.kirchen-sieg.de

www.wfg-kreis-altenkirchen.de



erwerben. Einen Überblick, wo und welche Gewerbeflächen in der Verbandsgemeinde Kirchen zur Verfügung stehen und zur Bebauung frei gegeben sind, können sich ansiedlungs- oder erweiterungswillige Unternehmen in einer dafür eigens eingerichteten Gewerbeflächendatenbank auf den Internetseiten der SFK verschaffen.

Einsatzbereiche der Auszeichnung

Vor allem die neuen Medien, wie das Internet, waren es, welche die Verbandsgemeinde Kirchen nutzte, um auf ihre Auszeichnung zur Mittelstandsfreundlichen Kommune aufmerksam zu machen. Ausführliche Pressemitteilungen über den Wettbewerb sowie eine Abbildung der Urkunde konnten Interessierte auf der Homepage der SFK einsehen. Jede Korrespondenz, sowohl bei der Strukturförderungsgesellschaft als auch bei der im Nachgang gegründeten Strukturentwicklungsgesellschaft, wurde mit dem Siegel der Prämierung versehen. Da vor allem der persönliche Kontakt zu den Unternehmen für eine gute Zusammenarbeit von Verwaltung und Wirtschaft von zentraler Bedeutung ist, nutzte die Kommune Kirchen auf den Jahresempfängen der Verbandsgemeinde und der Strukturförderungsgesellschaft die Gelegenheit, Unternehmerinnen und Unternehmern der Region für ihre Teilnahme an dem Wettbewerb persönlich zu danken.

Erfahrungen

Die Auszeichnung zur Mittelstandsfreundlichen Kommune intensivierte den bereits guten Kontakt mit den Nachbarkommunen aus der Region. Mit großem Interesse wurde die Wettbewerbsteilnahme verfolgt und die Verbandsgemeinde Kirchen bekam nach der Prämierung in vielfacher Form Anerkennung ausgesprochen. Sicher ist sich Werner Becker darin, dass die Auszeichnung zur Mittelstandsfreundlichen Kommune, so hilfreich diese auch ist, nicht isoliert als Erfolgsfaktor betrachtet werden sollte: „Nicht die Auszeichnung allein,

sondern die Ergänzung durch die Mund-zu-Mund-Propaganda der Betriebe untereinander stellt für die Vermarktung der Standortvorteile der Verbandsgemeinde Kirchen den entscheidenden positiven Effekt dar.“

Maßnahmen im Nachgang

Im Jahr 2002 wurde unter der Regie von Werner Becker und in Zusammenarbeit mit der Rheinland-Pfälzischen Gesellschaft für Immobilien und Projektmanagement mbH (RIM) die Strukturentwicklungsgesellschaft der Verbandsgemeinde Kirchen (SEK) gegründet. Aufgabe dieser Gesellschaft ist es, Gewerbeflächen der Ortsgemeinden aus der Kommune zu erwerben, um diese weiter an ansiedlungswillige Unternehmen zu vermieten oder zu veräußern. Als Beispiel nennt Werner Becker den Erwerb eines Grundstückes der Ortsgemeinde Niederfischbach durch die SEK. Hier baute die Gesellschaft eine Betriebsstätte, die sie einem interessierten Unternehmen zu günstigen Konditionen vermieten konnte. Die Vorteile für Gemeinde und Unternehmen lagen dabei auf der Hand: „Das Kapital des Unternehmens musste nicht in der Immobilie gebunden, sondern konnte zur Finanzierung neuer Projekte genutzt werden“, so Werner Becker. Die Gemeinde ihrerseits profitierte von der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, Aufträge anderer Firmen, sowie von der Erhaltung der Steuerkraft für die Gemeinde.

Vorbildlich engagiert sich die Verbandsgemeinde Kirchen auch in Sachen Hochschultransfer. Durch einen Kooperationsvertrag zwischen der Universität Siegen, der Verbandsgemeinde Kirchen und dem Kreis Altenkirchen konnte im Juli 2003 die Technologietransferagentur (TTA) gegründet werden. Diese soll zum aktiven Ausbau der Zusammenarbeit zwischen heimischer Wirtschaft und der Universität beitragen. „Gemeinsam mit der TTA führen wir eine Gewerbedatenbank im Internet, die Interessierte über den Branchen-

mix unserer Region informiert“, berichtet Werner Becker. Nach diesem Branchenraster organisiert die TTA gemeinsame Unternehmensbesuche mit Professoren der Universität Siegen sowie mit Mitarbeitern der Forschungstransferstelle Siegen. Durch die Einrichtung konnten bereits eine Vielzahl von Studentinnen und Studenten sowie Auszubildenden und Praktikanten an die Unternehmen vermittelt werden. „Durch die Verknüpfung der Gesellschaften SFK und SEK mit der Technologietransferagentur TTA ist es uns in der Verbandsgemeinde Kirchen möglich, den Unternehmen ein ‚All-inclusive-Angebot‘ an Unterstützung anzubieten. Egal um welche Angelegenheit es sich handelt, ob Ansiedlung oder Bestandspflege, die Unternehmen werden hier den richtigen Ansprechpartner finden“, betont Werner Becker.

„In Bezug auf die Ansiedlung von Unternehmen dokumentiert die Auszeichnung des Landes die Mittelstandsfreundlichkeit der Kommune plakativ gegenüber den Unternehmen.“
Werner Becker
(Strukturförderungsgesellschaft der Verbandsgemeinde Kirchen (Siegen) mbH)

„Ich würde anderen Unternehmen empfehlen am Wettbewerb teilzunehmen, weil wir nur durch Öffentlichkeitsarbeit bzw. ‚Kommunenmarketing‘ diesen so gar nicht dem aktuellen schlechten Stimmungstrend entsprechend handelnden Kommunen den Rücken stärken und sie dadurch in ihrer Tätigkeit unterstützen.“
Heinz Becher
(Bubenzer Bremsen, Kirchen-Wehbach)



Stadt Trier

Neue Wege in Deutschlands ältester Stadt

„Insbesondere für eine große Stadt wie Trier wurde die Zusammenarbeit mit der Verwaltung und die Wirtschafts- und regionale Entwicklungspolitik von den Trierer Unternehmen positiv gesehen. Beispielsweise wurden von der Wirtschaft die Bedeutung des Unternehmerbüros als One-Stop-Agency sowie die zielgerichteten Public-Private-Partnership-Projekte besonders hervorgehoben. Den Juroren gefielen in diesem Zusammenhang auch die Erfolge der Stadt bei der Bewältigung der schwierigen Konversionsproblematik.“

Auszug aus der Begründung der Jury (2001)

Ausgezeichnete Maßnahmen

Als Meilenstein bei der Förderung eines innovativen und investorfrendlichen Klimas gilt die Einführung eines Unternehmerbüros durch die Stadt Trier im Jahr 1998. Als Großstadt mit über 100.000 Einwohnern und einer entsprechend komplexen Verwaltungsstruktur konnte man in Trier bis dahin kaum von einer „Verwaltung der kurzen Wege“ sprechen. Oftmals verzögerten sich Anfragen von Unternehmen im Verwaltungsapparat der Fachbereiche und in Zuständigkeitsfragen. Mit dem Unternehmerbüro als zentrale Anlaufstelle für ansässige sowie ansiedlungswillige Unternehmen wurde diesen Reibungsverlusten konsequent Abhilfe geleistet. „Das Unternehmerbüro ist als One-Stop-Agency der feste Ansprechpartner für alle Anliegen der Unternehmer“, so die Wirtschaftsdezernentin Christiane Horsch. „Wir koordinieren für diese in einer Monitoring- und Mentoring-Rolle sämtliche Anfragen, z.B. in Sachen Genehmigungsverfahren.“

Ein weiteres Beispiel für kurze Wege und runde Tische im Dienste des Mittelstands ist die enge Zusammenarbeit des Wirtschaftsdezernats mit dem Baudezernat

der Stadt Trier. Bei einer Baukommissionsrunde sitzen Vertreter beider Dezernate am runden Tisch und diskutieren gemeinsam über Vorhaben einzelner Unternehmen. Diese Kooperation von Beginn an ermöglicht eine bessere Abstimmung zwischen dem technischen Dezernat und dem Wirtschaftsdezernat, so dass Verbesserungen umgesetzt sowie vermehrt Anträge von Unternehmen genehmigt und beschleunigt werden können.

Mit Blick auf die Wirtschafts- und regionale Entwicklungspolitik hat in der Kommune Trier die Förderung der bestehenden kleinen und mittleren Betriebe Vorrang vor der Neuansiedlung von Großbetrieben. „Auch bei unserer Ansiedlungspolitik setzen wir auf eine diversifizierte Politik mit einem gesunden Mix an kleinen und inhabergeführten mittleren Betrieben, insbesondere aus den Bereichen Handel und Handwerk“, erklärt Christiane Horsch.

Einsatzbereiche der Auszeichnung

Neben der Veröffentlichung der Urkunde im Jahresbericht 2001 publizierte die Stadt Trier die Auszeichnung in der Rathauszei-

Steckbrief

(Stand: 2004)

Fläche: 11.714 ha

Einwohner: 109.339

Umsatzsteuerpflichtige

Unternehmen: 4.387 (Stand: 2002)

Sozialversicherungspflichtig

Beschäftigte: 48.354

Kontakt

Christiane Horsch

Wirtschaftsdezernat

Am Augustinerhof

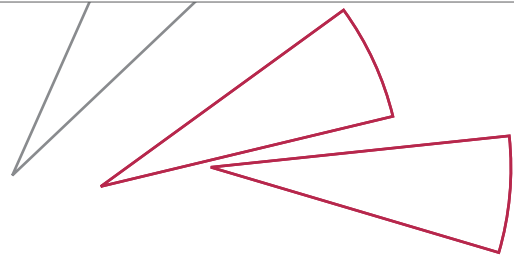
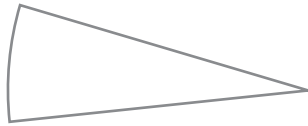
54290 Trier

Fon: 0651/718-1040

Fax: 0651/718-1048

E-Mail: christiane.horsch@trier.de

www.trier.de



tung sowie in der regionalen Presse. Interviews mit lokalen Rundfunksendern, wie SWR4, rundeten die PR-Aktivitäten ab. Noch heute kann jeder Besucher und Mitarbeiter die Urkunde im Eingangsbereich der Wirtschaftsförderung im Aushang betrachten. Ein allzu plakativer Einsatz der Auszeichnung allerdings passt nicht in das Selbstverständnis der Prämierten. „Eine offensive Vermarktung der Auszeichnung Mittelstandsfreundliche Kommune halten wir nicht für notwendig, denn wir handeln hier in Trier täglich mittelständisch“, erklärt Wirtschaftsdezernentin Christiane Horsch.

Erfahrungen

Im Anschluss an die Auszeichnung kam es in der Stadt Trier vermehrt zu Anfragen und Gratulationen anderer Kommunen. Insbesondere hausintern konnte die Stadtverwaltung Trier von der Auszeichnung profitieren, denn, davon ist Christiane Horsch überzeugt: „Eine solche Auszeichnung verstärkt bei den Ratsmitgliedern das Bewusstsein bei ihren politischen Entscheidungen das Wohlergehen des Mittelstands in der Region zu berücksichtigen. Die Auszeichnung ist nicht nur Ansporn, sondern auch Kontrolle für das eigene Handeln in der Kommune.“

Maßnahmen im Nachgang

Oberste Priorität in der Kommune Trier haben nach wie vor die kleinen und mittleren Unternehmen der Region. „Seit der Auszeichnung 2001 haben wir eine Vielzahl an Baugebieten für kleine und mittleren Unternehmen auf den Weg gebracht“, erinnert sich Christiane Horsch. Ein besonderes Highlight der zukunftsorientierten Ansiedlungspolitik der Stadt Trier stellt der Wissenschaftspark Petrisberg dar, der im Rahmen einer Private-Public-Partnership umgesetzt wurde. Dieser ging parallel zu den Vorbereitungen für die Landesgar-

tenschau 2004 auf dem ehemaligen Gelände des französischen Militärstützpunktes 2002 an den Start. Auf der ehemaligen Konversionsfläche von insgesamt 20 ha bietet die Stadt insbesondere kleine Gewerbeflächen für Büros und Dienstleistungen an. Teile der ehemaligen Kasernengebäude wurden bewusst erhalten und saniert, um den regionalen Unternehmen neben dem Erwerb von Industrie- und Gewerbeflächen die Möglichkeit zur Anmietung von Büroflächen zu bieten. Ergänzt wird das infrastrukturelle Angebot durch ein Bündel von Dienstleistungen als „added Values“ für die ansässigen Unternehmen im Wissenschaftspark. „Projekte statt Fläche“, lautet das Credo der Entwicklungsgesellschaft Petrisberg (EGP). Exemplarisch seien die Anmietung von günstigen Konferenzräumen sowie die Unterstützung bei der Organisation von Events und Zusammentreffen mit der Wirtschaft genannt, ebenso wie maßgeschneiderte Informationsangebote z.B. das WIP-Förderportal, das Ende Februar 2005 ans Netz gegangen ist. „High-Tech mit High-Touch“ ist das ambitionierte Leitmotiv des Wissenschaftsparks, bei dessen Umsetzung die in unmittelbarer Nachbarschaft gelegene Universität und die Fachhochschule Trier eine bedeutende Rolle im regen Austausch von Wissenschaft und Wirtschaft spielen sollen. Bis heute haben sich 40 Unternehmen mit dem Schwerpunkt wissenschaftsbasierte Dienstleistungen aus den Bereichen Medien, Design und IT sowie Universitätsinstitute und das Technologiezentrum Trier im Wissenschaftspark Trier angesiedelt. Rund 400 Menschen arbeiten derzeit im Quartier mit der besonderen Infrastruktur für Arbeit, Freizeit, Kultur und Naturerleben.

Als aktuellste mittelstandsfreundliche Maßnahme nennt Christiane Horsch die jüngst verabschiedete Initiative eines maßgeschneiderten Einzelhandelskonzeptes für die Stadt Trier. „Wir haben in

Trier die höchste Einzelhandelszentralität Deutschlands bei den Mittelständlern. Daher ist es uns wichtig, die kleinen und mittleren Strukturen im Handel sowohl in der Innenstadt als auch in den Stadtteilen zu schützen.“ Entwickelt wurde dieses Konzept in enger Zusammenarbeit mit den Verbänden und Kammern sowie der Cityinitiative der Stadt Trier. Ein Konzept, das Mut erfordert: „Das klare Ja zum Schutz kleiner und mittelständischer Strukturen zur Erhaltung eines gesunden Mix in der Innenstadt, bedingt ab und an auch das Nein zu einem Großinvestor, der diese Balance empfindlich stören könnte“, weiß Christiane Horsch.

„Eine solche Auszeichnung macht insbesondere im Nachgang die Entscheider einer Stadt oder Kommune aufmerksam. Weiterhin hilft sie auch in Zukunft besonders mittelstandsfreundlich zu sein.“
Christiane Horsch
(Leiterin des Wirtschaftsdezernates Stadt Trier)

„Ich würde anderen Unternehmen empfehlen am Wettbewerb Mittelstandsfreundliche Kommune teilzunehmen, weil es ganz wichtig ist, dass die Kommunikation zwischen Unternehmen und Kommune stimmt, und die Motivation der Mitarbeiter der Kommune durch eine Auszeichnung gefördert wird.“
Albrecht Thul
(Thul - Freude Leben Wohnen, Trier)



Verbandsgemeinde Ulmen

Dialog statt Konkurrenzdenken

„Besonders gefiel der Jury, dass die Bewertung der vorschlagenden und der zusätzlich befragten Unternehmer ähnlich positiv ausfielen. Unter Berücksichtigung der speziellen strukturellen Problematik (Konversion von Militärstandorten und Situation um den Kurort Bad Bertrich) hob die Jury besonders die großen wirtschaftspolitischen Anstrengungen hervor, die für eine Verbandsgemeinde dieser Größe beachtlich sind. Die von den Unternehmen genannten konkreten Beispiele untermauerten dies.“
Auszug aus der Begründung der Jury (2002)

Ausgezeichnete Maßnahmen

Wie in einigen anderen Kommunen waren es auch bei der Verbandsgemeinde Ulmen große Herausforderungen von außen, welche die inneren Kräfte auf besondere Art und Weise mobilisierten. Die Entscheidung des Bundes im Jahr 1995 den Bundeswehrstandort Ulmen zum 31.12.1997 zu schließen, stellte rund 52 ha Konversionsflächen des ehemaligen Kasernengeländes für eine neue Nutzung frei. Gleichzeitig stand die Kommune vor der erschwerenden Aufgabe einen Ausgleich für rund 800 Soldaten zu schaffen, die Ulmen als Wirtschaftsfaktor verließen sowie für 100 Zivilarbeitsplätze, die von der Schließung des Standortes mit betroffen waren. Auch die zweite große Herausforderung für die Verbandsgemeinde Ulmen nahte von der Bundesebene. Die Auswirkungen der Gesundheitsreform auf den Kurort Bad Bertrich, ebenfalls ein wichtiger Arbeitgeber und Wirtschaftsfaktor in der Region, bereitete der Kommune weitere wirtschaftliche Sorgen. Letztendlich wurde auch die Standortverwaltung Ulmen geschlossen.

„Primäres Ziel war, Arbeitsplätze in der Region zu sichern sowie neue zu schaffen“, erinnert sich Hans-Werner Ehrlich, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Ulmen sowie Geschäftsführer der Projektentwicklungsgesellschaft Vulkaneifel/Ulmen mbH (PEG). Gemeinsam mit der

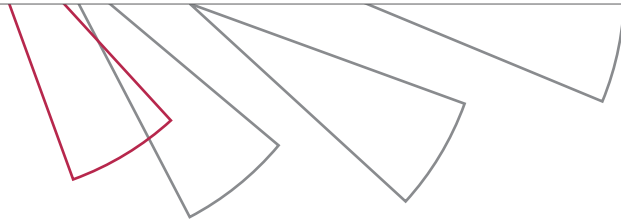
1995 gegründeten Projektentwicklungsgesellschaft Vulkaneifel/Ulmen mbH entschied sich die Kommune die Aufgabe zu übernehmen, das Kasernengelände einer zivilen Nachfolgenutzung zuzuführen. Ziel war es, schnellstmöglich sowohl Gewerbeflächen für ansiedlungswillige Unternehmen anzubieten als auch erhaltene Gebäude an Firmen aus den Bereichen Gewerbe und Handel zu veräußern bzw. zu vermieten. Nach Erwerb des Areals begannen 1999 die Arbeiten zur kompletten Erneuerung der Infrastruktur des ehemaligen Eifel-Maar-Kasernengeländes. Bereits ein Jahr später siedelte sich im neu erschlossenen Eifel-Maar-Park das Bildungs- und Pflegeheim St. Martin auf einer Fläche von rund 9,4 ha an; gleichzeitig konnten erste Hallengebäude an Unternehmen der Region veräußert werden, wichtige und motivierende Anfangserfolge, auf die weitere Unternehmensansiedlungen folgten. Heute, fünf Jahre nach Eröffnung des Gewerbeparks, sind dort 18 kleine und mittlere Unternehmen ansässig. Insgesamt wurden durch die Konversionsmaßnahme 235 Arbeitsplätze geschaffen. Knapp 200 zusätzliche Arbeitsplätze planen die angesiedelten Unternehmen in Zukunft einzurichten, so dass die durch die Aufgabe des Bundeswehrstandortes resultierenden Arbeitsplatzverluste mehr als kompensiert werden konnten.

Steckbrief

(Stand: 2005)
Fläche: 14.682 ha
Einwohner: 11.500
Umsatzsteuerpflichtige
Unternehmen: 368 (Stand: 2002)
Sozialversicherungspflichtig
Beschäftigte: 2.364 (Stand: 2003)

Kontakt

Erich Lescher
Projektentwicklungsgesellschaft
Vulkaneifel/Ulmen mbH
Marktplatz 1
56766 Ulmen
Fon: 02676/409-208
Fax: 02676/409-500
E-Mail: erich.lescher.vgu@lcoc.de
www.ulmen.de
www.peg-ulmen.de



So wichtig die Ansiedlung neuer Unternehmen im Eifel-Maar-Park ist, die Bestandspflege bereits ansässiger Unternehmen als „Stammkunden“ ist eine Aufgabe, der sich die Verbandsgemeinde Ulmen besonders verschrieben hat. Vor dem Hintergrund der Agrarstrukturellen Entwicklungsplanung (AEP) wird seit 2001 ein breites Spektrum von Maßnahmen in Projektgruppen umgesetzt. So unterstützt bspw. das Projekt „Unternehmerforum und Qualifizierungsmaßnahmen“ kleine und mittelständische Unternehmen der Region aktiv bei der Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit. „Ziel eines der Foren war es bspw., herauszufinden, ob Potenzial für Synergien, wie z.B. ein gemeinsamer Wareneinkauf, zwischen den hier ansässigen Unternehmen vorhanden sei und wie dieses sinnvoll genutzt werden könnte“, erklärt Hans-Werner Ehrlich. Um die Kommunikationsbeziehungen der regionalen Unternehmen untereinander stärker zu fördern, rief die Verbandsgemeinde die Initiative „Unsere Unternehmen – unsere Zukunft“ ins Leben. „Mit dieser Initiative wird den Unternehmen die Möglichkeit geboten, sich im Mitteilungsblatt der Verbandsgemeinde Vulkaneifel jeweils auf einer Seite kostenfrei mit ihren Leistungen zu präsentieren“, führt Bürgermeister Hans-Werner Ehrlich eine weitere Unterstützungsmaßnahme der Kommune an.

Einsatzbereiche der Auszeichnung

In zahlreichen Presseberichten, wie z.B. der örtlichen Rheinzeitung und dem IHK Journal sowie in eigenen Pressemitteilungen im Mitteilungsblatt der Verbandsgemeinde Ulmen, machte die Kommune die Bürgerinnen und Bürger in der Region auf die Auszeichnung zur Mittelstandsfreundlichen Kommune aufmerksam. In einem Werbeflyer für den Eifel-Maar-Gewerbepark Ulmen platzierte die PEG einen prominenten Hinweis auf die Prämierung, so dass jedes ansiedlungsinteressierte Unternehmen bereits auf den ersten Blick mit der durch den Wettbewerb attestierten

Mittelstandsfreundlichkeit der Kommune in Kontakt kommt. Auf der Homepage der PEG steht die Urkunde Interessierten weiterhin zur Ansicht zur Verfügung. „Selbstverständlich präsentierten wir unsere Auszeichnung auch auf unseren zahlreichen Informationsveranstaltungen und Unternehmerforen und dankten vor allem unserer Unternehmerschaft für ihre rege Beteiligung“, erinnert sich Hans-Werner Ehrlich.

Erfahrungen

Es waren vor allem andere Kommunen, die nach der Prämierung mit der Verbandsgemeinde Ulmen in Kontakt getreten sind. Erich Lescher, Prokurist der Projektentwicklungsgesellschaft Vulkaneifel/Ulmen mbH, erinnert sich u.a. an das Feedback der Nachbarkommune Kaisersesch: „Die Kolleginnen und Kollegen von Kaisersesch waren sehr angetan und informierten sich über den Wettbewerb. Zwei Jahre später erhielten sie ebenfalls eine Auszeichnung für ihre Anstrengungen.“ Erich Lescher ist der Überzeugung, dass ein solcher Wettbewerb den Austausch von Erfahrungen zwischen den Kommunen fördert. „Die Zusammenarbeit mit der Verbandsgemeinde Adenau, mit der wir auch vor dem Wettbewerb im Rahmen der AEP in Arbeitskreisen zusammen gearbeitet haben, wurde durch den Wettbewerb weiter gestärkt und positiv intensiviert“, betont Erich Lescher.

Maßnahmen im Nachgang

Als eine Weiterführung der Agrarstrukturellen Entwicklungsplanung initiierte die Verbandsgemeinde Ulmen gemeinsam mit der PEG im Frühjahr 2003 die erste Leistungsschau „Handwerk, Gewerbe, Dienstleistung“ im Eifel-Maar-Park Ulmen. „Mehr als 10.000 Bürgerinnen und Bürger haben wir damit gezeigt, was aus dem Eifel-Maar-Park geworden ist, seit die Soldaten abgezogen wurden“, verkündet Erich Lescher stolz.

Als weitere mittelstandsfreundliche Maßnahme führt Erich Lescher den Aufbau des Gründerzentrums Ulmen im Jahr 2002 an. In Zusammenarbeit mit der Verbandsgemeinde bietet die Projektentwicklungsgesellschaft Vulkaneifel/Ulmen mbH Gründerinnen und Gründern zu günstigen Konditionen eine komplette Infrastruktur, umfassende Beratung sowie günstige Mietobjekte an. Bei der Erstellung des Gründerkonzeptes kann auf Experten zurückgegriffen werden, über Coaching-Angebote ist zudem eine dauerhafte Begleitung der Gründungsvorhaben möglich. So erhalten Gründungswillige Unterstützung bei der Suche nach einem geeigneten Standort bis hin zur Hilfe bei Baugenehmigungen, gewerblichen Anmeldungen, Personalsuche sowie Finanzierung und Förderung. Das als weiteres Gründerzentrum gedachte Lehrsaalgebäude ist inzwischen an einen privaten Träger veräußert. Drei Betriebe konnten bereits angesiedelt werden, weitere sollen folgen.

„Mit Hilfe des Wettbewerbes können wir deutlich machen, dass die öffentliche Hand sehr daran interessiert ist, zu zeigen, dass ein Miteinander der einzelnen Betriebe besser ist als Konkurrenzdenken und Alleinwirtschaften. Wir zeigen dadurch, dass die Kommunen Partner der Wirtschaft sind und nicht, wie häufig beschrieben, so genannte Entwicklungsverhinderer.“
Erich Lescher
(Prokurist der Projektentwicklungsgesellschaft Vulkaneifel/Ulmen mbH)

„Ich würde einem anderen Unternehmen empfehlen am Wettbewerb teilzunehmen, weil man Kritik da üben sollte, wo sie hingehört, egal ob positiv oder negativ.“
Werner Häb
(hs Heizung & Sanitär GmbH, Ulmen)



Ortsgemeinde Wiebelsheim

Mittelstandsfreundlichkeit ist keine Frage der Größe

„Insbesondere für eine sehr kleine Ortsgemeinde wurde Wiebelsheim von relativ vielen Unternehmen als mittelstandsfreundlich vorgeschlagen. Darüber hinaus bewerten auch Unternehmer, die sich nicht an dem Wettbewerb beteiligt haben, die Mittelstandsfreundlichkeit von Wiebelsheim insgesamt positiv. Der Jury gefiel des Weiteren insbesondere die explizite Berücksichtigung von Umweltschutzaspekten bei der Unternehmensansiedlung, auch dies ein Aspekt der gerade für kleine Gemeinden vorbildlich ist.“

Auszug aus der Begründung der Jury (2001)

Ausgezeichnete Maßnahmen

Mit 515 Einwohnern ist die Ortsgemeinde Wiebelsheim ein Beweis dafür, dass Mittelstandsfreundlichkeit auf solidem Niveau nicht allein in großen Kommunen funktioniert. Die erfolgreiche Beteiligung der kleinen Gemeinde am Wettbewerb zeigt: Die Jury des Wettbewerbs Mittelstandsfreundliche Kommunen lässt sich keineswegs nur von den umfangreichen Konzepten großer Wirtschaftsförderungsgesellschaften überzeugen. Insbesondere die vergleichsweise hohe Anzahl von Wiebelsheimer Unternehmen, die ihre Kommune als besonders mittelstandsfreundlich vorschlugen, ließ die Juroren aufhorchen.

Auch bei den konkreten Maßnahmen konnte die Kommune Wiebelsheim mit einem Konzept nach dem Motto „Klein, aber fein“ punkten. Bei der Erschließung eines ca. 24 ha großen Industrieparks wurden Umweltschutzaspekte bei der Auswahl der Unternehmen, die für eine Ansiedlung in Frage kamen, besonders berücksichtigt. Eine mutige Entscheidung, bedeutete sie doch, dass auf das ein oder andere wirtschaftlich interessante Unternehmen durchaus auch hätte verzichtet werden müssen, wenn es nicht die Auflagen erfüllt hätte. „Da der Industriepark nahe an unseren Ort grenzt, haben wir sehr darauf geach-

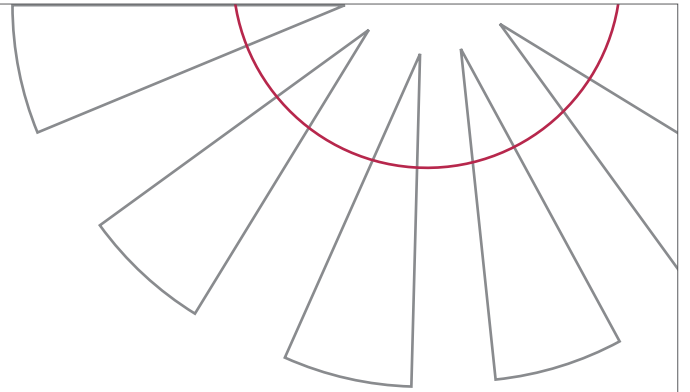
tet, welche Unternehmen sich dort ansiedeln durften“, erinnert sich Ortsbürgermeister Hans Peter Münch. „Um nicht der Umwelt und somit der Lebensqualität in unserem Ort zu schaden, wurden Umweltauflagen beim Grundstücksverkauf an Unternehmen besonders berücksichtigt. Dies waren wir unseren Bürgerinnen und Bürgern schuldig“, begründet Hans Peter Münch die Vorgehensweise. Doch auch die Verantwortung gegenüber den ansiedlungswilligen Unternehmen nahm die Ortsgemeinde sehr ernst. „Wir sahen es als unsere Pflicht an, die Unternehmen bei der Planung und der Verwirklichung der jeweiligen Bauvorhaben bestmöglich zu beraten und zu unterstützen. Der direkte und somit persönliche Kontakt spielte hierbei eine große Rolle“, berichtet der Ortsbürgermeister. Zur Förderung des gegenseitigen Kennenlernens initiierte die Ortsgemeinde Wiebelsheim Gespräche mit den Unternehmensinhabern und dem Gemeinderat. So konnte der Dialog unter den Akteuren gestärkt und das Verständnis für die gegenseitigen Bedürfnisse zunehmend auf eine solide Basis gestellt werden.

Steckbrief

(Stand: 2005)
Fläche: 732 ha
Einwohner: 515
Umsatzsteuerpflichtige
Unternehmen: 24
Sozialversicherungspflichtig
Beschäftigte: 450

Kontakt

Hans Peter Münch
Ortsbürgermeister
Simmernerstraße 24a
56291 Wiebelsheim
Fon: 06766/754
Fax: 06766/9699032
E-Mail: bgm.muench@wiebelsheim.de
www.wiebelsheim.de



Einsatzbereiche der Auszeichnung

Im Vergleich zu anderen, größeren Kommunen war für die Bekanntmachung der Prämierung keine aufwendige Pressearbeit in der Ortsgemeinde erforderlich. „Die Nachricht über die Auszeichnung als Mittelstandsfreundliche Kommune verbreitete sich im Ort wie ein Lauffeuer“, erinnert sich der Ortsbürgermeister. Nichtsdestotrotz nutzte die Gemeinde die Chance die Auszeichnung mittels Presseberichten in den regionalen Medien auch über die Gemeindegrenzen hinweg publik zu machen. Auf den kommuneeigenen Internetseiten wurde die erfolgreiche Beteiligung am Wettbewerb ausführlich thematisiert. Die überreichte Urkunde zierte heute noch das Sitzungszimmer im Bürgerhaus St. Aldegundis in Wiebelsheim. „Sie soll uns Ansporn sein, das positive Miteinander von Unternehmen und Gemeinde weiter fortzuführen“, so Hans Peter Münch.

Erfahrungen

Die Reaktionen auf die Auszeichnung als Mittelstandsfreundliche Kommune waren sowohl von öffentlicher Seite als auch seitens der heimischen Wirtschaft sehr positiv. „Neben den Gratulationen unserer ansässigen Unternehmerinnen und Unternehmer riefen viele Amtskolleginnen und -kollegen aus allen Landesteilen von Rheinland-Pfalz an, um uns ‚telefonisch auf die Schulter zu klopfen‘“, erinnert sich der Ortsbürgermeister stolz. Auch Landrat Bertram Fleck und Bürgermeister Wolfgang Schmitt lobten in ihren Gratulationsschreiben die Arbeit der Ortsgemeinde und befürworteten die weitere Zusammenarbeit mit ihren Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern, damit der Wiebelsheimer Ruf, besonders mittelstandsfreundlich zu sein, auch in Zukunft Bestand habe. Als besonderes Highlight erinnert man sich in Wiebelsheim daran, dass durch die Auszeichnung auch das Südwestfernsehen

Rheinland-Pfalz auf Wiebelsheim aufmerksam wurde und für die regionale Fernsehsendung „Hier zu Land“ einen 30-minütigen Bericht über den Ort produzierte. Ortsbürgermeister Hans Peter Münch ist sich bewusst, dass der Erfolg der Auszeichnung keineswegs allein der Verwaltung und den Unternehmen in der Kommune gebührt und schloss daher in seinem persönlichen Dank in einer Pressemitteilung die Bürgerinnen und Bürger von Wiebelsheim besonders ein: „Dieser Erfolg hat viele Väter und Mütter. Die Beigeordneten unterstützen den ehrenamtlichen Ortsbürgermeister, der Gemeinderat trifft seine Entscheidungen nach den vorliegenden Fakten und nicht nach parteitaktischen Erwägungen. Letztlich wird der Industriepark Wiebelsheim von allen Einwohnern getragen und dieses positive Klima spüren auch die Unternehmen.“

Maßnahmen im Nachgang

Da der Industriepark bis auf ein Grundstück vermarktet ist, möchte Ortsbürgermeister Münch die Aktivitäten für die weitere Ansiedlungspolitik der Gemeinde derzeit gelassen angehen. Trotzdem sieht sich die Gemeinde für die Zukunft gerüstet: Im Flächennutzungsplan sind 11,4 ha Erweiterungsfläche für den Industriepark vorgesehen, das Erweiterungsgelände liegt verkehrstechnisch optimal zwischen A 61 und L 217. Den Fokus der Mittelstandsnachhaltigkeit in Wiebelsheim sieht der Ortsbürgermeister gegenwärtig in der Bestandspflege der ansässigen Unternehmen. „In unserer kleinen Gemeinschaft pflegen wir den direkten Kontakt. Die Wege sind hier kurz. Wir sind immer für unsere Firmen erreichbar und suchen Tag für Tag das persönliche Gespräch miteinander“, fasst Hans Peter Münch zusammen.

„Gerade den kleinen Gemeinden würde ich empfehlen, an dem Wettbewerb Mittelstandsfreundliche Kommunen teilzunehmen. Ein guter Mix aus kleinen, mittleren und großen Kommunen unter den Preisträgern zeigt, dass Mittelstandsfreundlichkeit keine Frage der Größe der Kommune, sondern der Größe des Engagements ist.“

*Hans Peter Münch
(Ortsbürgermeister der
Ortsgemeinde Wiebelsheim)*

„Ich würde anderen Unternehmen empfehlen an dem Wettbewerb teilzunehmen, weil für eine Verwaltung und für die dort beschäftigten Menschen positive Rückmeldungen notwendig sind, wenn wie im Falle Wiebelsheim die Gemeinde keine Wünsche in punkto Kooperation offen lässt.“

*Jürgen Ahrens
(Zentra GmbH, Wiebelsheim)*

Mittelstands
freundliche
KOMMUNEN



Rheinland-Pfalz



Bürgermeister Karl-Heinz Seebald (VG Rockenhausen) und Wirtschaftsminister Hans-Artur Bauckhage bei der Preisverleihung zur Mittelstandsfreundlichen Kommune 2001 in Mainz.



Der 2004 als mittelstandsfreundlich prämierte Landkreis Bitburg-Prüm bei der Preisübergabe durch Wirtschaftsminister Hans-Artur Bauckhage an Landrat Roger Graef, der mit einer Delegation seines Landkreises aus Wirtschaft und Politik aus dem Landkreis Bitburg-Prüm angereist war.



Die Stadt Bad Kreuznach präsentiert sich mit der arbeitsmarktpolitischen Maßnahme WIN (Weiterbildungsinitiative Nahe), für welche die Kommune 2001 u.a. als besonders mittelstandsfreundlich ausgezeichnet wurde, auf der von der Stadt initiierten Arbeitgeberkonferenz im März 2004. V.l.n.r. Dr. Greunke, HWK, ein Arbeitgeber, Landrat Velten und Herr Kunz von WIN.



Die Projektentwicklungsgesellschaft Vulkan-eifel/Ulmen (PEG) präsentiert sich und das heimische Gewerbe auf der Handwerkermesse in Koblenz. Die Maßnahmen der PEG im Eifel-Maar-Park wurden bei der Prämierung 2002 besonders von der Jury hervorgehoben.



Die Stadt Mayen – 2004 erneut als mittelstandsfreundlich ausgezeichnet. V.l.n.r. Axel Spitzlei (STEG), Hans Schmalkoke (STEG), Günter Laux (Oberbürgermeister) und Heiner Thelen (STEG).



Wirtschaftsförderer Klemens Gröger, WFG-Frankenthal und Sabine Zech von der Stadtverwaltung Frankenthal präsentieren die Urkunde Mittelstandsfreundliche Kommune 2004.



Die Stadt Trier wurde 2001 für ihre Mittelstandsfreundlichkeit ausgezeichnet. Von der Jury u.a. besonders hervorgehoben wurden die Konversionsleistungen auf dem Petrisberg. Auf der Expo Real 2003 präsentiert der Geschäftsführer der Entwicklungsgesellschaft Petrisberg (EGP) Jan Eitel (rechts) Wirtschaftsminister Hans-Artur Bauckhage an einem Modell die Entwicklung des Wissenschaftspark Trier auf dem Petrisberg.



Die Überreichung der Auszeichnung an Bürgermeister Ewald Mattes (VG Kaisersesch) durch Wirtschaftsminister Hans-Artur Bauckhage, 2004.



Wirtschaftsförderer Martin Messemer (rechts) und der Leiter der Stadtplanungsabteilung Michael Kleemann (links) von der Stadt Landau bei der Besprechung der Rahmen- und Nutzungszonenplanung für den Gewerbepark „Am Messengelände“. Dieser wurde bei der Prämierung durch die Jury 2002 besonders hervorgehoben.



Die Auszeichnung der Verbandsgemeinde Adenau zur Mittelstandsfreundlichen Kommune 2004 in Mainz.



Ortsbürgermeister Hans Peter Münch (OG Wiebelsheim) und Wirtschaftsminister Hans-Artur Baukhage bei der Prämierungsveranstaltung 2001 in Mainz.



Oberbürgermeister Hans Jürgen Machwirt (links) und Hans-Peter Wenzel (Mitte) vom Stadtentwicklungsamt der Stadt Idar-Oberstein erhalten die Urkunde Mittelstandsfreundliche Kommune 2002 von Wirtschaftsminister Hans-Artur Baukhage.



Der Landkreis Rhein-Hunsrück – u.a. ausgezeichnet für seine Dienstleistungsoffensive Mittelstand, 2002.



Bürgermeister Wolfgang Müller (links) und der Geschäftsführer der Strukturförderungsgesellschaft der VG Kirchen (Sieg) Werner Becker (rechts) mit der Urkunde Mittelstandsfreundliche Kommune 2001 vor dem Rathaus in Kirchen.



Ortsbürgermeister Ernst Ziwes (links), Bürgermeister Hans-Michael Bröhl (Mitte) aus Irrel sowie Wirtschaftsminister Hans-Artur Baukhage bei der Urkundenüberreichung 2002 in Mainz.



Die VG Manderscheid, die 2001 in Mainz für ihre Mittelstandsfreundlichkeit ausgezeichnet wurde, präsentiert sich auf dem Mittelstandstag 2003 in Simmern. V.l.n.r. Landrat B. Fleck vom Rhein-Hunsrück-Kreis, Wirtschaftsminister H.-A. Baukhage, Bürgermeister W. Schmitz und Frau M. Hubert, VG Manderscheid.

Impressionen aus den ausgezeichneten Kommunen

Impressum

Herausgeber:

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,
Landwirtschaft und Weinbau
Rheinland-Pfalz
Stiftsstraße 9
55116 Mainz
www.mwvlw.rlp.de

Ansprechpartner:

Jörg Sabrowski,
Vermarktung des Wirtschaftsstandortes
Rheinland-Pfalz
Fon: 06131/16-2658
Fax: 06131/16-4033
E-Mail: Joerg.Sabrowski@mwvlw.rlp.de

Wissenschaftliche Begleitung, Konzeption, Durchführung des Wettbewerbs:

Inmit - Institut für Mittelstandsökonomie
an der Universität Trier e.V.
Bahnhofstr. 30-32
54292 Trier
Fon: 0651 / 14577-0
Fax: 0651 / 14577-11
E-Mail: info@inmit.de
www.inmit.de

Layout/Text:

Inmit

Druck:

Druckerei gorius, Vendersheim
1. Auflage: 2.000 Exemplare
Mai 2005

Alle Rechte vorbehalten - Nachdruck
nur mit Genehmigung des Herausgebers

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Rheinland-Pfalz herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch Wahlbewerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.



Rheinland-Pfalz

Ministerium für
Wirtschaft, Verkehr,
Landwirtschaft und Weinbau



In Zusammenarbeit mit

inmit
institut für mittelstandsökonomie